



31. Jahrgang . Heft 3 . 2026

Blickpunkt Jugendhilfe

Dokumentation
PODIUM 2026

**JUGENDHILFE
NEU GEDACHT**

Was junge Menschen brauchen
und was Systeme dafür ändern müssen

Herausgegeben vom
VPK-Bundesverband e.V.

www.vpk.de



BOEHME, LANGE UND PARTNER GMBH

WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT · STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

BREMEN · VERDEN



ÜBER 30 JAHRE ERFAHRUNG BEI DER BERATUNG VON KINDER- UND JUGENDEINRICHTUNGEN

Unsere bundesweit tätige Kanzlei hat mittlerweile über 30 Jahre Erfahrung bei der Beratung von Einrichtungen, die sich der Kinder- und Jugendhilfe verschrieben haben. Deshalb können wir Sie auch bei folgenden Themen begleiten und kompetent unterstützen:

- Existenzgründung
- Rechtsformberatung
- Gesprächen mit Banken
- Verhandlungen mit Jugendämtern
- Entgeltermittlungen
- Betriebswirtschaftliche Beratungen / Unternehmensberatungen
- Nachfolgeregelungen

Neben betriebswirtschaftlichen Beratungen bieten wir als DATEV-Mitglied unter anderem auch folgende Leistungen an:

- Lohnbuchhaltungen
- Finanzbuchhaltungen
- Jahresabschlusserstellungen
- Erstellungen von Steuererklärungen



KANZLEI BREMEN:

Argonnenstr. 9 • 28211 Bremen
Telefon (0421) 3 48 99-0 • Fax (0421) 3 48 99-50
E-Mail: mail@blp-bremen.de

KANZLEI VERDEN:

Zollstr. 15 • 27283 Verden
Telefon (04231) 92 20-0 • Fax (04231) 92 20 32
E-Mail: mail@blp-bremen.de

Inhalt

„Wir arbeiten in und mit Systemen, Strukturen und Denkweisen, die für eine Welt entworfen wurden, die es so nicht mehr gibt.“

Nils Thiede
(Abteilungsleiter für Jugend,
Familie und Sport,
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern)

2 Editorial

3 Schwerpunkt: Dokumentation PODIUM 2026

JUGENDHILFE NEU GEDACHT Was junge Menschen brauchen und was Systeme dafür ändern müssen

3 Grußwort
*Karin Prien, Bundesministerin
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend*

4 Begrüßung der Gäste
Martin Adam

5 Grußwort
*Nils Thiede, Abteilungsleiter
für Jugend, Familie und Sport,
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern*

8 Begrüßung und
thematische Einleitung
Sophia Reichardt

11 Konstruktive Vorschläge
für einen radikalen Wandel
Rainer Orban

25 Offenheit bei Schulterschluss
– Individualität als regionale
Verantwortung wagen
Prof. Dr. Menno Baumann

39 Perspektive der
öffentlichen Träger
Kerstin Kubisch-Piesk

45 Podiumsdiskussion „Was junge
Menschen brauchen und was
Systeme dafür ändern müssen.“
*Martin Adam, Prof. Dr. Menno
Baumann, Kerstin Kubisch-Piesk,
Rainer Orban, Sophia Reichardt*

51 WORKSHOPS

51 Mit System in Systemen
arbeiten – Strukturen nutzen,
um Jugendhilfe wirksam zu
gestalten
*Sven Gebauer, Hendrik Gebauer,
Andreas Wanker*

53 Ehrenamtliche Wegbegleitung
als ergänzender Baustein
in der Jugendhilfe
Julius Daven

57 Konsequente kleine Schritte
mit großer Wirkung
Dominik Lass, Lara Müller

62 Im Diskurs

62 Sind freie Träger Träger zweiter
Klasse? Wenn die Anerkennung
nach § 75 SGB VIII zur
Eintrittskarte wird –
und einer ganzen Trägergruppe
verwehrt bleibt
Sven Gebauer, Janko Sprenger

67 Aus dem VPK

73 Filmempfehlung

77 Buchempfehlung

81 Mitteilungen

83 Autor*innen

84 Impressum



Martin Adam

(Foto: privat)

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe sind nur wenige Wochen vergangen – gemessen an den Entwicklungen dieses Sommers liegt das letzte Editorial aber gefühlt schon viele Monate zurück. Denn manchmal verändert ein einzelnes Ereignis den Blick auf das, was uns als Kinder- und Jugendhilfe bewegt, grundlegend.

Am 29. Juni 2026 wurde in einer VPK-Mitgliedseinrichtung im niedersächsischen Stade ein unfassbares Gewaltverbrechen begangen. Sechs Menschen wurden jäh aus dem Leben gerissen, während sie sich um junge Menschen kümmerten, die ihrer Obhut anvertraut waren. Auch unsere langjährige Wegbegleiterin und hochgeschätzte Kollegin Ilka Lindner, Vorsitzende des VPK-Landesverbandes Niedersachsen und Leiterin der betroffenen Einrichtung, hat infolge dieser Gewalttat ihr Leben verloren. Der Verlust ist immens, und ihr Tod ist für viele von uns noch immer nicht zu begreifen. Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Angehörigen, Freundinnen und Freunden sowie den Kolleginnen und Kollegen. Wir trauern um Menschen, die sich mit großer Verantwortung und Hingabe für andere eingesetzt haben.

Auch wenn dieses Geschehen in seiner Dimension besonders extrem ist, stellen uns die Ereignisse von Stade vor Fragen, denen wir uns in der Kinder- und Jugendhilfe stellen müssen: Wie müssen Strukturen gestaltet sein, damit junge Menschen bestmöglich geschützt und begleitet werden können? Und was brauchen diejenigen, die tagtäglich Verantwortung für diese Menschen übernehmen, damit sie sicher und unter guten Bedingungen arbeiten können?

Damit sind wir unmittelbar bei der grundsätzlichen Frage, wie wir die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln und zukunftsfähig gestalten wollen. Besonders prägend aus verbandspolitischer Sicht war in diesem Sommer der Prozess um die verschiedenen Entwürfe des 1. KJHSRG, in den sich der VPK und viele andere Verbände und Fachleute engagiert eingebracht haben. Trotz massiver Kritik am ersten Referentenentwurf wurden im aktuellen Kabinettsentwurf bislang keine substanziellen Korrekturen an den benannten Kernpunkten vorgenommen. Der verbindliche Weg zu einer inklusiven Gesamtzuständigkeit wurde

vielmehr durch eine Experimentierklausel ersetzt. Auch die Kritik, dass infrastrukturelle Angebote individuelle Hilfen nicht bedarfsgerecht ersetzen können, blieb unberücksichtigt. Wir werden uns weiterhin für ein Gesetz stark machen, das an die lange verfolgten Reformziele anknüpft und jungen Menschen und ihren Familien verlässliche und individuell passende Perspektiven bietet – orientiert an fachlichen Erfordernissen und nicht ausschließlich an Kostendämpfungsaspekten.

Bei aller Kritik geht es uns als VPK stets darum, konstruktiv zu handeln und nach vorne zu schauen. Denn eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe entsteht dort, wo wir gemeinsam darüber nachdenken, was junge Menschen brauchen und was sich in unseren Systemen verändern muss. Genau diesem Nachdenken war auch das diesjährige PODIUM gewidmet. Unter dem Titel „Jugendhilfe neu gedacht | Was junge Menschen brauchen und was Systeme dafür ändern müssen“ haben wir uns mit den Herausforderungen und Perspektiven einer Kinder- und Jugendhilfe beschäftigt, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen junger Menschen orientiert. Die Einschätzungen unserer Referentinnen und Referenten Kerstin Kubisch-Piesk, Menno Baumann und Rainer Orban bilden das Thema dieser Ausgabe und geben wichtige Impulse für die fachliche Auseinandersetzung.

Vielleicht ist genau das eine Aufgabe, die uns die Ereignisse dieses Sommers mit auf den Weg geben: innezuhalten, Fragen auszuhalten und gemeinsam nach Antworten zu suchen. Für eine Kinder- und Jugendhilfe, die junge Menschen schützt und ihnen Perspektiven eröffnet – und für die Menschen, die sich jeden Tag mit großer Hingabe für sie einsetzen.

Es ist wichtiger denn je: Lassen Sie uns in der Kinder- und Jugendhilfe zusammenstehen!

Herzliche Grüße

Ihr Martin Adam

Präsident des VPK-Bundesverbandes e.V.

» Grußwort der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Karin Prien



Karin Prien

(Foto: Dominik Butzmann/photothek)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland leistet einen unverzichtbaren Beitrag für ein gutes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche. Sie steht auf einem guten und soliden Fundament.

Ihr diesjähriges PODIUM „Jugendhilfe neu gedacht – Was junge Menschen brauchen und was Systeme dafür ändern müssen“ nimmt strukturelle Anpassungen in den Blick und nimmt sich somit einem hochaktuellen Thema an. Die Fragen, die aufgeworfen werden, beschäftigen unzählige Menschen in der

Kinder- und Jugendhilfe und darüber hinaus. Ich bin mir sicher, dass Ihre Veranstaltung zahlreiche Denkanstöße und Lösungsansätze für die Fachöffentlichkeit bieten wird. Insbesondere mit den Themen der Wirkungsorientierung und Effizienz des Systems rücken zentrale Fragestellungen in den Fokus, die für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe von besonderer Bedeutung sind.

Im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind wir ebenfalls sehr wachsam für Veränderungen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Denn trotz des soliden Fundaments erreichen uns aus unterschiedlichen Bereichen Überlastungsanzeigen, die wir sehr ernst nehmen. Wenn wir dies nicht tun, laufen wir Gefahr, dass das solide Fundament Risse bekommt.

Daher ist es auch uns besonders wichtig, dass wir die Effizienz und Wirksamkeit vorhandener Leistungen und Hilfen steigern. Wir legen Wert darauf, dass Verfahren vereinfacht werden, Bürokratie abgebaut und verstärkt auf digitale Lösungen gesetzt wird, um frei werdende Ressourcen wirkungsvoll einzusetzen.

Wir wollen auch in Zukunft eine effiziente und effektive Kinder- und Jugendhilfe, um Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung hin zu einer eigenständigen Persönlichkeit zu unterstützen sowie dem staatlichen Schutzauftrag gerecht zu werden.

Dieses Ziel haben wir mit dem VPK gemeinsam. Sie übernehmen mit Ihren knapp tausend Einrichtungen Verantwortung für Kinder und Jugendliche in Deutschland und tragen mit ihrem PODIUM dazu bei, die aktuelle Diskussion über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe konstruktiv voranzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Prien
Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

» Begrüßung

Martin Adam



Martin Adam
(Foto: Meike Discher)

Herzlich willkommen zu unserem PODIUM in Schwerin! Ehrlich gesagt waren wir zunächst ein wenig besorgt, da wir einen Ort gewählt haben, der geografisch eher am „Rand“ liegt. Man könnte nun fragen: Was ist eigentlich der Rand und was das Zentrum der Republik? Die Anreise war für viele – auch für mich persönlich aus Süddeutschland – tatsächlich weit. Doch die hervorragenden Anmeldezahlen haben uns bestätigt: Der Standort spielt keine Rolle, solange die Stadt stimmt und vor allem das Programm überzeugt. Dann ist der Saal gefüllt! Wir haben heute eine sehr interessante Veranstaltung vor uns. Daher

möchte ich zu Beginn ein großes Dankeschön aussprechen: Unserer Geschäftsstelle und unseren Referentinnen, die dieses PODIUM vorbereitet und ein wirklich herausragendes Programm zusammengestellt haben, gilt mein besonderer Dank. Herzlichen Dank dafür!

Aber lassen Sie uns kurz innehalten: Das Thema, um das es heute gehen soll, berührt uns in unserer täglichen Arbeit immer wieder. Wir stoßen ständig an Grenzen. Aktuell diskutieren wir intensiv über besonders herausfordernde Fälle mit Kindern und Jugendlichen, die wir scheinbar nicht mehr

„bearbeiten“ können. In solchen Momenten neigen wir dazu, schnell nach externen Gründen zu suchen: Es fehlt an Ressourcen, die Kinder oder ihre Eltern verhalten sich falsch, oder unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht mehr ausreichend motiviert. Ich lade Sie jedoch ein, gemeinsam mit mir über den eigenen Schatten zu springen. Lassen Sie uns in den kommenden Vorträgen und Workshops reflektieren: Wo liegt möglicherweise ein Fehler in unserem eigenen System oder Konzept? Wo müssen wir unsere Denkweise und unsere persönliche Haltung anpassen, um diesen Kindern und Jugendlichen wirklich helfen zu können? Es geht nicht darum, dass das System perfekt passt oder die Kinder sich unserer Einrichtung anpassen müssen. Im Gegenteil: Wir sollten prüfen, wie wir uns noch besser auf die Bedürfnisse der jungen Menschen einstellen können. Das heutige Thema lautet: „Jugendhilfe neu gedacht“. Nehmen Sie dies als roten Faden für diesen Tag mit – und schauen Sie dabei auch auf Ihr eigenes Denken.

Ich möchte nicht weiter ausschweifen, sondern direkt in die Veranstaltung starten. Es ist mir eine große Freude, Ihnen Nils Thiede, Abteilungsleiter für Jugend, Familie und Sport im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport Mecklenburg-Vorpommern, vorstellen zu dürfen. Er wird uns mit einem Grußwort begrüßen.

Herzlich willkommen, Herr Thiede!

» Grußwort

Nils Thiede



Nils Thiede

(Foto: Meike Discher)

Vielen herzlichen Dank, lieber Herr Adam! Ich würde gerne entgegen: Wir leben mitten in Europa – genau hier in Schwerin. Ob man sich am Rand oder im Zentrum befindet, ist letztlich immer eine Frage der Perspektive. Ich möchte daher gar nicht davon ausgehen, dass wir uns am Rand dieser Bundesrepublik befinden. So viel vorab zu meiner kurzen Eingangsbemerkung. Aber nun komme ich zu meinem eigentlichen Grußwort.

Sehr geehrter Herr Adam, sehr geehrte Frau Schuten, sehr geehrter Herr Odenthal, sehr geehrte Referentinnen

und Referenten, sehr geehrte Gäste, ein herzliches Willkommen hier im PLAZA Premium Hotel der Landeshauptstadt Schwerin! Ich freue mich sehr, diese Veranstaltung eröffnen zu dürfen und darf Sie auch im Namen der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf das Herzlichste begrüßen. Ich hoffe, Sie hatten eine gute Anreise und konnten Ihren Alltag ein Stück weit im „Rückspiegel“ lassen.

Vermutlich haben einige von Ihnen auch ein Navigationssystem genutzt, um auf direktem Weg hierher geleitet zu werden. Eine Technik, die aus dem

Alltag gar nicht mehr weg zu denken ist. Doch stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten eine moderne Stadt mit einer Straßenkarte aus den Neunzigern durchqueren: Sie fänden zwar die grobe Richtung, aber spätestens an der ersten Brücke, die heute ein Blumenbeet ist, wäre das analoge Abenteuer zu Ende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso fühlt es sich manchmal in der Kinder- und Jugendhilfe an. Wir arbeiten in und mit Systemen, Strukturen und Denkweisen, die für eine Welt entworfen wurden, die es so

nicht mehr gibt. Ich bin daher sehr froh, dass uns der VPK-Bundesverband die Türen zu diesem spannenden April-PODIUM geöffnet hat. Unter dem Titel „Jugendhilfe neu gedacht – Was junge Menschen brauchen und was Systeme dafür ändern müssen“ haben Sie, liebe Gäste, eine Eintrittskarte in die heutige „Denk-Werkstatt“ erworben. Und wie in jeder guten Werkstatt darf darin nicht nur gehämmert und geschraubt, sondern auch geprüft, abgewogen und neu justiert werden. Nehmen Sie dazu also gern einmal die „Adlerperspektive“ ein und lassen Sie uns darüber sprechen, was getan werden muss, um das Bild einer modernen, systemisch denkenden Kinder- und Jugendhilfe zu erschaffen. Wie könnte dieses Porträt wohl

aussehen? Und wie steht es eigentlich um die Lebensrealität junger Menschen?

Mein Blickwinkel, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt mir dabei vor allem eines: Junge Menschen sind enorm anpassungsfähig, engagiert und haben einen wachen Geist! Sie bringen nicht nur eine natürliche Neugier mit, sondern auch beeindruckende Kompetenzen. Dabei sind sie so vernetzt, reflektiert und veränderungsbereit wie kaum eine Generation vor ihnen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Welt um sie herum komplexer und unsicherer geworden ist (Corona, Ukraine, Nahost – und dann auch noch der Klimawandel...). Wir sehen

eine Generation, die nicht mehr nur mit den klassischen Hürden des Erwachsenwerdens kämpft, sondern in einem Umfeld navigiert, das sich in Rekordgeschwindigkeit verändert. Die damit verbundenen Belastungen sind enorm. Themen wie psychische Auffälligkeiten, erhöhter Leistungsdruck, Einsamkeit, Zukunftsängste und das Bedürfnis nach Sicherheit sind längst keine Randerscheinungen mehr. Laut COPSYS-Studie weisen aktuell 22 % der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten auf – das entspricht einem Anstieg von 5 % gegenüber dem Vor-Pandemie-Niveau. Hinzu kommt, dass jedes siebte Kind armutsgefährdet ist (ca. 2,2 Millionen der unter 18-Jährigen), Belastungslagen zunehmend komplexer werden und Gefährdungs-



(Foto: unsplash)

lagen deutschlandweit einen neuen Höchststand erreicht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für junge Menschen ist das ein ständiger Tanz auf schwankendem Boden. Wer hier bestehen will, braucht auf dem Weg zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben nicht nur das nötige Wissen, sondern auch Orientierung, Halt und Unterstützung. Diesen Beistand einzufordern, ist ihr gutes Recht – ihn zu gewähren, unsere gemeinsame Aufgabe. Damit das jedoch gelingt, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen sich Systeme im „Rhythmus“ junger Menschen bewegen. Wenn wir also in stabile Hilfesysteme investieren, fördern wir junge Menschen, stärken den sozialen Zusammenhalt und leisten einen essenziellen Beitrag zur Stabilität unserer Gesellschaft. Die Weichen dafür sind gestellt und es gibt viele gute Praxis-Beispiele, wie dieses Vorhaben erreicht werden kann. Für dieses Engagement möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich weiß, dass es unter den aktuellen Bedingungen oft nicht einfach ist. Gleichzeitig möchte ich Sie aber auch ermutigen, weiter am Ball zu bleiben, neue Wege zu erproben, voneinander zu lernen und kritisch zu hinterfragen:

Woran erkennen wir eigentlich eine starke Kinder- und Jugendhilfe?

⇒ Stichwort: Haltung, Strukturen und Rahmenbedingungen

Wie kann es uns gelingen, ein flexibles und ganzheitliches Unterstützungssystem zum Leben zu erwecken?

⇒ Stichwort: Verantwortungs-
gemeinschaft, Kompetenz und
Wirksamkeit

und

Wieviel Veränderung braucht die Kinder- und Jugendhilfe für eine „gesunde“ Weiterentwicklung?

⇒ Stichwort: Reformen,
Anerkennung,
Kostenentwicklung
und Fachkräfte

Diese und andere Fragen werden uns in den nächsten Stunden sicherlich noch beschäftigen. Wenn wir also über „Jugendhilfe neu gedacht“ sprechen, müssen wir auch analysieren, wo das aktuelle System an seine Grenzen stößt. Denn eins ist klar: Der Pulsschlag der Kinder- und Jugendhilfe ist in den letzten Jahren zunehmend unregelmäßiger geworden. Das „alte Mädchen“ ist aus der Puste gekommen, denn die Anforderungen wachsen und verändern sich schneller, als uns lieb ist. Allein in den letzten fünf Jahren wurden durch das Bundesfamilienministerium das Ganztagsförderungsgesetz (2021), das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (2021), das KiTa-Qualitätsgesetz (2023), das Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen (2025) sowie das Gewalthilfegesetz (2025) auf den Weg gebracht. Durchschnittlich also ein Gesetz pro Jahr!

Zum Luftholen bleibt jedoch wenig Zeit, denn das nächste Gesetz steht bereits in den Startlöchern. So wurde im März 2026 der Referentenentwurf eines Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe zur Anhörung freigegeben. Dieser Entwurf soll das Fundament für die finale Umsetzung der sogenannten „Großen Lösung“ ab dem Jahr 2028 legen – also die Zusammenführung der Zuständigkeit für Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen

mit Behinderungen unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe – und wird von Regelungen zur ganzheitlichen Unterstützung sowie Vorschriften zum Abbau bürokratischer Hürden flankiert. Es bleibt also turbulent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Mecklenburg-Vorpommern verläuft die Reise dagegen etwas ruhiger. Und das liegt nicht allein daran, dass wir weniger Schnellstraßen haben. Denn Veränderungen brauchen ihre Zeit! Ohne Fahrplan, Treibstoff und Ressourcen bleibt selbst der stärkste Motor auf der Strecke. Deshalb sind wir stolz darauf, dass wir mit dem Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz (2024) und dem Kinderschutzstrukturgesetz (2026) wichtige Grundlagen gelegt haben, um Beteiligung und fachübergreifende Kooperation zu fördern, Verantwortung neu zu ordnen, Qualität verbindlicher zu sichern und die Kinder- und Jugendhilfe im Land zukunftsfester aufzustellen.

Zugleich halten wir an erfolgreichen Angeboten und Programmen fest, die sich zum Ziel gesetzt haben, Familien frühzeitig zu begleiten, Gefährdungen präventiv zu begegnen und junge Menschen auf ihrem Weg zu Bildung, Beruf und gesellschaftlicher Teilhabe zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Systeme, die aufhören sich zu verändern, hören auf, lebendig zu sein. Weiterentwicklung bedeutet daher nicht Abschied vom Bewährten zu nehmen, sondern mit der Zukunft Schritt zu halten. Lassen Sie uns diesen Wandel als Chance begreifen und bleiben Sie neugierig, engagiert und veränderungsbereit. In diesem Sinne wünsche ich uns einen offenen, ehrlichen und zugleich konstruktiven Austausch.

» Begrüßung und thematische Einleitung

Sophia Reichardt



Sophia Reichardt
(Foto: Meike Discher)

Auch von meiner Seite möchte ich Sie alle ganz herzlich hier in Schwerin willkommen heißen! Besonders herzlich begrüßen möchte ich Sie, Herr Thiede! Vielen Dank für Ihr eindrucksvolles Grußwort! Es ist ja immer mit einer gewissen Unwägbarkeit verbunden, jemanden zu einem Grußwort einzuladen, den man persönlich noch nicht kennt und es stellt sich dann natürlich die Frage: Kommt jemand, der sich gut in unserer Thematik auskennt? Spricht jemand, der sich zu den aktuellen politischen Entwicklungen auch kritisch äußert? Beides hat bei Ihnen

zugetroffen, Herr Thiede: Sie kennen sich aus im Feld der Kinder- und Jugendhilfe und – und das ist fast noch wichtiger – Sie wissen um die Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen und sprechen diese auch kritisch an. Insofern nochmals umso mehr: Herzlichen Dank!

Bevor ich jetzt gleich an unseren ersten Referenten übergebe, lassen Sie uns vorab einen kurzen Blick auf einige wegweisende Schlaglichter der vergangenen Monate werfen, die eine Einordnung hinsichtlich der

Herausforderungen geben, vor denen wir in der Jugendhilfe aktuell stehen.

Wiesbaden, Juli 2025:

Die Jugendämter in Deutschland haben im Jahr 2024 rund 69.500 Kinder oder Jugendliche zu ihrem Schutz vorübergehend in Obhut genommen. Während die absolute Zahl der Inobhutnahmen zwar aufgrund der gesunkenen Anzahl unbegleiteter Einreisen junger Menschen um 7 Prozent rückläufig war, stiegen die Fallzahlen durch dringende Kindeswohlgefährdungen um knapp 2.600 Fälle (+10 %) und durch Selbstmeldungen von betroffenen Jungen oder Mädchen um rund 850 Fälle an (+10 %) an.

Wiesbaden, März 2026:

Im Jahr 2024 wurden bundesweit rund 134.000 junge Menschen in einem Heim und knapp 87.500 in einer Pflegefamilie betreut. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, wuchsen damit zusammen rund 221.500 Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene zumindest zeitweise außerhalb der eigenen Familie auf. Gegenüber 2023 ist die Zahl der Betroffenen um 3 % oder rund 7.000 Fälle gestiegen. Nach fünf Jahren Rückgang war dies bereits der zweite Anstieg in Folge (2023: +4 %). Anmerkung: Gut zwei Drittel des Anstiegs im Jahr 2024 (69 % oder 4.800 Fälle) entfallen dabei auf die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Ausländer.

Berlin, Entwicklung der letzten Jahre:

Den VPK-Bundesverband erreichen pro Woche durchschnittlich drei Anfragen von Jugendämtern aus ganz Deutschland, die auf der verzweifelten Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten für junge Menschen mit besonders herausfordernden Fallverläufen sind. Ort der Unterbringung (zumindest räumlich/örtlich gesehen): egal. Hauptsache untergebracht.

Deutschland, Entwicklung der letzten Jahre:

Die Zahl besonders junger Kinder, für die ein Platz in einer stationären Betreuungsform gesucht wird, nimmt stetig zu. Träger aus Niedersachsen berichten zum Beispiel von über 200 Anfragen pro Jahr für Plätze für Kinder unter sechs Jahren.

Dresden, Januar 2026:

Die Landesfachstelle Blaufeuer, Krisenberatungsstelle für Fachkräfte bei sexuellen Grenzverletzungen durch Minderjährige, kontaktiert den VPK-Bundesverband. Ziel ist der Austausch zum Thema „Anstieg sexueller Übergriffe unter jungen Menschen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe“ und zum Umgang mit dieser Entwicklung.

Berlin, März 2026:

Eine Sicherheitsfirma, die sich im Jahr 2022 auf die Vermittlung pädagogisch geschulter Security-Kräfte in Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung spezialisiert hat, spricht den VPK-Bundesverband an, um sich zur Thematik auszutauschen. Ein Artikel im „Blickpunkt Jugendhilfe“ folgt in Kürze.

Berlin, März 2026:

Wenige Wochen vor der heutigen Veranstaltung flattert der lange erwartete

Referentenentwurf zu einer Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe in der Geschäftsstelle des VPK-Bundesverbandes ein. Der Entwurf greift nicht nur die erwarteten und begrüßenswerten Änderungen hinsichtlich der zukünftigen inklusiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe auf, sondern spricht klar und deutlich die strukturellen und finanziellen Herausforderungen an, vor der die Kinder- und Jugendhilfe steht. Diese Herausforderungen würden „... die dem Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe entsprechende Aufgabenwahrnehmung nicht nur zunehmend erschweren, sondern ihre Garantenstellung für ein gutes und sicheres Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland grundsätzlich in Frage stellen können, wenn eine Entlastung ihrer Strukturen nicht zeitnah erfolgt“. Ein zentraler Lösungsvorschlag für dieses Dilemma: Die Umsetzung eines Vorrangangebots im Hinblick auf Infrastruktur- und Regelangebote sowie Hilfen und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit bei Jugendlichen und jungen Volljährigen. Dies bedeutet konkret, dass die genannten Infrastruktur- und Regelangebote gegenüber erzieherischen Hilfen vorrangig sein sollen, sofern sie dem Bedarf im Einzelfall gleichermaßen oder besser entsprechen.

Rückblick Spätsommer 2025:

Der VPK-Bundesverband befindet sich mitten in der Themenfindung für das PODIUM 2026. Es wird schnell deutlich, dass sich alle diskutierten Themen immer wieder um die gleiche Frage drehen: Wo liegen die Ursachen für immer komplexere Fallverläufe, stetig steigende Inobhutnahmen, immer jüngere betreute Kinder, den sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel und die spürbar schwindende Hoffnung vieler Akteure, jungen Menschen und ihren Familien wirklich helfen zu können. Was

können wir tun? Wir merken, wir wollen was tun! Optimistisch sein, konstruktiv und kreativ! Rainer Orbans Bücher „Jugendhilfe neu denken“ und „Jugendhilfe neu machen“ fallen uns in die Hände, das Thema steht. Und nun sind wir hier, stehen vor diesem gefühlten Wendepunkt der Kinder- und Jugendhilfe und wollen heute gemeinsam mit Ihnen und Euch nachdenken, diskutieren und idealerweise etwas bewegen.

Noch zwei Dinge kurz vorweg: Erstens: Geld allein – davon sind wir überzeugt – heilt keine Struktur, die offensichtlich an sich selbst krankt. Im Jahr 2024 flossen über 70 Milliarden Euro in die Kinder- und Jugendhilfe, ca. 15 Milliarden davon in den Topf der Hilfen zur Erziehung. Mehr Geld – so das deutliche und sicher auch nachvollziehbare Signal der Bundesregierung – ist vorerst nicht zu erwarten.

Und zweitens – und hier komme ich auf den Referentenentwurf zurück: Die dort vorgeschlagene Regelung, nach der bestimmte infrastrukturelle bzw. sozialräumliche Angebote und deren Potenziale zukünftig stärker genutzt werden sollen, stellen wir gar nicht grundsätzlich in Frage. Im Gegenteil – und dies werden unsere beiden Referenten Rainer Orban und Menno Baumann in ihren Ausführungen in Kürze auch nochmal konkret veranschaulichen – haben insbesondere sozialraumorientierte Angebote durchaus ihre Daseinsberechtigung und können – sofern sie gut durchdacht, gut ausgebaut und gut vernetzt sind – ganz sicher wirksame Effekte erzielen. Nur muss aus unserer Sicht unbedingt sichergestellt werden, dass diese Angebote und ihr Vorzug gegenüber individuellen und bedarfsgerechten und für viele junge Menschen dringend benötigten Hilfen zur Erziehung, die mit einem Rechtsanspruch versehen sind, sehr gut abgewogen werden und



Sophia Reichardt
(Foto: Meike Discher)

spezifische individuelle Hilfen zukünftig nicht ersetzen.

Nun aber zurück zu unserem heutigen Thema „Jugendhilfe neu gedacht“: Wie können wir Strukturen heilen, die Jugendhilfe wieder ins Rollen bringen und eine Verbesserung der Situation von jungen Menschen herbeiführen, deren Systeme gesprengt wurden und die auf der dringenden und berechtigten Suche nach qualifizierter Hilfe und Unterstützung sind? Was braucht es, um das System wieder wirkungsvoll, bedürfnisorientiert und effizient zugleich zu machen? Welche Rolle spielen Prävention und Frühintervention und können entsprechende Maßnahmen in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe noch ausgebaut werden? In den gleich folgenden Vorträgen widmen sich unsere Referentinnen und Referenten diesen und

weiteren Fragen und betrachten sie aus unterschiedlichen Perspektiven, ohne dabei jedoch den Blick auf das Ganze zu verlieren.

Wir im VPK wissen, dass wir in den eigenen Reihen – nämlich mit Ihnen und Euch, den Trägern in unseren Mitgliedsverbänden, die Ihr heute alle so weit gereist seid, um dieses wichtige Thema mit uns zu bearbeiten – schon ganz, ganz viel Expertise haben. Wir wissen, dass es schon praktisch immer Ihr Antrieb und Euer Ansporn war und Euren Überzeugungen und Einstellungen entsprach, bestmögliche Angebote für junge Menschen und ihre Familien zu machen und dabei immer wieder auch Strukturen oder vermeintlich gegebene Regelungen zu hinterfragen, anzuprangern und aufzubrechen. Davon sind wir sehr begeistert und darüber sind wir froh,

können wir so doch bei unserem Ziel, Jugendhilfe neu zu denken und zu machen, schon auf ganz viel Erfahrung zurückgreifen! Einige dieser Best-Practice-Beispiele werden heute Nachmittag noch im Rahmen der Workshops vorgestellt.

Wir sind aber auch sehr froh darüber, dass wir heute drei ausgewiesene Expertinnen und Experten hier nach Schwerin lotsen konnten, die sich seit Jahren mit den eingangs gestellten Fragestellungen befassen und uns heute ihre Erfahrungen und Ideen vorstellen werden.

So begrüße ich nun ganz herzlich Kerstin Kubisch-Piesk, Prof. Dr. Menno Baumann und Rainer Orban. Herzlich willkommen an Sie drei, schön, dass Sie heute bei uns sind! Bevor ich das Wort gleich übergebe, möchte ich unsere Referentinnen und Referenten noch kurz vorstellen:

Ich beginne mit Rainer Orban, der heute den ersten Vortrag halten wird. Rainer Orban ist Diplom-Psychologe, systemischer Therapeut (SG, DGSF) und Supervisor (SG), Coach sowie Video-Home-Trainer. Er ist als Fort- und Weiterbilder, Unternehmensberater und Therapeut tätig. Als Gründer und Leiter des n.i.l. – Institut für systemische Fort- und Weiterbildung in Osnabrück arbeitet Rainer Orban mit Fachkräften, Teams und Führungskräften aus der Jugendhilfe, von sozialen Trägern und aus Unternehmen. Er ist Autor mehrerer Bücher und Fachartikel, u.a. „Jugendhilfe neu denken“ sowie „Jugendhilfe neu machen“, beide Carl-Auer Verlag. Herr Orban, besonders begeistert hat uns Ihr sehr lösungsorientierter, praxisnaher, konstruktiver und auch optimistischer Ansatz. Diesen teilen wir als VPK und es wäre wirklich schön, wenn wir hier gemeinsam etwas bewirken könnten. Wir freuen uns auf Ihre Ausführungen, Herr Orban, herzlich willkommen!

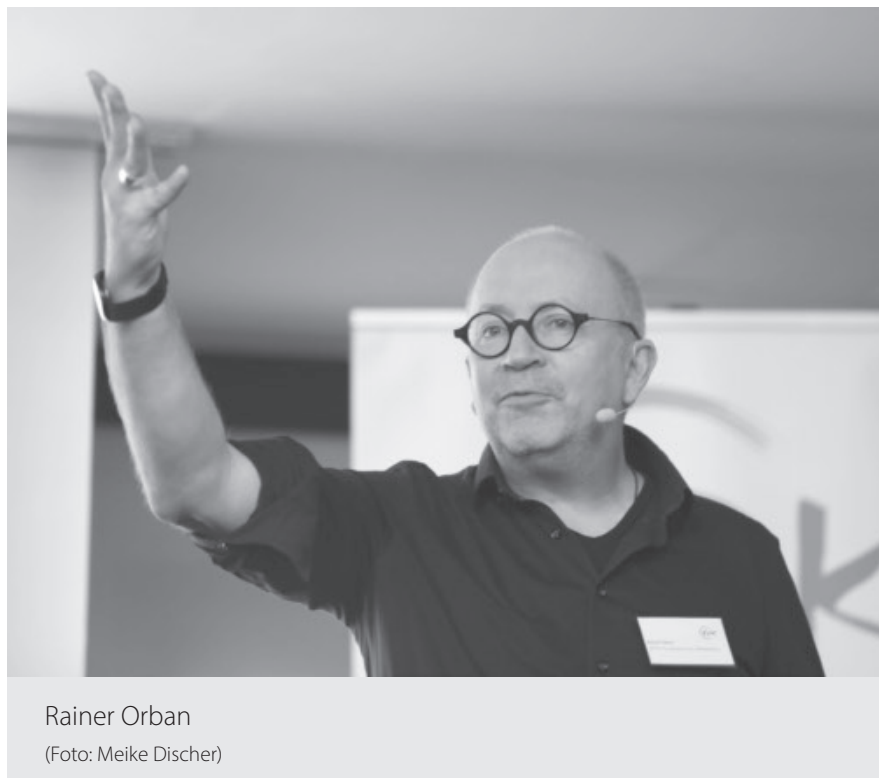
» Konstruktive Vorschläge für einen radikalen Wandel

Rainer Orban

Vielen Dank für die Einladung und für die umfangreiche Vorarbeit, die wir miterleben konnten und an der wir auch mitwirken durften. Vielen Dank auch für die einleitenden Worte von Ihnen, Frau Reichardt und Herr Adam. Und ebenso herzlichen Dank für das freundliche und kluge Grußwort. Ich möchte noch eine Sache zu meiner Person ergänzen, die im Kreis der Kolleginnen und Kollegen vielleicht ganz interessant ist: Bis Mitte letzten Jahres habe ich selbst eine Jugendhilfeeinrichtung geleitet und insgesamt fast 25 Jahre Leitungserfahrung in der Kinder- und Jugendhilfe gesammelt. Ich bin also niemand, der nur von außen erklärt, wie etwas zu tun ist, sondern ich verfüge über langjährige praktische Erfahrung in der Entwicklung und Umsetzung von Angeboten und Strukturen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

So stehe ich heute hier und möchte mit einem Satz beginnen, der für mich im Laufe der intensiven Beschäftigung mit diesem Thema immer zentraler geworden ist. Es ist spannend, wenn etwas, das man schon lange kennt, plötzlich eine ganz neue Bedeutung erhält. Sie alle kennen diesen Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Das ist Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Er ist nicht nur ein schöner Satz, sondern ein Versprechen – erwachsen aus Erfahrung und aus der, wie wir alle wissen, untilgbaren Schuld unserer Geschichte. Dieses



Rainer Orban
(Foto: Meike Discher)

Versprechen bildet das Fundament unseres Gemeinwesens, so wie wir es nach dem Zweiten Weltkrieg neu aufgebaut haben. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und von diesem Gedanken ausgehend sollten wir – darauf werde ich im Laufe meines Vortrags noch zurückkommen – auch die Dinge, die wir tun, gesamtgesellschaftlich denken. Denn das ist es, was uns zusammenhält. Wenn wir diesen Gedanken aus dem Blick verlieren, wird es schwierig. Während wir heute hier stehen und diesen Satz vermutlich alle teilen, erleben wir nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe, sondern in vielen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens,

dass dieses Versprechen nicht eingelöst wird. Wir leisten uns als Gesellschaft, dass große Teile der Menschen in unserem Land kaum Chancen auf sozialen Aufstieg haben. Gleichzeitig sehen wir wenig grundlegendes Interesse daran, daran etwas zu verändern.

Auch in der Kinder- und Jugendhilfe organisieren wir Strukturen – und mit ihnen Zuständigkeiten. Und immer wieder erleben wir, dass Menschen sich hinter diesen Zuständigkeiten zurückziehen, wenn es um Verantwortung geht. Das betrifft nicht nur die öffentlichen Träger. Verantwortung zu übernehmen bedeutet,

Antworten auf die Fragen zu geben, die das Leben und die Menschen an uns stellen. Genau das geschieht jedoch häufig nicht. Stattdessen sitzen wir in endlosen Besprechungen und sprechen als Fachkräfte über die Probleme von Kindern, Jugendlichen und Familien. Und ich frage mich dann: Wo sind diese Menschen eigentlich in diesem Moment? Müsstent sie nicht selbst mit am Tisch sitzen?

Ich habe deshalb schon vor mehr als 20 Jahren gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aufgehört, Fallbesprechungen über Kinder zu führen. Wir haben Fallbesprechungen mit Kindern durchgeführt. In den Einrichtungen, die ich zuletzt geleitet habe, gab es keine Fallbesprechung ohne die betroffenen Kinder. Selbst Sechsjährige waren dabei. Es ist ihr Leben – und deshalb müssen wir mit ihnen darüber sprechen. Das ist für mich echte Beteiligung. Genau solche Fragen müssen wir uns stellen: Wie beteiligen wir Menschen wirklich? Und wie ernst meinen wir Beteiligung tatsächlich? Ich glaube, darin liegt eine enorme Kraft.

Deshalb möchte ich Sie einladen, mich im weiteren Verlauf dieses Vortrags auf einen Weg durch verschiedene Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe zu begleiten. Gemeinsam können wir überlegen, wie wir Jugendhilfe tatsächlich neu denken und wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Denn das SGB VIII hatte ursprünglich eine gute Idee. Darin steckt bis heute viel Potenzial – wenn wir bereit sind, es mit einem frischen Blick zu betrachten und, wie bereits gesagt wurde, für das Jahr 2026 neu zu übersetzen. Vielleicht gelingt es uns dann auch, uns ein Stück weit von reinen Verwaltungslogiken zu lösen und wieder konsequent vom Menschen her zu denken. Dafür brauchen wir die Bereitschaft und die

Fähigkeit, wirklich radikal neu zu denken. Genau das habe ich auch als Untertitel meines Buches gewählt. Natürlich spielt dabei ein wenig Marketing eine Rolle. Vor allem aber war es mir wichtig, deutlich zu machen, dass wir den Mut haben müssen, unsere Strukturen grundsätzlich zu hinterfragen.

Ich möchte diese Fähigkeit, unsere Gesellschaft neu zu denken, nicht Tech-Oligarchen im Silicon Valley überlassen – Menschen wie Peter Thiel, Elon Musk, Mark Zuckerberg oder anderen. Vielmehr ist es unsere Aufgabe, neue Perspektiven zu entwickeln und gesellschaftliche Strukturen neu zu entwerfen. Wir stehen tatsächlich an einem Scheideweg. Einige haben das heute Morgen bereits angesprochen. Der Begriff „Zeitenwende“ ist vor einigen Jahren geprägt worden. Unabhängig davon, wie man diesen Begriff bewertet, stehen wir heute vor grundlegenden Entscheidungen: Wo wollen wir als Gesellschaft hin? Wie wollen wir den Herausforderungen der Gegenwart gerecht werden – und zugleich denjenigen, die uns in zehn oder fünfzehn Jahren erwarten? Diese Entscheidungen müssen wir jetzt treffen. Und dafür braucht es – jetzt muss ich das hier noch einschalten – vielleicht auch ein paar Geschichten.

Ich möchte mit einer Geschichte beginnen, die für mich tatsächlich so etwas wie ein Schlüsselerlebnis war. Wahrscheinlich hat jeder – privat wie beruflich – Erfahrungen gemacht, die das eigene Denken und Fühlen grundlegend verändern. Mir ist das vor über 20 Jahren passiert. Damals leitete ich eine Jugendhilfeeinrichtung. Ich war Mitte 30 und hatte gerade die Leitung übernommen. Wir betreuten zwei Mädchen im Alter von elf und vierzehn Jahren. Beide waren vom Partner ihrer Mutter sexuell missbraucht worden und kamen

aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu uns. Gleichzeitig lebte die Mutter als Alleinerziehende mit drei weiteren Jungen – den Halbbrüdern der Mädchen – zusammen. Durch eine gerichtliche Entscheidung mussten auch diese Kinder aus der Familie genommen werden. Ehrlich gesagt war darüber beim Jugendamt niemand begeistert. Gemeinsam mit dem Jugendamt – damals war der Jugendamtsleiter selbst Sozialarbeiter – haben wir entschieden, die fünf Geschwister wieder zusammenzuführen. Wir haben eine Wohngruppe um diese fünf Kinder herum aufgebaut. Die Idee war, die Geschwister zusammen aufwachsen zu lassen und langfristig vielleicht auch wieder eine Perspektive mit der Mutter zu entwickeln. Das erschien uns damals ein guter Weg. Die Mutter allerdings trug diese Idee nicht wirklich mit. Sie war uns gegenüber sehr skeptisch. Irgendwann gab es eine Situation, in der ich – wahrscheinlich auch aus einer gewissen Ohnmacht heraus – dachte, wir müssten einen anderen Zugang finden. Also habe ich mich mit ihr verabredet. Wir sind gemeinsam spazieren gegangen und sie hat mir ihre Sicht auf die Situation geschildert. Dieses Gespräch hat mein Denken nachhaltig verändert.

Sie war eine kluge Frau und rechnete mir vor, dass sie sich seit Langem frage, warum sie vom Staat nicht 200 oder 300 Euro mehr im Monat bekäme, damit sie sich eine angemessene Wohnung für sich und ihre drei Söhne leisten könne. Sie lebte damals auf dem Land – nicht in einer Stadt, sondern in einer dörflichen Struktur – in einer kleinen, feuchten Wohnung. Wir waren mehrfach dort und kannten die Wohnverhältnisse. Sie waren wirklich schlecht. Ihr fehlten monatlich lediglich 200 bis 300 Euro, um eine einigermaßen geeignete Wohnung zu finden. Das war auch Anfang der 2000er-Jahre als

alleinerziehende Mutter im ländlichen Raum alles andere als einfach. Während sie mir das erklärte, rechnete sie mir gleichzeitig vor, dass der Staat in genau diesem Moment rund 30.000 Euro pro Monat für die Betreuung ihrer fünf Kinder ausgab.

Ist das nicht eigentlich das, worum es geht? Ich meine das nicht nur volkswirtschaftlich – auch aus dieser Perspektive kann man darüber sehr intensiv nachdenken. Ich werde später noch etwas dazu sagen, wo wir eigentlich hinmüssen und warum beispielsweise eine Grundsicherung ideologisch ausgeschlossen wird. Aber dieses Erlebnis hat auf jeden Fall meine Sichtweise darauf sehr verändert, wie wir mit Menschen arbeiten sollten, wie wir sie beteiligen müssen und wie sehr es sich lohnt, um den Erhalt familiärer Strukturen zu kämpfen – natürlich immer dann, wenn wir fachlich einschätzen können, dass diese Strukturen auch tragfähig werden können. Das System, wie wir es bisher kennen, trägt in dieser Form nicht mehr. Das haben wir auch in den vorherigen Beiträgen bereits gehört. Wir merken es alle. Es fordert uns enorm heraus. Und sicherlich fehlen uns teilweise Konzepte, teilweise vielleicht auch Fähigkeiten, um damit umzugehen. Gleichzeitig liegt es aber auch daran, dass unsere Strukturen weitgehend nicht mehr an die heutigen Herausforderungen angepasst wurden.

Sie haben es bereits gesagt, Frau Reichardt: Mehr Geld wird es nicht geben. Davon bin ich ebenfalls überzeugt. Und mehr Geld allein wird es auch nicht richten. Wenn wir glauben, dass es mit zusätzlichen Mitteln automatisch besser wird, dann machen wir uns selbst kleiner und vergessen, dass wir die Fähigkeit haben, neue Wege zu entwickeln und neue Lösungen zu finden. Ich glaube, darin liegt ein enormes

Potenzial. Ich bin tatsächlich optimistisch, dass die Kinder- und Jugendhilfe diese Kraft hat. Ich möchte Ihnen gleich sechs Achsen bzw. Ideen vorstellen, wie wir diesen Weg beschreiten könnten – und zeigen, was bereits heute möglich wäre.

Einige Zahlen sind bereits gefallen: Über 70 Milliarden Euro wurden 2024 in der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben, 2025 waren es fast 74 Milliarden Euro. Mir geht es dabei nicht darum zu sagen: Das ist zu viel Geld – oder darauf hinzuweisen, dass diese Summe beispielsweise höher ist als der gesamte Verteidigungshaushalt. Darauf möchte ich es ausdrücklich nicht reduzieren. Denn diese Mittel sind Investitionen in unsere Kinder und Jugendlichen. Es sind keine Kosten. Das wissen wir auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive. Insofern sind diese Investitionen richtig und wichtig. Die entscheidende Frage aber ist: Könnten wir diese Mittel anders einsetzen? Können wir damit noch größere Wirkungen für die Menschen erzielen, für die wir Verantwortung übernehmen? Davon bin ich überzeugt.

Wenn wir auf die Prognosen des Kinder- und Jugendhilfereports 2024 schauen, wird deutlich: Wir werden wahrscheinlich bis 2035 etwa zehn Prozent mehr Kinder haben. Und diese Kinder werden nicht alle unter idealen Bedingungen aufwachsen. Die Wahrscheinlichkeit, dass soziale Herausforderungen weiter zunehmen, ist daher relativ hoch. Gleichzeitig verschärft sich der Fachkräftemangel. Die Generation der Babyboomer geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Auch darauf müssen wir uns heute vorbereiten. Wir können nicht warten, bis diese Entwicklungen tatsächlich eingetreten sind. Das bloße Aufrechterhalten eines Systems, das in den vergangenen 20 Jahren gewachsen ist, wird uns nicht

weiterhelfen. Wir müssen uns heute fragen: Wie soll Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2035 aussehen? Und wir müssen jetzt damit beginnen, daran zu arbeiten. Dabei geht es nicht nur um einen steigenden Bedarf. Es geht auch um eine andere Qualität, andere Strukturen und neue Ideen, wie Unterstützung künftig gestaltet werden kann.

Ich möchte Ihnen noch eine Zahl nennen, die mich beim Lesen des Kinder- und Jugendhilfereports sehr aufgeschreckt hat. Es geht um die Abbruchquoten – oder, genauer gesagt, um ungeplante Beendigungen von Hilfen. Ich weiß, dass Sie darauf später noch eingehen werden, aber ich möchte es an dieser Stelle kurz aufgreifen.

Nach der Statistik werden 54 Prozent der stationären Hilfen ungeplant beendet. Natürlich muss man im Einzelfall genau hinschauen, was diese Zahl bedeutet. Aber wenn diese Größenordnung tatsächlich zutrifft, dann ist das schlechter als ein Münzwurf. Und das können wir Kindern und Jugendlichen nicht zumuten. Hier haben wir auch ein fachliches Thema. Wir müssen uns ernsthaft fragen, was wir anders machen können. Ich habe selbst Kinder in Einrichtungen aufgenommen – wobei ich nicht sagen würde, dass ich sie betreut habe; ich war verantwortlich. Und Sie kennen diese Situationen sicherlich auch: Wir haben beispielsweise einen Jungen aufgenommen, zehn Jahre alt, und es war bereits seine elfte stationäre Hilfe. Das kann man kaum erklären. Sind wir da nicht alle mit in der Verantwortung, Strukturen zu schaffen, damit sich solche Verläufe künftig anders entwickeln können? Natürlich können wir nicht jeden Fall retten. Natürlich wird es immer Situationen geben, in denen schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen. Aber dass solche Entwicklungen passieren und

Kinder immer weitergereicht werden, ohne dass sich grundlegend etwas verändert, das müssen wir hinterfragen.

Was wir aktuell erleben – und ich weiß nicht, wie es in Ihren Regionen aussieht – ist Folgendes: Wir kommen aus dem Raum Osnabrück und arbeiten viel im Münsterland, bis hinein ins Ruhrgebiet und nach Bremen. Die Träger, mit denen wir zusammenarbeiten, berichten von einem spürbaren Rückgang der Anfragen im Bereich der ambulanten Hilfen. Diese Entwicklung ist aus unserer Sicht fatal – ähnlich wie die Vorschläge, die wir gerade gehört haben und die in der Arbeitsgruppe im Kanzleramt diskutiert wurden. Das sind aus unserer Sicht kontraproduktive Entwicklungen, denn wir wissen, was in einigen Jahren auf uns zukommen kann. Wenn wir nicht frühzeitig intervenieren und handeln, werden wir mit deutlich mehr schwierigen und herausfordernden Situationen konfrontiert sein.

Das ist eine ganz fatale Entwicklung. Sie passiert vermutlich nicht koordiniert, aber wir wissen, dass der Kinderschutz unter diesen Bedingungen nicht mehr nach den erforderlichen Standards gewährleistet werden kann. In Osnabrück, wo ich herkomme, gab es vor einigen Jahren einen Fall, der nicht nur regional, sondern auch bundesweit durch die Medien ging: Kolleginnen und Kollegen, die in einer Inobhutnahmeeinrichtung tätig waren, haben als gesamtes Team gekündigt, weil sie die Situation nicht mehr ausgehalten haben. Sie hatten jahrelang auf die schwierigen Bedingungen und den Unterstützungsbedarf hingewiesen. Fast jede Nacht kam es zu Polizeieinsätzen. Wir hatten Mitarbeitende dieser Einrichtung in unseren Weiterbildungen, die davon berichteten. Irgendwann sind dann alle

gegangen. In Osnabrück gab es daraufhin schlicht keine Inobhutnahmepplätze mehr. In der Folge haben Kolleginnen und Kollegen sowohl aus dem Jugendamt als auch von freien Trägern tatsächlich Kinder mit nach Hause genommen, um die Situation aufzufangen. Vielleicht gibt es aktuell nicht mehr ganz so viele extreme Zuspitzungen, und möglicherweise hat sich die Lage etwas stabilisiert. Dennoch bleibt festzuhalten – wir haben die Zahlen gerade gehört –, dass das System damit insgesamt nicht mehr zurechtkommt.

Was bedeutet das? Die Kinder erhalten nicht die angemessene Unterstützung, die sie benötigen – insbesondere diejenigen, die sie am dringendsten brauchen. Hilfen setzen häufig erst dann ein, wenn sich die Probleme bereits massiv verfestigt haben. Wir kommen also viel zu spät. Wir werden darauf noch eingehen: Die Forschung zeigt eindeutig, dass wir deutlich früher ansetzen müssen. Letztlich ist das System aus eigener Kraft nicht in der Lage, sich grundlegend zu verändern.

Wir erleben selbst im ambulanten Bereich sehr viele Situationen, in denen drei, manchmal sogar vier Fachkräfte in einer Familie tätig sind. Da stellt sich die Frage: Haben diese Familien tatsächlich so große Schwierigkeiten, dass es mehrere Helfersysteme braucht? Warum sind drei oder vier Personen erforderlich? Gleichzeitig beklagen wir die zunehmende Vereinzelung in unserer westlichen Gesellschaft – und schaffen dann Hilfesysteme, die diese Individualisierung teilweise noch verstärken. Ich formuliere das bewusst etwas zugespitzt: Wir sprechen viel darüber, dass Menschen immer stärker auf sich selbst bezogen sind, und reagieren darauf mit Angeboten, die ebenfalls stark individualisiert sind. Deshalb bin ich nicht unbedingt ein Befürworter

aller infrastrukturellen Angebote, die derzeit aufgebaut werden sollen. Man muss genau prüfen, ob ausreichend Personal vorhanden ist und ob solche Möglichkeiten vor Ort überhaupt umgesetzt werden können. Grundsätzlich müssen wir uns aber die Frage stellen: Ist es wirklich sinnvoll, wenn in einer Familie drei verschiedene Helfersysteme tätig sind? Wem dient das tatsächlich? Hilft es der Familie dabei, sich als Familie neu zu stabilisieren und zu definieren? Oder verschärfen wir die Situation möglicherweise sogar? Diesen Fragen müssen wir uns stellen. Häufig reagieren wir erst dann, wenn das Kind bereits „in den Brunnen gefallen ist“ – im wahrsten Sinne des Wortes – und wir nicht mehr wissen, wie wir die Situation lösen können. Es fehlt vielfach an vorausschauendem Handeln.

Sie alle kennen diese Fälle. Ich habe sie selbst sehr oft erlebt. Eine Zeit lang war ich tatsächlich müde davon, dass im ambulanten Bereich wochen- oder monatelang darüber verhandelt wird, ob eine Unterstützung um zwei oder drei Stunden pro Woche ausgeweitet werden kann. Wenn ein Kind dann schließlich aus der Familie herausgenommen werden muss, weil die Situation nicht mehr tragfähig ist, sieht man die Familie manchmal nur noch einmal im halben Jahr – und die entstehenden Kosten sind dabei etwa fünfmal so hoch.

Das ist strukturell absurd und eine Katastrophe, weil es niemandem hilft. Es gibt so viele systemimmanente Fehler, die diese Entwicklungen begünstigen. Was mich dabei immer besonders geärgert hat und bis heute ärgert, ist, dass die hohen Auslastungsquoten, die wir inzwischen teilweise haben, eine koordinierte Rückführung erheblich erschweren oder sogar verhindern. Mit dem KJHG hat man uns als freie Träger sicherlich

nicht nur schlechte Vorgaben gemacht: Wir wurden aufgefordert, vorausschauend zu kalkulieren, wirtschaftlich zu planen, zu verhandeln und als betriebswirtschaftlich agierende Systeme zu arbeiten. Genau das tun wir heute. Gleichzeitig wundert man sich dann, dass es kaum noch gelingende Rückführungsprozesse gibt. Denn wenn ein Träger beispielsweise nur über 50 Plätze verfügt, kann ein einzelner frei werdender Platz sehr schnell zu einem existenziellen wirtschaftlichen Risiko werden.

Das bedeutet: Wir brauchen Systeme, die es wieder honorieren, wenn wir aktiv daran arbeiten, dass Kinder in ihre Familien zurückkehren können und dort dauerhaft gut leben können. Darüber kann man sich viele Gedanken machen, wie solche Anreizsysteme ausgestaltet werden können. Ich habe diesen Gedanken bereits in meinen Büchern beschrieben und damals auch gegenüber einem Jugendamtsleiter vorgeschlagen. Er stand diesem Ansatz ebenfalls sehr positiv gegenüber, allerdings kam es letztlich nicht mehr zur Umsetzung, weil er in den Ruhestand gegangen ist. Die Idee war, ein Bonussystem einzuführen: Wenn ein Kind beispielsweise ein Jahr nach der Rückführung weiterhin stabil in der Familie lebt, erhält der Träger noch einmal eine zusätzliche Vergütung in Höhe von zwei oder drei Monatsentgelten. Das wäre ein erheblicher Anreiz gewesen, mit großem Engagement und entsprechender Energie an Rückführungen zu arbeiten – denn es kann funktionieren. Einrichtungen und Träger, die diesen Ansatz konsequent verfolgen, wären damit durchaus erfolgreich.

Natürlich brauchen wir gute Ressourcen. Diese Ressourcen bestehen aber nicht nur aus finanziellen Mitteln, sondern vor allem aus Fachlichkeit.

Wir müssen die Kompetenzen entwickeln, die erforderlich sind, um mit den heutigen und den zukünftigen Problemlagen angemessen umgehen zu können. Wir können heute keine stationäre Gruppe mehr betreiben, ohne dass dort Fachkräfte arbeiten, die beispielsweise traumapädagogisch, traumaberaterisch und sexualpädagogisch qualifiziert sind. Sie arbeiten mit Kindern und Jugendlichen, die teilweise mit Erfahrungen und Inhalten konfrontiert sind, die weit über das hinausgehen, was frühere Generationen erlebt haben – etwa durch einen sehr frühen und intensiven Kontakt mit Pornografie. Das ist die Realität, mit der wir umgehen müssen. Deshalb müssen wir die Mitarbeitenden entsprechend qualifizieren. Ich habe diesen Gedanken in meinen Büchern auch bewusst weiter gefasst, indem ich Kinder- und Jugendhilfe nicht ausschließlich als Hilfen zur Erziehung betrachte. Wenn wir beispielsweise Kindertageseinrichtungen mit 20 Mitarbeitenden haben, deren jährliches Fortbildungsbudget bei 1.000 Euro für das gesamte Team liegt, können wir nicht erwarten, dass dort eine hohe Fachlichkeit entwickelt und dauerhaft gewährleistet wird. Das ist schlicht unrealistisch.

Wenn Fortbildung als lästige Zusatzaufgabe betrachtet wird – nach dem Motto: „Das braucht man nicht“ –, mag das aus einer reinen Verwaltungslogik manchmal nachvollziehbar erscheinen. Mit einer pädagogischen Logik hat das jedoch wenig zu tun. Lernen und Weiterentwicklung müssen zu unserem täglichen Handeln gehören – nicht nur im Kontakt mit Kindern, Jugendlichen und Familien, sondern auch im Hinblick auf die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer eigenen Fachlichkeit. Ich glaube, dass wir heute keine Regelgruppen und keine pädagogischen Gruppen mehr verantwortungsvoll

führen können, ohne über dieses notwendige Fachwissen zu verfügen. Diese Kompetenzen müssen wir gemeinsam weiterentwickeln und sicherstellen, dass sie in der Praxis vorhanden sind.

Das sind nur zwei Aspekte von vielen. Es geht insgesamt um Ressourcen, die wir gezielt entwickeln müssen. Dafür braucht es aus meiner Sicht auch eine deutlich engere Zusammenarbeit mit den berufsbildenden Schulen, Hochschulen und Universitäten, an denen unsere Fachkräfte ausgebildet werden. Wir müssen näher zusammenrücken und gemeinsam schauen: Welche Kompetenzen und welches Wissen sind für die Praxis tatsächlich relevant?

Wir brauchen Ressourcen – aber Ressourcen allein werden nicht ausreichen. Es braucht auch Engagement, und davon haben wir in der Kinder- und Jugendhilfe sehr viel. Das ist meine Erfahrung aus 30 Jahren Tätigkeit in diesem Feld. Ich habe bereits während meines Studiums in der Jugendhilfe gearbeitet und damit mein Studium finanziert. An Engagement mangelt es den Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe nicht. Wenn ich von den Menschen spreche, meine ich: bei 99 Prozent ist dieses Engagement vorhanden. Manchmal muss man die Mitarbeitenden eher darin unterstützen, gut auf sich selbst zu achten und Grenzen zu wahren.

Ich möchte noch einige Gedanken zu der aktuellen Situation ergänzen. Herr Thiede, Sie haben eben von systemischem Denken gesprochen. Genau aus dieser Perspektive betrachte ich die Entwicklungen auch. Ich komme aus einer fachlichen Tradition, in der ich mich intensiv mit Systemtheorie beschäftigt habe, und schaue daher auf die Phänomene, mit denen wir es gegenwärtig zu tun haben. Ich

glaube, dass wir uns gesellschaftlich – nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten westlichen Welt – gerade in einer Phase befinden, die man systemtheoretisch als Phasenübergang bezeichnen kann. Wir erleben sehr viel Bewegung, Unsicherheit, Unruhe und Instabilität. In solchen Phasen können neue Wirklichkeiten entstehen und sich neue Entwicklungen herausbilden.

Deshalb reicht es meines Erachtens nicht aus, lediglich zu kritisieren, was gerade passiert. Natürlich ist es problematisch, wenn solche weitreichenden Überlegungen – beispielsweise in Arbeitsgruppen hinter verschlossenen Türen und ohne ausreichende fachliche Beteiligung – entstehen. Aber es genügt nicht, nur Empörung zu zeigen. Wir als Fachleute sind jetzt gefordert, eigene Vorschläge zu entwickeln und Antworten darauf zu geben, wie es anders gehen kann.

Gerade an solchen Wendepunkten haben wir eine größere Chance auf Veränderung als in stabilen Zeiten. Das erleben wir auch in der Beratung und Pädagogik: Veränderungen entstehen häufig nicht dann, wenn ein System bereits wieder stabil ist, sondern in Phasen der Instabilität. Dann können wir eingefahrene Muster, Überzeugungen und Lösungswege hinterfragen – nicht den Menschen selbst, den wir stabilisieren wollen, sondern die Strukturen und Denkweisen, die bestimmte Entwicklungen immer wieder hervorbringen.

Genau an diesem Punkt stehen wir derzeit. Deshalb sage ich bewusst: Wir müssen jetzt neue Antworten entwickeln. Wir dürfen diese Aufgabe nicht allein denjenigen überlassen, die an den entscheidenden Stellen sitzen und später über die Ausgestaltung unseres Systems entscheiden. Wir brauchen fachlich fundierte Antworten und konkrete Vorschläge. Ich

weiß, dass viele daran arbeiten, und das ist sehr wichtig. Genau diese Diskussionen müssen jetzt geführt werden – auch in den anstehenden Anhörungen. Wir müssen den Verantwortlichen in Ministerien und politischen Entscheidungsstellen zeigen, dass wir als Fachpraxis über Wissen und Lösungsansätze verfügen. Denn wir stehen vor großen strukturellen Herausforderungen. Die finanziellen Defizite in den Kommunen sind enorm. Wenn Kommunen unter erheblichem Druck stehen, ist es nachvollziehbar, dass Kämmerer und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach Lösungen suchen. Wir können ihnen nicht vorwerfen, dass sie sich mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie angesichts knapper Mittel beispielsweise Kita-Zeiten aufrechterhalten, Bäder finanzieren oder andere Leistungen sichern können.

Unsere Aufgabe als Fachleute ist es, aufzuzeigen, welche mittel- und langfristigen Strategien notwendig sind, damit sich die Situation nicht weiter verschärft. Ob es gelingt, dadurch langfristig Kosten zu reduzieren oder Investitionen zu verringern, wissen wir heute nicht. Aber wir haben Ideen und Erkenntnisse dazu, wie wir verhindern können, dass die Probleme größer werden. Dafür müssen wir auch über eine Weiterentwicklung und möglicherweise Neujustierung sozialer Sicherungssysteme sprechen. Ich verstehe beispielsweise nicht, warum die Diskussion über eine mögliche Grundsicherung häufig so ideologisch geführt wird und warum man sich an Begriffen wie dem Bürgergeld festhält. Entscheidend ist doch die Frage: Welche Antworten brauchen wir für die Zukunft?

Wenn sich die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz in dieser Geschwindigkeit fortsetzt, werden sich Arbeitswelten massiv verändern. Möglicherweise werden künftig

weniger Arbeitskräfte benötigt. Wie unsere Gesellschaft damit umgehen soll, darauf gibt es bislang keine ausreichenden Antworten. Diese Antworten müssen sowohl aus der Politik als auch aus der Fachpraxis kommen. Es sind daher sehr spannende und herausfordernde Zeiten.

Ich möchte im Folgenden vier Punkte ansprechen. Der erste betrifft die sogenannten Frühen Hilfen, die nach wie vor häufig unter dem Begriff Prävention betrachtet werden. Ich plädiere schon seit vielen Jahren dafür, im fachlichen Diskurs mit Verwaltung und Politik deutlich zu machen: Wir sprechen hier nicht über freiwillige Präventionsangebote, sondern über Frühintervention. Frühintervention heißt so, weil wir wissen, dass sie wirkt. Es geht nicht um ein Präventionsparadox, bei dem wir nicht wissen, welche Wirkung eine Maßnahme später entfaltet. Wir wissen aus zahlreichen Studien, dass frühe Unterstützung wirksam ist. Deshalb müssen wir deutlich mehr in diesem Bereich tun. Dabei müssen wir Menschen auch mit einem modernen wissenschaftlichen Verständnis betrachten. Die Erkenntnisse aus Neurobiologie und Neurowissenschaften zeigen, dass wir den Menschen nur biopsychosozial verstehen können. Wir wissen, welchen tiefgreifenden Einfluss dauerhafter Stress auf den Körper hat. Wir wissen seit vielen Jahren, dass Menschen, die unter schwierigen Armutsbedingungen aufwachsen, ein deutlich erhöhtes Risiko haben, später chronische Erkrankungen zu entwickeln. Menschen, die in Armut leben und deshalb häufig eine deutlich geringere Lebenserwartung haben, erleben diese Belastungen nicht deshalb, weil sie automatisch ungesünder leben oder bestimmte Verhaltensweisen häufiger zeigen. Der entscheidende Faktor ist der dauerhafte Stress, der entsteht, wenn Menschen täglich um

grundlegende Sicherheit kämpfen müssen. Wenn jemand sich keine Sorgen machen muss, ob genügend Essen vorhanden ist, ob die Miete bezahlt werden kann oder ob die Betreuung der Kinder gesichert ist, bedeutet das eine enorme Entlastung. Wer dagegen jeden Tag mit existenziellen Unsicherheiten lebt, steht unter einer dauerhaften Belastung. Diese Belastung wirkt sich auf die Gesundheit und die Lebenserwartung aus. Darauf kann eine Gesellschaft nicht dauerhaft aufbauen. Deshalb müssen wir den Blick stärker auf die Lebensbedingungen richten. Außerdem halte ich es für wichtig, dass wir uns wieder stärker um Familien als Ganzes kümmern und nicht ausschließlich um einzelne Familienmitglieder.

Ich möchte Ihnen kurz etwas zeigen, das mich sehr inspiriert hat, als ich es zum ersten Mal gesehen habe. Es stammt von Gregory Bateson, einem der wichtigen Begründer und Weiterentwickler der Kybernetik. Schauen Sie einmal: Was sehen Sie? Eine Hand und fünf Finger – genau. Diese Hand und die fünf Finger bilden ein geniales Werkzeug der Evolution. Das hat mit etwas Grundlegendem zu tun: Wir nutzen diese Hand unzählige Male jeden Tag und dabei wirken verschiedene Elemente in Beziehung zueinander. Es gibt hier mehrere Beziehungen und diese wissen ständig voneinander. Leben ist vernetzt. Dynamische Systeme sind vernetzt. Wenn wir Familien auseinanderdividieren und nur die einzelnen Personen betrachten, zerstören wir diese Netzwerke und die bestehenden Beziehungen. Wir sind miteinander verbunden und aufeinander bezogen. Wir sind soziale Wesen. Schon die ersten Zellen des werdenden Lebens zeigen dieses Prinzip: Wenn sie durch den Eileiter in Richtung Gebärmutter wandern, docken sie aktiv an der Gebärmutterwand an.

Durch die Versorgung durch die Mutter entsteht aus diesen Zellen die Plazenta. Wir sind also vom ersten Augenblick an auf Kooperation und Beziehung angelegt. Dort, wo Beziehungen erhalten werden können, sollten wir sie erhalten. Dazu fordert uns nicht nur das Gesetz auf, sondern ich glaube, es ist auch unsere ethische Verpflichtung.

Ich denke, es braucht eine neue Ordnung des Zusammenspiels von öffentlicher und freier Jugendhilfe. Es braucht tatsächlich Beteiligung und gemeinsame Verantwortung. Wir sollten uns auch Gedanken darüber machen, wie Organisationen neu gedacht werden können, wenn wir konsequent beziehungs- und systemorientiert arbeiten wollen. Damit komme ich zur Frühintervention. In der vergangenen Woche habe ich im Rahmen einer Veranstaltung einen Kollegen aus dem Landesjugendamt getroffen, der den oben beschriebenen Ansatz noch nicht kannte – das hat mich überrascht. Denn es geht dort um die Erkenntnisse von James Heckman, der im Jahr 2000 den Wirtschaftsnobelpreis erhielt. Er konnte zeigen, dass der größte volkswirtschaftliche Nutzen – wenn wir einmal bewusst diese Perspektive einnehmen – durch Investitionen in Unterstützungsangebote entsteht, die Menschen möglichst früh in ihrem Leben zugutekommen.

Also: Wir wissen das bereits seit langer Zeit und trotzdem passiert noch immer viel zu wenig. Nach wie vor wird Frühintervention häufig nach dem Motto betrachtet: „Das kann man machen, muss man aber nicht unbedingt.“ Hier in Mecklenburg-Vorpommern haben wir die Netzwerkkoordinatoren Frühe Hilfen ausgebildet. Auch im Hinblick auf diesen Ansatz muss man sagen: Manche Strukturen funktionieren gut, andere laufen eher als zusätzliches Angebot nebenher,

ohne richtig in die Gesamtstruktur eingebunden zu sein. Je nach Landkreis und Kommune ist das sehr unterschiedlich organisiert. Manche Netzwerkkoordinatorinnen und Netzwerkkoordinatoren haben sehr verantwortungsvolle Aufgaben, andere arbeiten sich mit unklaren Zuständigkeiten irgendwie durch. Dabei müssten diese Personen zentrale Akteurinnen und Akteure sein. Denn genau so war es ursprünglich gedacht: Sie sollen in ihren Netzwerken frühzeitig erkennen können, wo sich mögliche Gefährdungslagen entwickeln.

Gerade im ganz frühen Lebensalter müssen die besten Fachkräfte eingesetzt werden – dies gilt vor allem für Kindertageseinrichtungen und Krippen. Noch immer erleben wir Situationen, in denen ein Kind mit dem Hinweis in die Krippe gegeben wird: „Es ist zu Hause nicht ganz stabil, aber in der Krippe wird es schon funktionieren.“ Also brauchen wir gerade dort die bestqualifizierten Fachkräfte, weil wir wissen, welche Grundlagen in dieser frühen Phase gelegt werden. Der gesamte Organismus, der Stoffwechsel und zentrale Entwicklungsprozesse werden in den ersten zwölf bis fünfzehn Lebensmonaten maßgeblich geprägt. Das wissen alle, die sich mit Bindung und früher Entwicklung beschäftigen. Und trotzdem passiert in diesem Bereich noch immer viel zu wenig. Es ist deshalb entscheidend, dass wir weiterhin mit dieser Perspektive arbeiten und tatsächlich biopsychosozial denken. Wir müssen verstehen, dass viele körperliche und gesundheitliche Folgen damit zusammenhängen, dass Menschen dauerhaft überlastet und überfordert sind. Wir wissen das – und trotzdem tun wir strukturell noch viel zu wenig. Natürlich gibt es viele Menschen, die jeden Tag sehr viel dafür tun, dass die Prozesse besser laufen. Aber wenn wir betrachten, wie

Kinder- und Jugendhilfe insgesamt organisiert ist, ist dieser Ansatz noch nicht konsequent verankert. Vieles hängt vom Zufall ab und davon, wie einzelne Kommunen ihre Prioritäten setzen.

Zudem schauen wir häufig zu stark auf einzelne Familiendynamiken. Ich bin selbst klassisch familientherapeutisch ausgebildet – Ende der 1990er Jahre –, und ich sage das aus meiner persönlichen fachlichen Erfahrung: Familientherapie bedeutet nicht nur, dass ich mehrere Menschen gleichzeitig erreiche. Sie ist auch methodisch und hinsichtlich des Energieaufwands häufig deutlich effektiver als mehrere Einzeltherapien. Wenn ich beispielsweise mit einer Familie mit fünf Personen arbeite, erreiche ich alle Beteiligten gleichzeitig. Ich kann neue Sichtweisen und Veränderungsmöglichkeiten in das gesamte System einbringen, die anschließend weiterwirken. Das entwickelt eine enorme Kraft und Dynamik.

Wir wissen, dass aufsuchende Familientherapie (AFT) – auch durch entsprechende Evaluationen, beispielsweise im Kontext der DGSF, in deren Verband auch mein Institut organisiert ist – sehr wirksam sein kann. Trotzdem gibt es bislang nur wenige Jugendämter, die diese Möglichkeiten konsequent nutzen. Dabei verfügen wir in diesem Land über Hunderttausende von Fachkräften, die genau für diese Aufgaben ausgebildet wurden. Dennoch dominieren weiterhin reine Einzelfallhilfen. Den sozialen Rahmenbedingungen, die hier eine entscheidende Rolle spielen, könnte man eigentlich einen ganzen Vortrag widmen. Die gesellschaftliche Lage verschärft sich zunehmend, und die Menschen sind stark verunsichert. Dies hat einen enormen Einfluss auf ihren physischen und psychischen Zustand. Wir beobachten aktuell einen erneuten

Anstieg psychischer Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Nach einer vorübergehenden Entspannung scheint die Situation wieder zuzunehmen. Dieser Trend zeigt sich nicht nur in den Zahlen der Psychotherapie-Aufnahmen, sondern lässt insgesamt eindeutig erkennen, dass die Lage sehr kritisch ist.

Besonders befremdlich erscheint mir dabei, dass Diskussionen derzeit nicht etwa darüber geführt werden, wie man die Versorgung verbessert, sondern dass sogar darüber nachgedacht wird, psychotherapeutische Leistungen einzuschränken. Dass jemand auf die Idee kommt, solche essenziellen Angebote – unabhängig von kleinen Beträgen wie den vier Euro beim Zuzahlungsbetrag – wieder zu begrenzen, wirkt angesichts der prekären Gesamtsituation höchst widersprüchlich.

Wichtig wäre meines Erachtens ein Paradigmenwechsel hin zu einer echten Familienzentrierung, anstatt ausschließlich in isolierten Maßnahmen zu denken. Familien sollten als aktive Partner im Hilfeprozess betrachtet werden. Statt bloß festgelegte Maßnahmen abzarbeiten, gilt es, gemeinsam mit den Familien konkrete Ziele zu entwickeln und im persönlichen Gespräch daran zu arbeiten: Wo wollen die Betroffenen eigentlich hin? Was ist für sie wirklich wichtig?

Wie Herr Baumann später noch näher ausführen wird, spielt auch das sozialräumliche Handeln eine entscheidende Rolle. Wir müssen unsere Netzwerke stärker in den Fokus rücken und die vorhandenen Ressourcen vor Ort besser nutzen. Es ist absolut absurd, Kinder über Entfernungen von 600 Kilometern zu transportieren – sei es per Zug oder Bus. Dies geschieht nicht nur in Ausnahmefällen, wenn lokal tatsächlich keine

angemessene Hilfe verfügbar ist, sondern teilweise sogar als feste Strategie. Das ist wirklich kaum zu fassen. Wir müssen die Wirkung unserer Arbeit noch wesentlich stärker messen. Das bedeutet, uns selbst kritisch zu hinterfragen und ehrlich zu reflektieren: Ist das, was wir tun, tatsächlich hilfreich? Eine solche Evaluation gelingt nicht allein durch diagnostische Messinstrumente. Vielmehr können und sollten wir auch durch kontinuierliche Feedbackschleifen im täglichen Arbeitsalltag überprüfen, ob unsere Interventionen den gewünschten Erfolg erzielen.

Eine Kollegin, bei der ich zuletzt im Vorstand tätig war und die für ältere Jugendliche sowie deren Gruppen zuständig war, hat eine innovative Praxis etabliert: In den monatlichen Gruppengesprächen wurde eine spezielle Runde eingeführt. In diesem Kreis konnten die Jugendlichen, Eltern und Kinder offen und direkt mitteilen, wie sie das pädagogische Team gerade erlebten. Dies ist ein Spiegel, den wir uns unbedingt alle öfter vorhalten sollten. Es geht um echte Beteiligung: Nicht nur darum, ob eine Wand so oder so gestrichen wird, sondern darum, aktiv zu hören, wie uns die jungen Menschen und Familien eigentlich wahrnehmen. Wir müssen prüfen, ob das, was wir für sie tun, bei ihnen auch tatsächlich als hilfreich ankommt. Diesen Spiegel sollten wir uns jederzeit gönnen. Denn immer stellt sich die Frage: Wer ist das Gegenüber, mit dem wir verhandeln und uns austauschen müssen? Ich glaube, es wäre falsch, Jugendämter einseitig zu kritisieren. Als Institut sind wir zwar nicht parteiisch, aber wir führen in vielen Jugendämtern Fortbildungen durch. Ich erlebe dort die immense Not der Kolleginnen und Kollegen im ASD sowie in anderen Diensten wie den Pflegekinderdiensten. Sie stehen unter enormem Druck. Dabei ergibt es

keinen Sinn zu behaupten, diese Mitarbeiter wollten nicht helfen. Sie wollten es sehr wohl. Sie leiden ebenso unter den bestehenden Strukturen, in denen die Verwaltungslogik die pädagogische Logik oft überlagert oder sogar erdrückt. Daher ist es sinnvoll, unseren Partnern gute Absichten zu unterstellen. Gemeinsam sollten wir klären, welche Ziele wir vereinbaren wollen – und zwar tatsächlich viel früher und intensiver als bisher.

Zum Thema regionale Verbindlichkeit und sozialräumliches Handeln werde ich mich kurzfassen, da Herr Baumann später noch detaillierter darauf eingehen wird. Ich war selbst an der Entwicklung eines Sozialraumprozesses im Landkreis Diepholz beteiligt und empfand dies zunächst als fantastisch. Als Einrichtungsleiter im Netzwerk der freien Träger haben wir damals berechnet, dass wir innerhalb von 14 Monaten jeweils 30 Tage unserer normalen Arbeitszeit in diesen Prozess investiert haben. Leider hat dies nicht die gewünschte Dynamik entfacht, da der Fokus am Ende eher auf Kosteneinsparung lag als auf der tatsächlichen Nutzung vorhandener Strukturen. Das ist sehr schade. Steuern sollten wir vielmehr gemeinsam – und das auch mit den Klientinnen und Klienten. Damit komme ich zu einem Punkt, den ich am Anfang bereits erwähnte und der für mich absolut zentral ist: die echte Beteiligung. Ich sprach bereits davon, dass es keine reinen Fallbesprechungen, sondern Perspektivgespräche mit den Kindern geben muss. Dennoch finden an vielen Orten Hilfeplangespräche immer noch ohne die Kinder statt. Manchmal werden sogar sorgeberechtigte Eltern nicht eingeladen, nur weil die Einladung aus Versehen nicht zugestellt wurde. Wir können nicht über Beteiligung sprechen und anderen vorwerfen, wir seien nicht beteiligt worden, wenn wir selbst in ähnlichen Verfahren andere

ausschließen. Wir sollten zuerst einmal vor unserer eigenen Haustür kehren: Wie beteiligen wir? Beteiligen wir erst, nachdem wir uns lange ausgetauscht haben? Ich bin ein großer Fan davon, als Supervisor auch Klienten in Supervisionen einzubeziehen. Diese Praxis löst bei vielen zunächst noch Schockreaktionen aus.

Warum eigentlich nicht? Schließlich geht es um das Leben der Menschen, über die wir sprechen. Wo steht geschrieben, dass dies verboten ist? Es gibt kein Naturgesetz und keine Vorschrift, die dies untersagt. Es ist einzig eine Frage des Willens: Wollen wir es oder wollen wir es nicht? Es liegt in unserer Entscheidung, wie ernst wir die Beteiligung von Menschen an ihrem eigenen Leben nehmen. Schließlich ist es ihr Leben, nicht meines. Ich muss nicht das ertragen, was sie täglich ausstehen müssen. Ich gehe abends nach Hause und habe ein anderes Leben als diese Menschen, wenn sie nach Hause kehren.

Genau das meinte ich mit dem Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Zu oft machen wir Menschen zum Objekt unserer Diskurse. Es ist längst überfällig, dass wir sie aktiv, mit viel Energie und Kraft wieder zu handelnden Subjekten machen – und das jeden Tag. Ich weiß, dass dies an vielen Stellen bereits geschieht, aber leider ebenso an vielen anderen nicht. Diesbezüglich ehrlich zu sein, ist meiner Meinung nach dringend notwendig. Ebenso wichtig ist absolute Transparenz in der Arbeit. Es darf keine „Spielchen“ mehr geben, die hinter dem Rücken der Betroffenen ausgeübt werden. Das passiert leider viel zu häufig.

Unsere Weiterbildungsteilnehmer berichten aus Strukturen, in denen es gängige Praxis ist, „Good Cop, Bad Cop“-Strategien anzuwenden. Mir

wird davon wirklich schlecht. Wir befinden uns nicht in einem schlechten B-Movie. Es geht um reale Menschenleben und dafür spielen wir keine Spiele. Man kann sich und anderen Dinge zumuten, solange man dabei aufrichtig arbeitet. Ich spreche von „professioneller Aufrichtigkeit“. Das bedeutet nicht, dass ich alles sage, was ich denke – das sollte man im Leben ohnehin nicht immer tun, denn das kann verbrannte Erde hinterlassen. Es bedeutet aber, professionell und ehrlich mit den Menschen zu arbeiten, ihnen nichts vorzuspiegeln, wofür ich nicht einstehen kann. Das ist möglich, jeder kann es lernen, und ich glaube, das ist die eigentliche „Währung“ der sozialen Arbeit: Transparenz.

Vielleicht sind wir daher auch so empört, weil derzeit hinter den Kulissen über uns gesprochen wird. Das sollten wir uns als Mahnung merken, wenn wir mit Klienten arbeiten. Zudem sollten wir, wie bereits erwähnt, mutig sein und unsere eigene Wirkung erfassen wollen. Wir müssen uns intensiv damit auseinandersetzen, was von unserem Tun tatsächlich wirkt. Es gibt so viele hervorragende Ansätze, die wirken würden, die wir aber nicht nutzen. Hier gibt es noch viel zu tun. Falls wir während der heutigen Veranstaltung noch Zeit haben – und ich habe noch etwas Luft –, möchte ich gerne ein Konzept vorstellen, für das ich total brenne. Ich liebe dieses Konzept. Ich hatte das Glück, es mitentwickeln zu dürfen, und mein Nachfolger als Vorstand setzt es nun erfolgreich fort.

Damals haben wir – gewissermaßen unter dem Deckmantel der Geheimhaltung – mit dem Jugendamt vereinbart, unsere Tagesgruppen in „Familienschulen“ umzuwandeln. Inspiriert wurden wir von einem Konzept aus Süddeutschland (Biberach), das bereits 2008 evaluiert worden war

und dessen Ansatz wir hervorragend fanden: Dort wurden Eltern zwingend in die tägliche Struktur einbezogen. Wir bauten unsere Tagesgruppe entsprechend um und vereinbarten mit dem Jugendamt Folgendes: Formal nehmen wir zwar weiterhin 32 Kinder auf, aber die Eltern müssen einmal pro Woche aktiv am Geschehen teilnehmen.

Das Jugendamt hat es geschafft, dieses Modell trotz formaler Bezeichnungen wie „Hort“ praktisch umzusetzen. Die Eltern haben sich darauf eingelassen. Nach zehn Jahren Laufzeit – gestartet 2013 – verzeichnen wir nahezu keine Fluktuation. Die Beteiligten lieben das Angebot, obwohl sie täglich zwei Elternteile haben, die ihnen über die Schulter schauen. Das Konzept sieht vor: Bei zehn Plätzen begleiten stets zwei Elternteile den Alltag. Sie unterstützen die Kinder bei den Hausaufgaben, gestalten die Freizeit mit und transferieren das erworbene Wissen durch den direkten Austausch mit den pädagogischen Fachkräften sowie mit anderen Eltern in ihre eigenen Haushalte. Die Konsequenz: Es ist fast keine ambulante Nachbetreuung mehr erforderlich. Die Wirksamkeit ist beeindruckend: Über 95 Prozent der Kinder kehren nach zwei Jahren dauerhaft in ihre Herkunftsfamilie zurück und es entstehen kaum weitere stationäre Folgebedarfe. Gelegentlich wird lediglich für kurze Zeit eine Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) hinzugezogen. Dies beweist: Wir können Menschen ermächtigen und befähigen, ihre Probleme eigenständig zu lösen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass wir sie aktiv einbinden und mit ihnen zusammenarbeiten. Das ist keine Zauberei, sondern machbar. Allerdings müssen wir bereit sein, uns und unsere Arbeit offenzulegen. Wir müssen offen für den Austausch mit den Familien sein.

Denn Eltern sind nicht unsere Gegner – sie sind die Eltern dieser Kinder.

Michael Macsenaere hat wohl einmal auf eine Nachfrage hin erklärt, warum es seit geraumer Zeit keine neuen Ergebnisse zur Kooperationsforschung mehr gibt. Die letzten offiziellen Veröffentlichungen im Auftrag der Bundesregierung stammen aus dem Jahr 2006. Seine Begründung: Es gebe nichts Neues mehr zu erforschen. Seit zwanzig Jahren wissen wir, dass die erfolgreiche Kooperation mit den Herkunftsfamilien der entscheidende Erfolgsfaktor für positive Entwicklungsverläufe von Kindern ist. Nur wenn die Beziehung zwischen den Eltern und den pädagogischen Fachkräften entspannt ist, können sich Kinder gesund entwickeln. Wenn Kinder spüren, dass Eltern und Fachpersonal gut miteinander auskommen, finden sie Halt für ihre Entwicklung. Andernfalls geraten sie unweigerlich in Loyalitätskonflikte – eine Erkenntnis, die jedem im Raum vertraut ist und die wir täglich erfahren. Genau darin liegt die Hauptaufgabe: Diese Spannungen müssen beruhigt werden. Man muss die beteiligten Erwachsenen nicht persönlich mögen. Es reicht vollkommen aus, pragmatisch im Sinne des Kindeswohls mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Wir sollten meines Erachtens noch einmal genauer hinsehen. Es geht darum, Organisationen neu zu denken. Dies gilt nicht nur für die Verwaltung, sondern ebenso für Jugendhilfeträger, die Konzernstrukturen entwickeln oder in denen ein rein hierarchisches Denken vorherrscht. Wir agieren oft zu defensiv und steuern durch immer mehr Verfahren über. Niemand kann sich mehr als zehn Regeln gleichzeitig merken. Regelsysteme, bei denen man schon bei der dritten oder vierten Regel vergisst, was oben stand, ergeben einfach keinen Sinn. Regeln sind für

Menschen da, nicht Menschen für Regeln. Es ist kaum verwunderlich, dass wir in den Sozialdezernaten zunehmend nur noch Juristen einsetzen. Wer soll sonst all die neuen Gesetze noch entschlüsseln können? Wie Sie gerade erwähnt haben, ist dies jedoch absurd, denn niemand versteht das Ganze mehr. In der Konsequenz sichern wir uns nur noch ab, weil niemand einen Fehler machen möchte. Juristen denken primär in Risikominimierung; niemand will sich verschätzen. Was wir benötigen, sind Organisationen, die lernen wollen. Ich würde zwar nicht von „Fehlerfreundlichkeit“ sprechen, da man Fehler nicht zu oft wiederholen sollte, aber man darf sich irren. Organisationen müssen lernen, Irrtümer konstruktiv zu nutzen: „Okay, diese Situation war nicht schön, vielleicht sogar misslungen, aber was können wir daraus lernen?“ Genau so funktioniert Pädagogik täglich. Und Organisationen sind dazu fähig.

Natürlich brauchen unsere Kolleginnen und Kollegen im Dienst Sicherheit. Das ist eines der entscheidenden Elemente. Wer täglich mit sehr herausfordernden Kindern arbeitet, benötigt diese Sicherheit. Doch wie kann es sein, dass wir, obwohl hier viele an der Entwicklung und Verwaltung von Organisationen beteiligt sind, gerade dann die wenigste Zeit für die Kinder haben – sowohl personell als auch zeitlich –, wenn wir die schönsten Momente mit ihnen erleben könnten? Gerade am Wochenende und in den Ferien stehen die Kolleginnen und Kollegen oft allein im Dienst, manchmal mit acht oder neun Kindern. Wenn wir jedoch während der Woche keine Zeit mit den Kindern verbringen können, transportieren wir sie gewissermaßen im Taxi von einem Therapeuten zum nächsten. Hätten wir hingegen Zeit, um gemeinsam schöne Dinge zu unternehmen, wären wir im Dienst

oft allein. Dies wirft auch eine grundsätzliche Frage bezüglich unseres Strukturverständnisses auf: Wie gestalten wir Strukturen eigentlich? Oder verfahren wir dabei lediglich nach dem Prinzip „immer genauso wie bisher“?

An dieser Stelle möchte ich Ihnen eine kleine humorvolle Anekdote erzählen. Kurz vor Weihnachten saßen meine Frau, meine 31-jährige Tochter und ich zusammen. Da wir nach einem langen Tag etwas erschöpft waren und zunächst nicht wussten, womit wir die Zeit füllen sollten, entschieden wir uns schließlich dafür, einen Film anzusehen. Ich möchte hier keine Werbung für einen speziellen Titel machen, aber falls Sie Lust haben, empfehle ich Ihnen den Film „Das Kanu des Manitu“. In diesem Film gibt es eine wunderbare Szene: Der homosexuelle Indianerhäuptling und Zwillingbruder Winnetouch sagt zu einem Marschall den berühmten Satz: „Wer immer nur tut, was er kann, bleibt, was er ist“.

Wer immer nur tut, was er kann, bleibt, was er ist. Wir können von Kindern und Jugendlichen, deren Familien oft höchst instabil sind, nicht erwarten, dass sie sich verändern, solange wir selbst nicht bereit sind, uns zu ändern. Das erscheint paradox: Um als Vorbild wirken zu können, müssen wir sogar noch veränderungsbereiter sein als diejenigen, die wir begleiten.

Die zentrale Frage lautet: Wie gelingt diese Entwicklung? Wie kommen wir proaktiv ins Handeln, statt stets nur reaktiv auf Wellen zu warten? Vorausschauendes Agieren ist unser Auftrag. Dafür benötigen wir Klarheit, Rückgrat und Beweglichkeit – keine starre „Tanker-Logik“.

Ich möchte Ihnen kurz einen weiteren Aspekt verdeutlichen, bevor ich

zum Abschluss komme: Die Organisationen, in denen wir tätig sind, sind geprägt von hoher Unvorhersehbarkeit und großer Vielfalt. Diese Erkenntnis stammt u.a. aus dem Werk von Bernd Oestereich über kollegiale Führung. Im Kern geht es darum, mit den Menschen, für die wir Verantwortung tragen – und die täglich Schwerstarbeit leisten, auch beim öffentlichen Träger –, an Werten, an Sinnhaftigkeit und am Umgang mit Paradoxien zu arbeiten. Was tut man, wenn Dinge völlig anders verlaufen als erwartet oder gar das Gegenteil eintritt? Genau daran müssen wir täglich arbeiten. Das ist unsere Aufgabe als Führungskräfte und Verantwortliche. Wir haben die Pflicht, unsere Teams zu befähigen, diese Prozesse ständig zu reflektieren und sich intensiv damit auseinanderzusetzen.

Eine hilfreiche Orientierung bietet das Konzept ‚Theorie U‘ von Otto Scharmer. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich damit zu beschäftigen: Wenn wir innehalten und uns bewusst machen, worum es in unserem Beruf eigentlich im Kern geht – welche Wurzeln unsere Profession trägt –, dann gelangen wir zu jenem Zustand, den Scharmer als „Presencing“ bezeichnet. Indem wir tief in uns hineinhorchen und fragen, was unseren Job wirklich ausmacht, wo unsere eigentlichen Wurzeln liegen und wofür wir all dies tun, schöpfen wir daraus neue Energie und Kraft. Auf dieser Grundlage können wir dann entscheiden, was notwendig ist, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten und ihr Gelingen aktiv mitzugestalten. Also warten wir nicht ab, bis Probleme eintreten. Stattdessen gilt es – wie bereits erwähnt –, Frühwarnmechanismen zu stärken. Die Hilfeplanung sollte meines Erachtens deutlich straffer gestaltet werden: mehr Dialog, mehr Beteiligung und weniger Formulare. Darüber hinaus

brauchen wir weit mehr multidisziplinäre und insbesondere transdisziplinäre Arbeitsroutinen. Der entscheidende Unterschied liegt hierbei in der aktiven Einbindung der Betroffenen: Es geht nicht darum, über sie zu sprechen, sondern mit ihnen zu reden.

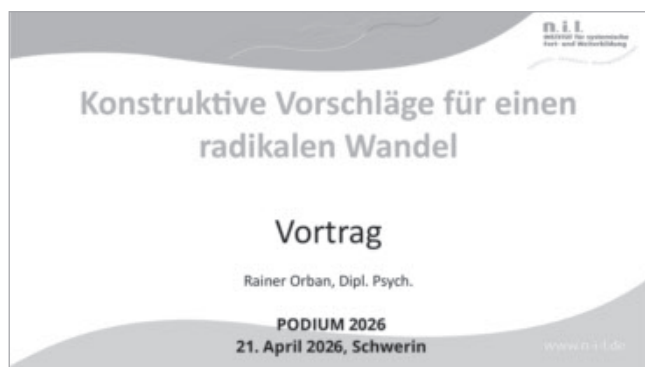
Ich besuche Stuttgart häufig und beobachte dort vorbildliche Ansätze in den Stadtteilen. Es existieren zahlreiche erfolgreiche Konzepte. Unsere Aufgabe als Führungskräfte besteht darin, Möglichkeiten zu schaffen, Schutz zu bieten und Entscheidungsspielräume zu organisieren. Mitarbeiter benötigen schlichtweg freie Bahn. Für meinen Vorgänger im Vorstand und mich war eine Sache stets klar: Unser Job gleicht dem eines „Ausputzers“. Wir müssen dafür Sorge tragen, alle Störfaktoren aus dem Weg zu räumen und dafür zu sorgen, dass der Betrieb reibungslos läuft. Letztendlich sind wir der oberste Dienstleister. Eine Führungsposition in diesem Bereich bedeutet, der höchste Dienstleister zu sein. Meine Priorität ist es, meinen Mitarbeitern die besten Voraussetzungen dafür zu schaffen, ihre Arbeit hervorragend zu erledigen.

Nun komme ich zum Schluss: Es stehen in nächster Zeit wichtige Entscheidungen an. Hoffentlich werden kluge Köpfe an den richtigen Stellen Einfluss nehmen. Ich wünsche mir, dass dies mit großem Gewinn und Erfolg für alle Beteiligten verbunden sein wird. Lassen Sie uns konstruktiv respektlos sein und lassen Sie uns loslegen! Ich bin überzeugt, dass es in Krisenzeiten von wesentlicher Bedeutung ist, dass sich Gesellschaften, aber auch Individuen und Systeme insgesamt die Frage stellen: Was ist unser Kern? Dieser Kern ist unbestritten Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Man muss sich dies bewusst machen: Dieser Artikel ist nicht zufällig so

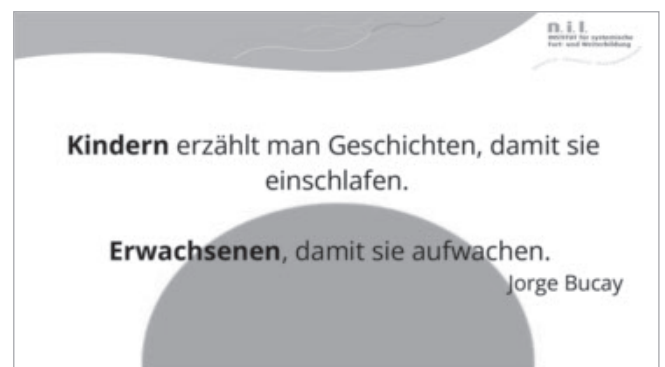
formuliert worden. Vernachlässigen wir ihn, geraten wir in Schwierigkeiten, da er das Fundament darstellt, auf dem unsere Gesellschaft ruht.

Genau deshalb sind viele Menschen – und das zu Recht – empört, wenn sie nicht ausreichend beteiligt werden.

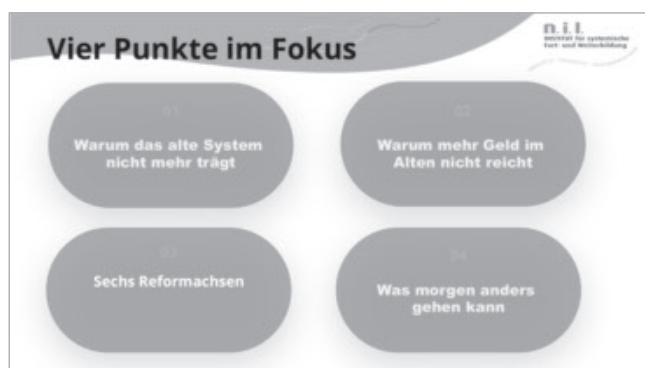
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf den weiteren Austausch im Rahmen der heutigen Veranstaltung!



Folie 1



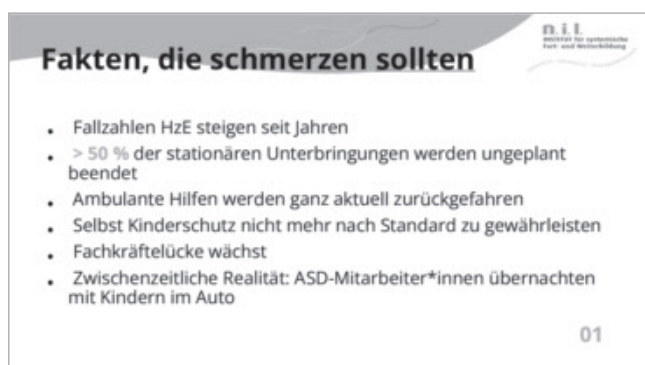
Folie 2



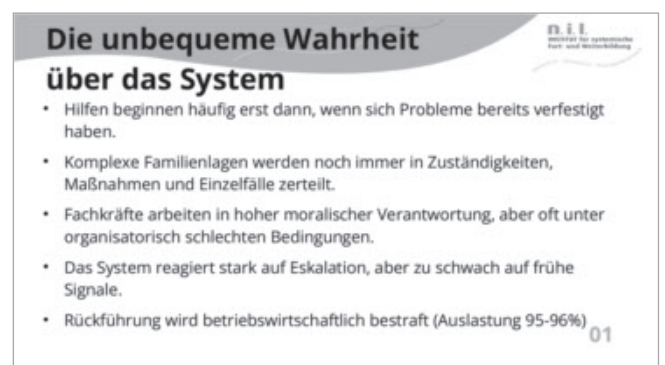
Folie 3



Folie 4



Folie 5



Folie 6

Mehr Geld allein löst die Krise nicht

Warum Ressourcen dennoch unverzichtbar sind

Warum Ressourcen zugleich nicht genügen

02

Folie 7

Frühintervention muss Vorrang bekommen

-0 - 3

Der strategische Schwerpunkt gehört in die frühe Kindheit

REIFEN DURCH ANSTRENGEN IN DER KINDHEIT

03

Folie 8

Biopsychosozial statt versäult denken

Körperliche Folgen / „Ursachen“ individueller Probleme

Familiäre Dynamiken

Soziale Rahmenbedingungen

03

Folie 9

Familienzentrierung statt Maßnahmenzentrierung

Alte Logik

- Fallbezogen und defizitorientiert.
- Hohe Aufmerksamkeit auf Eskalation.
- Viele Einzelmaßnahmen.
- Eltern nicht Mitgestaltende.

Neue Logik

- Familien als aktive Partner der Hilfe.
- Zielbilder statt Maßnahmenliste.
- Netzwerke und Ressourcen sichtbar machen.
- Wirkungen im Alltag der Familie messen.

03

Folie 10

Öffentliche und freie Jugendhilfe neu ordnen

Weg von wechselseitiger Problemzuschreibung
Nicht Jugendamt gegen Träger, sondern geteilte Verantwortung für belastete Familienlagen.

Gemeinsame Zielarchitektur
Frühe Ziele, überprüfbare Schritte und weniger Parallelplanung zwischen Diensten.

Regionale Verbindlichkeit und regionales Handeln
Kooperation braucht nicht nur gute Absichten, sondern feste Routinen, Daten und gemeinsame Falllogiken. Probleme und Lösungen vor Ort denken und umsetzen.

Mut zur partnerschaftlichen Steuerung – JETZT!
Nicht nur Vergabe und Kontrolle, sondern Co-Produktion tragfähiger Hilfeleistungen.

03

Folie 11

Partizipation, Transparenz und Wirkungsorientierung

Echte Beteiligung
Kinder, Jugendliche, Familien als Subjekte

Transparenz als die Währung sozialer Arbeit

Wirkung und Wirksamkeit

03

Folie 12

Kulturwandel in Organisationen

Was ein Ende haben muss

- Defensives Absichern
- Übersteuerung durch Verfahren ohne Lerngewinn.
- Führung als Mangelverwaltung.
- Routine als Ersatz für Denken.

Was wir brauchen

- Psychologische Sicherheit im Team.
- Irreumfreundliche Lernkultur.
- Führung mit Klarheit und Rückgrat.
- Beweglichkeit statt Tankerlogik.

03

Folie 13

Am Bedarf ansetzen – nicht an Ideologie

Was Familien brauchen:

- Sichere Rahmenbedingungen (Wohnung, Einkommen)
- Unterstützung ab Schwangerschaft
- Frühintervention (STEEP, Frühe Hilfen)
- Raus aus der Isolierung – MFT und Co.
- Transparente, wertschätzende Zusammenarbeit

Nicht: Mehr Bürokratie, mehr Kontrolle, mehr Misstrauen

Folie 14

Sechs Vorschläge auf einen Blick

- 1. Früh beginnen**
Prävention und frühe Hilfen priorisieren.
- 2. Komplexität anerkennen**
Biopsychosoziale Perspektiven integrieren.
- 3. Familien aktivieren**
Hilfen mit Familien gestalten.
- 4. Kooperation neu bauen**
Öffentlich und frei steuern gemeinsam.
- 5. Wirkung sichtbar machen**
Partizipation, Ziele und Evaluation verbinden.
- 6. Organisationen verändern**
Führung, Mut und Lernkultur stärken.

04

Folie 15

Von der Zukunft her führen (Otto Scharmer, Theorie U)

- Presencing:** Gegenwärtig wahrnehmen + mit Zukunft verbinden

Kernschritte:

- (a) Bewusstsein schaffen (Was ist?) Seeing/Feeling
- (b) Idee der Zukunft entwickeln (Was will entstehen?)
- (c) Loslassen alter Muster
- (d) Ko-Kreation (gemeinsam Neues gestalten)

„Morgen gehört denen, die es kommen hören.“
(David Bowie)

04

Folie 16

Von der Zukunft her denken und handeln

- 1. Frühwarnlogiken stärken:** Schwangerschaft, Geburt, Kita und Schule systematisch in präventive Kooperation einbinden.
- 2. Hilfeplanung verschlanken:** weniger Formulare, mehr Verständigung über Ziele, Beziehungen und Alltagstransfers.
- 3. Multidisziplinäre Routinen schaffen:** ASD, Gesundheit, Bildung und freie Träger nicht erst in der Krise zusammenbringen.

04

Folie 17

Von der Zukunft her denken und handeln

- 4. Familienkonferenzen und netzwerkorientierte Formate** regelmäßig nutzen.
- 5. Führung als Ermöglichung organisieren:** Reflexion, Schutz und Entscheidungssicherheit für Fachkräfte erhöhen.

04

Folie 18

Politische Rahmenbedingungen Was Politik ermöglichen muss

Höchsten Wert auf

- Frühintervention / "Prävention"
- Kooperation
- Personal
- Wirkungslogik

- Verlässliche Frühinterventions- und Präventionsfinanzierung statt Reparaturkosten.
- Gesetzliche und fachpolitische Unterstützung für integrierte regionale Hilfesysteme.
- Entbürokratisierung dort, wo Bürokratie die fachliche Beziehung schwächt.
- Offensive gegen Fachkräftemangel durch Qualifizierung, Bildung und bessere Arbeitsbedingungen.

04

Folie 19

Mut zu gänzlich neuen Wegen

ISM Positionspapier: „Mut zu gänzlich neuen Wegen“

- Was brauchen wir?
 - **Wahrhaftigkeit**
 - **Echte Beteiligung und Kooperation auf allen Ebenen**
 - **Risikobereitschaft**

04

Folie 20

Radikal heißt: an die Wurzel gehen.

Konstruktiv heißt: Jetzt damit beginnen
Prioritäten, Beziehungen, Steuerung und Haltung neu zu ordnen.

„Lassen Sie uns konstruktiv respektlos sein. Legen wir los.“

Folie 21

„Nur wer sich ändert, bleibt sich treu“

Wolf Biermann

30.03.26

Folie 22

» Offenheit bei Schulterschluss – Individualität als regionale Verantwortung wagen

Prof. Dr. Menno Baumann



Menno Baumann

(Foto: Meike Discher)

Menno Baumann: Vielen Dank. Lassen Sie uns direkt einsteigen mit der Frage, in welche Richtung die Jugendhilfe sich entwickeln sollte und was eine mögliche Zukunftsperspektive sein könnte. Natürlich müssen zunächst einige Grundlagen geklärt werden – ähnlich wie Herr Orban es heute Vormittag bereits getan hat – bevor wir dann in die Perspektivenentwicklung gehen und zum Kern kommen.

Besonders wichtig finde ich einen Aspekt, über den wir viel zu selten nachdenken: In Deutschland werden Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ebenso wie Bildungspolitik oft als rein politische Richtungsentscheidungen diskutiert und kaum auf Basis von Evidenz und Fachwissen. Stellen Sie sich einmal eine Bundestagsdebatte vor, in

der jemand am Rednerpult erklärt: „Wir verzichten künftig auf minimalinvasive Operationstechniken. Stattdessen wählen wir lieber eine 15-Zentimeter-Narbe und eine Sterblichkeitsrate von 30 Prozent. Das hat uns damals auch nicht geschadet.“ Die medizinische Fachwelt würde darüber lachen, allerdings arbeiten wir in der Jugendhilfe genau so. Selbstverständlich sind auch in der Medizin Kostenentscheidungen politisch geprägt. Doch die grundlegenden pädagogischen Fragen lauten anders: Soll Inklusion stattfinden oder nicht? Ist eine geschlossene Unterbringung notwendig oder abzulehnen? Darf man hier einfach spontan Budgets kürzen oder nicht? All diese Fragen ließen sich fachlich fundiert beantworten. Stattdessen verhält man sich so,

als müssten sie rein politisch zwischen „links“ und „rechts“ bzw. „progressiv“ und „konservativ“ entschieden werden.

Strafmündigkeit ist ebenfalls ein Thema, das oft sinnlos diskutiert wird. Ich leite das Forschungsteam für interdisziplinäre Gewaltforschung an unserer Hochschule und würde sehr gerne über eine Herabsetzung der Strafmündigkeit debattieren – vorausgesetzt, es gäbe auch nur den geringsten Hinweis darauf, dass dies irgendeine positive Wirkung erzielt. Schauen wir uns doch die Lage international an: Haben England, Großbritannien oder die USA weniger Probleme mit jugendlichen Straftätern als wir? Ganz im Gegenteil. Es gibt also zahlreiche offene Baustellen, die wir ernsthaft wahrnehmen müssen und das ist ein durchaus sensibles Thema. Vor vier Wochen nahm ich an einer Tagung in einem süddeutschen Bundesland teil. Im Anschluss daran fand eine geschlossene Diskussionsrunde statt, an der unter anderem bildungspolitische Sprecher verschiedener Parteien teilnahmen. Dort äußerte ein Mitglied sinngemäß: „Als ich 15 Jahre alt war, war ich auch gelegentlich wütend. Dann bin ich rausgegangen, habe Holz gehackt, und schon ging es mir wieder besser.“ Ich erlaubte mir daraufhin den Kommentar, dass dies vielleicht Teil des Problems sei: Dass in Deutschland Entscheidungen von Menschen getroffen werden, die nicht unterscheiden können zwischen ihren eigenen Erfahrungen und z.B. einem

fetalen Alkoholsyndrom, einer Autismus-Spektrum-Problematik oder den Erfahrungen eines Kindes nach sexueller Gewalt. Der Kollege nahm diese Bemerkung zwar mit einem gewissen Humor hin, doch trifft sie den Kern des Problems genau richtig.

Ich möchte hier ergänzen: Auch die praktische Jugendhilfe leidet unter einem erheblichen Evidenzproblem. Zahlreiche Erkenntnisse liegen vor, werden aber oft ignoriert – entweder zugunsten bestimmter Phänomene, die man persönlich befürwortet oder ablehnt, aufgrund subjektiver Vorstellungen davon, wie Dinge „sein sollten“ oder schlichtweg aus Gewohnheit, weil man sie „immer schon so gemacht hat.“ Aus meiner eigenen Erfahrung heraus spreche ich hier in einer Doppelrolle. Bis heute übe ich meine Tätigkeit als Hochschullehrer nur in Teilzeit aus. Zugleich agiere ich als Gutachter und Berater, was manchmal den Anschein einer etwas arroganten Meta-Perspektive erweckt. Bis vor vier Jahren war ich jedoch fest bei einem Träger angestellt und als Leitungskraft deutlich näher an der operativen Praxis dran. So kann ich aus dieser Doppelfunktion jedoch eindeutig feststellen: Auch die Jugendhilfe berücksichtigt ihre wissenschaftliche Evidenz in der Praxis unzureichend. Wie ein Kollege aus der Psychologie kürzlich treffend formulierte: „Würden Kliniken wissenschaftliche Evidenz so ernst nehmen wie die Heimerziehung, würden wir täglich Hunderte Todesopfer durch Behandlungsfehler verzeichnen“. Das ist ein harter Vorwurf, doch wir müssen ihn ernst nehmen.

Ein weiterer fundamentaler Aspekt ist, dass wir die politischen Logiken bereitwillig mitspielen und uns anpassen. Ein Musterbeispiel dafür ist, dass ich kaum eine Tagung zur Jugendhilfe erlebe, auf der nicht vorgeführt wird, wie rentabel die Jugendhilfe

volkswirtschaftlich sei. Es gibt dazu hervorragende Studien; in Großbritannien hat man dies beispielsweise einmal berechnet: Jeder in die Jugendhilfe investierte Euro bringt volkswirtschaftlich betrachtet drei Euro zurück. Bei der Intensivpädagogik sind es sogar sieben Euro fünfzig – klopf, klopf, klopf. Ich weiß zwar bis heute nicht genau, was „Intensivpädagogik“ konkret bedeutet, aber immerhin hat meine Disziplin in dieser Debatte gewonnen. Aber meine Frage: Warum eigentlich muss sich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gesellschaftlich und volkswirtschaftlich lohnen? Ich provoziere das gerne einmal bewusst: Muss die Altenhilfe das auch? Niemand würde fordern, hier einmal durchzurechnen, ob Altenhilfe volkswirtschaftlich effizient ist, und daraus zu schließen: „Wenn sie keinen Nutzen bringt, stellen wir sie ein.“ In diesem Bereich werden zwar ebenfalls Diskussionen über Effizienz geführt, aber sie fallen ganz anders aus.

Damit sind wir wieder beim Thema Beteiligung angelangt: Wer diskutiert eigentlich mit? Genau das ist der entscheidende Punkt. Wir bewegen uns in einem faszinierenden Spannungsfeld: Als Jugendhilfe und ihre Träger – seien sie frei oder öffentlich – agieren wir irgendwo zwischen pädagogischer Praxis und der großen Politik.

Grundlage zwei: Was ist eigentlich mit den Kindern und Jugendlichen geschehen? Häufig hört man, die Jugendhilfe werde immer komplexer. An meinem allerersten bezahlten Arbeitstag in einer Förderschule einer norddeutschen Großstadt kam ein erfahrener Kollege auf mich zu – ein Mann, der seine verbleibenden Tage bis zur Rente bereits abzählen konnte. Er klopfte mir auf die Schulter und fragte: „Hast du dir das gut überlegt? Vor zehn Jahren konnte man hier noch arbeiten, aber heute...“ Diesen Satz

habe ich schon oft gehört. Noch vor zehn Jahren schien hier Arbeit also noch möglich zu sein. Neun Jahre später hatte ich schließlich meine erste Leitungsfunktion übernommen. Die Aufgabe bestand unter anderem im Wiederaufbau zweier Teams. Ich setzte mich mit den verbliebenen Kolleginnen und Kollegen zusammen und fragte: „Was ist hier eigentlich passiert?“ Die Antwort war einstimmig: „Also vor zehn Jahren...“ Ich dachte nur: „Den Satz hast du vor neun Jahren schon einmal gehört. Wo ist eigentlich dieses eine Jahr gewesen, in dem alles eskaliert ist?“ Heute sind wir jene Generation, die nicht mehr sagt „vor zehn Jahren“, sondern „vor Corona“. Ich habe meine Großeltern früher dafür belächelt, dass für sie nur „vor dem Krieg“ und „nach dem Krieg“ existierte. Doch nun sitzen wir in derselben Falle. Diese vermeintliche Krisenphase an sich scheint gar nicht stattgefunden zu haben, doch wir erleben sie dennoch.

In der Wissenschaft gibt es dafür sogar einen Begriff: den „Kids-these-days-Effekt“. Dieser besagt, dass sich jede erwachsene Generation – und das lässt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen – der festen Überzeugung ist, die heutigen Kinder und Jugendlichen seien schlimmer als je zuvor. Manche ziehen diese Linie sogar bis in die Antike. Obwohl das berühmte Zitat Sokrates „Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität“ oft als Beleg angeführt wird, stammt es höchstwahrscheinlich aus einer Doktorarbeit des frühen 20. Jahrhunderts und ist kein authentisches antikes Zeugnis. Shakespeare hingegen ist belegt: Er war überzeugt, dass die Jugend von damals von Sauferei und Trunkenheit geplagt war. Interessanterweise gibt es sogar eine griechische Inschrift aus der Antike, die vor dem Bau einer Bibliothek in Athen warnt. Wir wissen zwar nicht, wer sie

verfasst hat, doch sie ist ein weiteres historisches Indiz für diese ewige Skepsis gegenüber der nächsten Generation. Der Grundgedanke dahinter ist: Wenn junge Menschen alles nachlesen können, denken sie nicht mehr selbst, lernen nichts mehr, verlieren den Respekt vor dem Alter, glauben, alles besser zu wissen, lumpen nur noch herum und verbringen ihren Tag mit Trinken und Chillen. Das kommt uns doch sehr bekannt vor, oder? Hier greift erneut der „Kids-these-days-Effekt“.

Die eigentliche Frage lautet daher: Werden tatsächlich immer mehr Kinder schwierig? Journalisten rufen mich mittlerweile nicht mehr mit der Frage an, ob die Zahl steigt, sondern fragen direkt: „Woran liegt es, dass immer mehr Kinder schwierig werden?“ Die Tatsache scheint für sie bereits gesetzt zu sein. Oder aber die Annahme ist:

Vielleicht werden nicht mehr Kinder schwierig, aber diejenigen, die es sind, werden zunehmend extremer. Das ist ebenfalls eine wichtige Fragestellung. Anekdotisch könnte ich darauf antworten, dass ich mich seit 20 Jahren mit der sogenannten „Crème de la Crème“ beschäftige – jenen Kindern und Jugendlichen, die sich wenig Mühe geben, Erwachsenen gegenüber kooperativ zu wirken. In den letzten fünf Jahren habe ich jedoch nichts gesehen, was ich nicht auch schon vor 20 Jahren beobachtet hätte. Der einzige Unterschied ist, dass ich mir inzwischen einen gewissen Namen gemacht habe und daher geballter und deutschlandweit mehr Anfragen erhalte. Das ist jedoch eher ein Phänomen der Sichtbarkeit: Wenn heute in Husum etwas passiert, steht es auf der Titelseite in Garmisch-Partenkirchen. Wenn heute – wie vor 40 Jahren in einem ruhigen bayrischen Ort passiert

– eine Lehrerin von einem Schüler mit Säure bespritzt würde, die dieser zu Hause in der Werkstatt seines Vaters abgezapft hatte – die Bild-Zeitung würde tagelang darüber berichten. Ein weiteres Beispiel aus meiner eigenen Vergangenheit: Ich bin in einem Stadtteil aufgewachsen, den man heute als sozialen Brennpunkt bezeichnen würde. Während meines Studiums las ich einen Text, in dem stand, jeder achte Schüler habe hin und wieder ein Messer in der Tasche. Meine damalige Reaktion war: „Wer zur Hölle waren die anderen sieben?“

Als Wissenschaftler beantwortet man solche Fragen jedoch nicht anekdotisch, sondern benötigt valide Zahlen. Und das Phänomen, in dem ich mich am besten auskenne, ist Gewalt. Übrigens: Haben Sie bemerkt, wie leise es gestern/vorgestern war, als die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2025



(Foto: Magnific)

veröffentlicht wurde? Verdammt leise. „Enttäuschenderweise“ ist die Jugendkriminalität insgesamt nicht gestiegen. Die sogenannte Regenbogenpresse konnte lediglich zwei kleine „Bonbons“ vorweisen: Erstens die Behauptung, die unter 14-Jährigen seien auf einem gefährlichen Abstiegskurs, und zweitens eine neue 10-Jahres-Auswertung zu Gewaltvorfällen gegen Lehrkräfte, die ebenfalls nicht rosig aussieht. Natürlich bleibt die Frage, wie aussagekräftig die Polizeiliche Kriminalstatistik wirklich ist. Man müsste viel über Anzeigebereitschaft und Definitionen kommentieren: Wenn per Gesetz vorgeschrieben wird, dass Schulen bestimmte Vorfälle melden müssen, darf man sich hinterher nicht wundern, dass die Zahlen steigen. Um hier Klarheit zu schaffen, habe ich Ihnen die „deutsche“ aller Statistiken mitgebracht: die Daten der gesetzlichen Unfallversicherung. Jeder, der beruflich eine Schule betritt, ist auf dem Hinweg, während des Aufenthaltes und auf dem Rückweg dort versichert. Als Gewaltforscher finde ich eine dort verwendete Kategorie besonders interessant: Raufunfälle. Definiert werden Raufunfälle als Verletzungen, die im körperlichen Kontakt mit einer anderen Person entstehen – außerhalb des Sportunterrichts.

Wie haben sich nun die Raufunfälle entwickelt? Bis 2019 sah die Entwicklung noch anders aus. Dann folgte der Corona-Knick – was in der Natur der Sache liegt. Wenn man Kindern verbietet, zur Schule zu gehen, verletzen sie sich dort naturgemäß auch weniger. Und für einen Grundschüler sind bereits 1,50 Meter eine beträchtliche Distanz. Es ist also völlig logisch: Wenn wir Gewalt im öffentlichen Raum reduzieren wollen, wissen wir seit Corona, wie es geht – ein Lockdown hilft. Aber wollen wir so leben? Das wäre aber ein anderes Thema. Fakt ist jedoch: Seit dem Ende der Pandemie steigen die Zahlen wieder an. Doch

sieht das nach einer Explosion aus? Nein, definitiv nicht.

Eine andere spannende Studie kommt von Niproschke und Kolleg*innen aus Brandenburg. Die Untersuchung zeigt für den Zeitraum von 1996 bis 2014 einen deutlichen Rückgang: Von 7 % bei Opfern und Tätern von Gewalt in früheren Erhebungen sind wir in der Zwischenzeit auf unter 5 % gefallen. Zu den bekanntesten Daten zählt sicherlich auch der Niedersachsen-Survey des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, früher unter der Leitung von Dirk Bayer und Kollegen. Auch dort lässt sich keineswegs von einer „Explosion“ sprechen. Dass die Statistik hier bei 2023 endet, liegt lediglich daran, dass ich die Darstellung an dieser Stelle abgeschlossen habe. Zwar wären aktuellere Daten verfügbar, sie würden das Gesamtbild aber kaum verändern.

Somit müssen wir zu dem Schluss kommen: Die Kinder sind nicht diejenigen, die das Problem darstellen.

Ich weiß, dass es eine aktuelle Studie aus Köln gibt, die einen Anstieg konstatiert. Allerdings – und das wird in der öffentlichen Zitation leider regelmäßig übersehen – weisen die Autoren selbst darauf hin, dass sie eine völlig veränderte Stichprobe verwendet haben. Ihre Ergebnisse verdeutlichen somit primär, wie stark die Methodik die Aussagekraft beeinflusst. Ein theoretischer Diskurs darüber ist hier nicht möglich. Fakt bleibt: Wir beobachten zwar einzelne problematische Entwicklungen, aber eine Explosion findet gerade nicht statt. Anders sieht es bei den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) in der Altersgruppe der über 60-Jährigen aus: Dort verzeichnet man seit 30 Jahren einen kontinuierlichen Anstieg, der deutlich stärker ist, als der demografische Wandel allein erklären könnte. Interessant ist zudem, dass Menschen mit

Migrationshintergrund in dieser Tatverdächtigengruppe weniger als 4 % der Tatverdächtigen ausmachen. Woran liegt das? Nun, ganz einfach: Weil Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich jung sind. Menschen mit Migrationshintergrund pauschal mit der Gesamtbevölkerung Deutschlands zu vergleichen, ist eine ebenso originelle wie irreführende Methode. Das wäre vergleichbar mit der Behauptung, Menschen, die täglich mehr als vier Stunden in der Kita verbringen, würden nachts häufiger in die Hose pinkeln als die Durchschnittsbevölkerung. Die logische Konsequenz daraus wäre dann wohl, dass Erzieherinnen nachts ins Bett machen – eine Absurdität, die zeigt, wie falsch solche Vergleiche liegen. Das ist schlichter Unsinn – reine Statistik für Anfänger, die jeder versteht.

Mein Fazit lautet also: Die Kinder sind es nicht. Vielmehr beobachten wir tiefgreifende gesellschaftliche Dynamiken, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Die vollen Auswirkungen dieser Entwicklungen werden wir noch lange nicht vollständig überblicken können; solche Prozesse benötigen Zeit. Betrachten wir jedoch die aktuelle Lage: Die Armut nimmt zu. Die soziale Schere driftet in Deutschland – und in ganz Mitteleuropa – auseinander, wobei dieser Trend in Deutschland sogar schneller fortschreitet als beispielsweise in der Schweiz. Entscheidend ist dabei weniger die absolute materielle Armut, sondern vielmehr die Angst vor dem sozialen Abstieg. Dies ist der zentrale Stressfaktor für Familien. Auch hier gibt es klare Evidenz: Wenn Eltern mehr Geld erhalten, investieren sie dieses – ganz selbstverständlich – in ihre Kinder.

Ein zweiter, mich sehr bewegender Faktor ist die Eskalation auf dem

Wohnungsmarkt. Dieser trifft jedoch nicht alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen. Wenn ich morgen früh eine neue Wohnung benötige, finde ich diese problemlos. Ich würde mir vier Objekte ansehen und hätte die freie Wahl aus drei guten Optionen. Für bestimmte Gruppen besteht hier keinerlei Unsicherheit. Das Problem betrifft ganz andere Zielgruppen: Es sind vor allem Familien, die zunehmend in beengten und qualitativ schlechten Wohnverhältnissen leben. Als ich in Hannover gearbeitet habe, war es noch möglich, den Hochhauskomplex Klingental im Stadtteil Vahrenheide einfach ersatzlos abzureißen. Aufgrund eines hohen Leerstands konnten die betroffenen Familien problemlos in andere Mietwohnungen vermittelt werden. So wurden rund 900 Wohnungen rückgebaut, indem man diesen so genannten „Sozialen Brennpunkt“ planierte und stattdessen kleine Reihenhäuser errichtete. Dieser Schritt rettete zwar nicht den gesamten Stadtteil, aber er beseitigte zumindest das hässliche Betongemäuer mit seiner extrem schlechten Wohnqualität. Ein solches Vorgehen ist heute unmöglich geworden. Jede Wohnung im städtischen Raum ist belegt; man kann keine Kapazitäten mehr frei machen oder ersetzen. Die Konsequenz ist unvermeidbar: Es trifft erneut vor allem die Familien, die in diesen beengten Verhältnissen stecken bleiben.

Ich habe kürzlich beim Familiengericht erstmals wieder einen Fall erlebt, von dem ich dachte, ihm in meinem Berufsleben nie mehr zu begegnen: Eine Mutter, die sich nicht von ihrem gewalttätigen Partner trennen kann, weil sie keine Wohnung findet und mit ihrem 13-jährigen Sohn nicht mehr ins Frauenhaus aufgenommen werden kann. Ihre einzige vermeintliche Schutzoption wäre, den Sohn bei dem Vater zu lassen – eine Option, die sie aus guten Gründen ausschließt.

Wie Herr Orban bereits anmerkte, stellt sich die bittere Frage: Warum gilt die Inobhutnahme des Jungen als die „bessere“ Alternative, anstatt das eigentliche Problem – den fehlenden Wohnraum – zu lösen?

Parallel dazu beobachten wir eine zunehmende Bildungsungerechtigkeit und einen Anstieg der Schulabbrecherquoten. Dies ist ein höchst beunruhigender Prozess. Als ich am Beginn meiner beruflichen Laufbahn in der Förderschule arbeitete, riet ich zwei Schülern Prüfungsblätter für den Hauptschulabschluss nur mit Namen und Datum versehen zurückzugeben. Der Grund war zynisch, aber notwendig: Hätten sie „versehentlich“ – weil eigentlich unerreichbar, aber wer weiß – einen Hauptschulabschluss bekommen, hätten sie auf dem Arbeitsmarkt auf Grund hoher Jugendarbeitslosigkeit keine Chance gehabt. Hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnverhältnisse und eine Adresse aus dem sozialen Brennpunkt – all das wirkt sich massiv negativ auf Bewerbungen aus. Ohne Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz waren diese Jugendlichen chancenlos. Die einzige Rettung lag damals in speziellen Integrationsprogrammen. Heute befinden wir uns in einer Zeit der fast vollständigen Vollbeschäftigung. Heute könnten wir Kindern ehrlich sagen: „Wenn du einen Schulabschluss schaffst, bekommst du sehr wahrscheinlich auch einen Arbeitsplatz.“ Und gleichzeitig wächst paradoxerweise die Zahl der Kinder, die keinen Abschluss erreichen. Das ist ein höchst interessantes Phänomen. Hinzu kommt funktionaler Analphabetismus. Und die Faktoren der Bildungsungerechtigkeit sind nicht Leistung und Intelligenz. Eine neue Studie, die Deutschland, die Schweiz, Österreich und Luxemburg verglichen hat, stellte sogar fest: Selbst der Body-Mass-Index (BMI) beeinflusst die Noten in bestimmten Unterrichtsfächern

– wenn auch nicht in allen, aber in mehreren.

Der vierte Punkt gesellschaftlicher Risikofaktoren des Aufwachsens betrifft unsere noch fehlenden Umgangsformen mit dem digitalen Phänomen. Ich bezeichne dies als „digitales Sensation-Seeking“: Die Empörungskultur der Erwachsenen trifft hier auf die Jagd nach „Fame“ der Jugendlichen. Wir tragen mit unserem Verhalten aktiv dazu bei. Solange Sensationsvideos millionenfach geteilt werden – stets begleitet von einer Empörungswelle – sind sie für Jugendliche hochwirksam. Ich habe im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens ein Video gesehen, auf dem ein Jugendlicher in die Kamera eines großen deutschen Fernsehsenders schreit, um seinen Instagram-Account zu bewerben, bevor er mehrere China-Böller in ein Taxi wirft. Abgesehen von der Frage, warum der Journalist nicht in der Lage war, dies zu verhindern – das ist eine andere Diskussion – war dies ermittlungstechnisch extrem dumm. Es dauerte keine zwanzig Minuten, den Täter zu identifizieren. Doch für den Jugendlichen gehörte dies nicht zur Risikokategorie. Seine Logik war eine andere: Nicht „das bringt Ärger“, sondern, „wenn der Fernsehsender das sendet, habe ich morgen zwei Millionen Follower“. Das ist eine völlig eigene Währung. Diese Phänomene dürfen wir keinesfalls unterschätzen.

Wie läuft Risikoeinschätzung in Stresssituationen? In den letzten Jahren hatte ich häufiger mit Jugendlichen zu tun, die körperliche Auseinandersetzungen mit der Polizei hatten. Polizeigewalt war nicht ihr Thema, alle wussten genau, was sie getan hatten. Das Bemerkenswerte war jedoch: Jeder einzelne dieser jungen Menschen, mit denen ich über ihre Auseinandersetzungen mit der Polizei sprach, war sich der Konsequenzen

völlig bewusst. Sie wussten genau: Wenn du dich mit der Polizei anlegst, landest du auf dem Boden, mit dem Gesicht im Dreck, den Händen im Rücken und einem Knie an einer Stelle, die schmerzt. Dies ist ihnen auch im Moment des Handelns vollkommen klar. Trotzdem ist „Zurückstecken“ für sie keine Option. Und solange wir dieses Motiv nicht verstanden haben, werden wir weiterhin völlig falsche Interventionsstrategien verfolgen.

Kommen wir zu meinem ersten Fazit in Bezug auf die Frage, ob die Kinder immer schwieriger werden: Nein. Kinder und Jugendliche reagieren völlig normal auf die sich wandelnden gesellschaftlichen Dynamiken der Gegenwart. Es ist nichts Außergewöhnliches daran.

Es geht sicherlich vielen Jugendlichen schlecht, sie stehen unter enormem Druck. Doch wäre es nicht dramatischer, wenn sie auf das bereits Gesagte nicht reagierten? Sollten wir uns wirklich wünschen, dass Kinder und Jugendliche auf die akuten Belastungen unserer Zeit gar nicht reagieren? Das fände ich höchst problematisch.

Daraus folgt meine zentrale These: Vielleicht sprengen die Kinder unsere pädagogischen Glaubenssätze an Effizienz, Messbarkeit und die grundsätzliche Machbarkeit von Pädagogik und Therapie.

Auch unsere Konzepte von Partizipation und Inklusion stoßen hier an Grenzen. Natürlich ist eine inklusive Jugendhilfe ein erstrebenswertes Ziel. Und es ist korrekt, nicht von „Systemsprengern“ zu sprechen, sondern von „vom System Gesprengten“. Doch trifft diese Formulierung wirklich zu, wenn ich in einem Gutachterverfahren einem Jugendlichen gegenüber sitze, der drei seiner Mitbewohner vergewaltigt hat? Kann ich in diesem Moment wirklich behaupten, es käme

allein auf die Haltung des Personals an? Stößt man da nicht an terminologische Grenzen? Genau hier geraten wir immer wieder in Dilemmata, bei denen unsere theoretischen Setzungen an ihre realen Schranken stoßen.

Alles, was wir versuchen, hat Nebenwirkungen. Ein Beispiel: Die Einführung von Bonus-Gratifikationen für erfolgreiche Rückführungen in der Jugendhilfe. Gibt es dafür vergleichbare Evidenz? In den US-Schulsystemen wurde versucht, Erfolge finanziell zu honorieren. Der Effekt war jedoch fatal: Schulen begannen, sich risikoreiche Konstellationen vom Leibe zu halten. Privilegierte Schulen wurden dadurch noch reicher, während Brennpunktschulen weiter ausgegrenzt wurden, da sie diese messbaren „Erfolge“ logischerweise nicht erzielen konnten. Übertragen wir dies auf die Jugendhilfe: Wenn ich einen Bonus für erfolgreiche Rückführungen einführen würde, wer würde dann ein Kind aufnehmen, das von beiden Eltern sexuell missbraucht wurde? Das sind die Nebenwirkungen, die selbst gut gemeinte Ideen begleiten. Wir müssen solche Maßnahmen stets mit einem Fragezeichen versehen, sie sorgfältig abwägen und permanent prüfen, welche strategischen Verzerrungen sie hervorrufen. Solche Dilemmata finden sich an ganz vielen Stellen. Gelten beispielsweise unsere gängigen Inklusionskonzepte tatsächlich auch für gewalttätige Menschen? Was ist mit der Inklusion des Kindes, das nachts vor Angst nicht mehr schlafen kann, weil ein anderer Bewohner durch die Gruppe wandert, seine Impulse nicht kontrollieren kann und Erzieher attackiert? Für dieses Kind fühlt sich der Aufenthalt hier einfach nicht sicher an. Wir bewegen uns auf einem sehr dünnen Eis und ich warne davor, Schlagworte wie „Inklusion“ bis zur Bedeutungslosigkeit zu simplifizieren. Denn dann landen wir rasch in gefährlichem Terrain.

Das führt mich zu meiner zweiten Hypothese, die bereits in der Einleitung anklang: Die einzelnen Akteursysteme unseres Hilfesystems haben sich im Zuge ihrer Professionalisierung auch darin perfektioniert, sich selbst als „nicht zuständig“ zu definieren und das Problem weiterzuschieben.

Ein Beispiel: Große Teile der Jugendhilfe vertreten die Auffassung, soziale Arbeit und Zwang seien grundsätzlich unvereinbar. Dabei steht im SGB VIII, Paragraph 1, ganz eindeutig: Jedes Kind hat ein Recht auf Unterstützung. Dies gilt auch für Kinder, die derzeit in einer Justizvollzugsanstalt sitzen oder aufgrund schwerer psychischer Erkrankungen in einer Klinik behandelt werden müssen. Oft verhalten wir uns so, als wäre dies nur ein hypothetisches Szenario – ein „sozusagen“-Fall. Martin Kühn hat treffend bemerkt, dass viele pädagogische Fallbesprechungen mit der Formulierung enden: „Das ist ein psychiatrisches Problem.“ Damit sind wir dann scheinbar entlastet. Oder wir zitieren populäre Artikel aus dem Jahr 2006 mit dem Titel: „Ohne die Kooperation der Eltern geht nichts.“ Ein tolles Schlagwort. Doch was geschieht mit den Kindern, bei denen wir keine erreichbaren Eltern haben? Haben diese keinen Anspruch auf Jugendhilfe? Geben wir sie einfach auf? Logisch müsste man dann folgern: Wenn es volkswirtschaftlich ohnehin nichts bringt, weil die Eltern nicht kooperieren, können wir alle Hilfen einstellen und überlassen die Kinder sich selbst. Genau in solchen Spannungsfeldern bewegen wir uns. Ich bin davon überzeugt, dass wir uns viele der Fallen, in die wir im Alltag tapen, selbst gestellt haben. Wir graben uns permanent die Ostereier wieder aus, die wir zuvor selbst vergraben haben. Dies muss man klar benennen: Professionalisierung und effizienzorientierte Qualitätsdialoge sind allesamt begrüßenswert. Wir brauchen diese Entwicklungen dringend. Ich wäre

kein guter Vertreter meiner Zunft, wenn ich forderte, alles zurückzudrehen. Meine These lautet jedoch: Wir haben die Nebenwirkungen dieser Entwicklungen nicht mehr im Griff, weil wir verzweifelt nach einfachen Lösungen suchen.

Zu den Zahlen, die Herr Orban angekündigt hat: Was leistet die Jugendhilfe eigentlich wirklich? Ich beziehe mich hier zunächst bewusst auf eine Studie von Ziegler/Torno aus der Zeit vor 2015, um gleich jedem Einwand zuvorzukommen, dass die Flüchtlingskrise das System habe kollabieren lassen. Das ist Unsinn. Wir waren bereits vorher an einem kritischen Punkt; ohne die Fluchtsituation 2015 hätte sich der Prozess lediglich etwas verzögert. Die Fakten sind alarmierend: In der Altersgruppe der 15- bis 18-jährigen enden fast 60 % aller Hilfen außerplanmäßig. Selbst in der Gruppe der über 18-Jährigen – also junger Erwachsener, die eigenständig Anträge stellen und eigene Ziele formulieren müssen, wobei die Standards sogar von

Jugendamt zu Jugendamt variieren – endet jede vierte Hilfe unplanmäßig. Verdichtet man diese Daten, lautet die bittere Erkenntnis: Die Erziehungs- und Hilfeplanung kann weder das, was sie soll, noch das, was sie will. Oder vielleicht ist Entwicklung schlichtweg nicht hilfeplanbar?

Ich verweise weiter auf die Studie von Mögling, Tillmann und Reißig, welche ergeben hat, dass in Deutschland ca. 21.000 junge Menschen im Übergang zur Volljährigkeit leben, die über keinen Kontakt zu gesellschaftlichen Institutionen mehr verfügen. Zwar hat die Flüchtlingskrise diese Zahl vermutlich verstärkt, doch darunter befanden sich bereits zuvor geschätzte 7.000 bis 8.000 sogenannte „Straßenkinder“. Dieser Begriff ist irreführend: Weder leben sie dauerhaft auf der Straße, noch sind es noch Kinder. Treffender wäre „Couchsurfing-Heranzwachsene“. Doch neben dieser Gruppe gibt es ein weiteres, pädagogisch höchst beunruhigendes Phänomen: Es sind die Jugendlichen,

die zu Hause im Bett liegen und einfach nichts mehr tun. Sie brechen eine Ausbildung ab, bleiben untätig zu Hause und die Familie reagiert mit Hilflosigkeit und Ohnmacht. Fordern sie Hilfe an, beginnt sofort das klassische Zuständigkeitsgerangel: „Wer ist jetzt zuständig, wenn jemand schon volljährig ist?“ Genau hier klaffen die Lücken, die zu diesem massiven Verlust von Institutionalkontakt führen.

Eine Studie, die ich ebenfalls besonders beeindruckend fand, stammt aus Niedersachsen (meine eigene). Das Studiendesign war hier vorbildlich und wir hatten damals einen repräsentativen Datensatz hochskaliert: Auf knapp 6.000 betriebserlaubnispflichtige Heimplätze in Niedersachsen fanden sich 421 konkrete Fälle, die auf Grund ihres Verhaltens „rausgeschmissen“ worden sind. Mehrfachnennungen desselben Menschen wurden dabei konsequent ausgeschlossen. Herr Orban erwähnte jüngst, dass es 10-Jährige gebe, die elf Einrichtungen hinter sich gebracht



(Foto: unsplash)

hätten. Dazu gibt es eine vermeintlich „gute“ Nachricht: Dieses Phänomen sehen wir heute nicht mehr. Der Grund ist zynisch, aber Fakt: Sobald ein Jugendlicher zum dritten Mal aus einer Einrichtung fliegt, nimmt ihn niemand mehr auf. Es spielt dann keine Rolle, wie viele Anrufe ein Jugendamt tätigt – er findet schlichtweg keinen Platz mehr. Die bittere Realität sind also diese 421 real existierenden Menschen, von denen einige mehrfach betroffen waren. Ich behaupte, Niedersachsen ist dabei kein isolierter „Moloch“ der Jugendhilfe. Diese Zahl lässt sich mit wenigen Schwankungen auf das gesamte Bundesgebiet hochrechnen. Wer daraufhin argumentiert: „Wir brauchen mehr Spezialangebote, wir brauchen endlich flächendeckend geschlossene Unterbringung, dann ist das Problem gelöst“, der vereinfacht die Sachlage zu stark, wie die Zahlen deutlich zeigen.

Besonders beeindruckend fand ich daneben noch ein Ergebnis von Michael Mascenaere, einem der führenden Statistiker im deutschen Jugendhilfesektor. Sicherlich ist es nicht ganz unproblematisch, allein durch das Herumrechnen an den Zahlen der Jugendhilfe komplexe Probleme zu lösen. Doch die Datenglage ist hier eindeutig. Michael und ich haben diesbezüglich zwar einige harte Diskurse geführt, doch er hat eine bahnbrechende Studie vorgelegt, in der er seinen Datensatz in zwei Gruppen unterteilte: jene Jugendlichen, bei denen die Jugendhilfe funktioniert, und jene, bei denen etwas schiefgelaufen ist. Dafür entwickelte er ein Punktesystem: Jede ambulante Maßnahme brachte einen Punkt, stationäre Aufenthalte und Psychiatrie-Einweisungen weitere Punkte, und für Intensivmaßnahmen gab es jeweils drei Punkte. Michaels Fazit lautete: Wer mehr als 14 Punkte erreicht, für den ist etwas nicht nach

Plan gelaufen. Übergänge zwischen Hilfeformen sind normal, aber bei über 14 Punkten ist die Hilfeplanung eindeutig mindestens phasenweise gescheitert. In seiner Studie wiesen ca. 17 % der Jugendlichen mehr als diesen Punktwert auf. Das bedeutet, dass bei fast jedem sechsten Jugendlichen das System im Rahmen einer normalen Hilfeplanung versagt hat und die Situation nicht in den Griff zu bekommen war.

Natürlich gibt es hierfür viele Gründe und es liegt nicht allein am Verhältnis zwischen Kind und Helfer*in. Was ich jedoch besonders spannend fand, war die statistische Analyse der Unterschiede zwischen den zwei Gruppen: denjenigen, die häufig die Einrichtungen wechseln, und jenen, die nach ein bis drei Wechseln einen stabilen Weg finden: Einer der belastbarsten Prädiktoren war die Frage, wie viele Ressourcen zu Beginn des Hilfeprozesses überhaupt benannt wurden. Hierüber haben wir uns intensiv gestritten. Zunächst schrieb Michael in einem Paper, es handele sich um Kinder mit wenigen Ressourcen. Ich entgegnete: „Woher willst du das wissen? Du weißt nur, dass die Jugendhilfe keine Ressourcen dokumentiert hat!“ Nach weiteren Diskussionen – so läuft es eben in der Wissenschaft, wenn man konstruktiv zusammenarbeitet – verfassten wir gemeinsam einen Artikel, in dem wir das Thema vertieften. Wir einigten uns auf folgende Formulierung: Es sind die Jugendlichen, bei denen die Jugendhilfe zu Beginn des Hilfeverlaufs keine Ressourcen findet. Denn häufig übersehen wir die Stärken schlichtweg, weil wir unter so großem Zeit- und Handlungsstress stehen, dass für eine ressourcenorientierte Betrachtung gar keine Zeit bleibt. Oder aber – und das bewegt mich als qualitativen Forscher besonders: Manchmal erklären wir den Ressourcen eines Kindes regelrecht den Krieg.

Ein Beispiel: Ich lernte ein 15-jähriges Mädchen kennen, das die ersten 13 Jahre in einer Familie lebte, in der beide Eltern schwer drogenabhängig waren. Dies fiel jahrelang niemandem auf, weil das Mädchen keinerlei nach außen sichtbare Symptome zeigte. Im Gegenteil: Sie versorgte ihre jüngeren Geschwister so hervorragend, dass es keinerlei Anzeichen von Vernachlässigung gab. Ihre enorme Stärke wurde also übersehen, weil sie nicht ins übliche Problembild passte. Und dann scheiterte dieses Mädchen typisch deutsch an der Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs. Es war schlichtweg unmöglich, das jüngste Kind pünktlich in die Kita zu bringen, den mittleren Bruder so zu timen, dass er bereits unter Aufsicht an der Grundschule war, und gleichzeitig selbst pünktlich an der weiterführenden Schule einzutreffen. Die Folge: Sie kam jeden Tag zu spät. Dazu kam das doppelte Pech, dass der Schulleiter sich einen Spaß daraus machte, jeden Schüler, der nach 8.05 Uhr erschien, persönlich in der Pausenhalle zu empfangen. Somit erhielt sie täglich Ärger. Und wenn sie in ihrem Leben eines gelernt hatte, dann dies: Wo es Ärger gibt, geht man nicht hin. Also schwänzte sie die Schule. Dies dauerte noch ein Dreivierteljahr, bis das Jugendamt aufmerksam wurde und sich zu einem unangemeldetem Hausbesuch veranlasst sah. Das Ergebnis war drastisch: Alle drei Kinder wurden noch am selben Tag in Obhut genommen. Angesichts der Aktenlage hätte ich als Sachverständiger damals der Maßnahme vermutlich zugestimmt. Alle drei Kinder in Obhut und in einer Pflegefamilie unterzubringen, erschien angesichts der dokumentierten Missstände die einzig logische Konsequenz. Warum erzähle ich diese Geschichte? Die ersten beiden Ziele, die für dieses Mädchen in ihrem Hilfeplan notiert wurden, waren: „Sie soll die Verantwortung abgeben und endlich wieder Kind sein.“ Genau

diese Ziele waren es, die dieses Mädchen mit Sicherheit niemals in ihrem Leben hatte. Als Gutachter kann ich heute zwar arrogant von außen urteilen und denken: „Wie kann man so dämlich sein?“ Ob ich damals in der Situation etwas Besseres gewusst hätte, weiß ich nicht, das bleibt Spekulation. Fakt ist jedoch: Mit ein wenig Distanz hätte man erkennen können, dass dieses Mädchen unfassbar ressourcenstark war. Wenn sie um zehn nach acht in die Schule kam, hatte sie bereits eine enorme Leistung vollbracht. Davon hatten die durchschnittlichen Schüler ihres Jahrgangs noch nicht einmal den Hauch einer Ahnung. Keiner von ihnen hätte es geschafft, auch nur innerhalb einer Woche in einem Schulgebäude anzukommen, wenn er plötzlich in diese Situation katapultiert worden wäre. Doch die Hilfeplanung forderte: „Sei wieder ein richtiges Kind und gib die Verantwortung ab.“ Dass es nach kürzester Zeit zu einer Schlägerei zwischen ihr und der Pflegemutter kam – ausgelöst dadurch, dass die Pflegemutter mit einem der jüngeren Geschwister geschimpft hatte – ist nur eine Randanekdote, die dieses fatale Missverständnis noch einmal drastisch verdeutlicht.

Bleibt die Frage, ob sich die Kinder- und Jugendhilfe neu erfinden muss? Betrachtet man die Daten – hier basierend auf einem Screenshot der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege – muss man feststellen: Die stationäre Jugendhilfe läuft. Es ist ein Geschäftsmodell, das funktioniert. Beruhigend ist zumindest, dass die Kurve der Beschäftigten etwas steiler ansteigt als die der Bettenplätze. Wir verfügen also heute über einen günstigeren Personalschlüssel als noch 1990. Von daher muss sich die Jugendhilfe in diesem Segment nicht neu erfinden; sie läuft stabil und sicher. Spannend wird die Analyse jedoch, wenn man diese Entwicklung mit den



Zahlen der ambulanten Jugendhilfe kontrastiert. Das zentrale Versprechen der ambulanten Jugendhilfe in den 1990er Jahren lautete: „Wir werden euch die Heimerziehung reduzieren.“

Das erinnert frappierend an andere Reformversprechen. Auch die Inklusion wurde mit dem Versprechen eingeführt, die Zahl der Förderschüler zu senken. Zwar gelang dies im Bereich „Lernen“ teilweise, doch in allen anderen Förderschwerpunkten steigen die Zahlen der Förderschüler exponentiell an. Ähnlich verhält es sich in der Heimerziehung. Zwar zeigt die Grafik für 2015/2016 den enormen Anstieg im Zuge der Flüchtlingswelle, bei der die Jugendhilfe außergewöhnlich flexibel, schnell und souverän – und jenseits jeglicher Standards – agieren durfte. Insgesamt bleibt jedoch festzustellen: Die Fremdbetreuung und Heimerziehung verharren auf einem konstanten Niveau, obwohl die Zahlen der ambulanten Hilfe stetig steigen. Der Bedarf an ambulanter Unterstützung wächst. Ob dieser Trend aktuell bereits gebrochen ist, zeigen die täglichen

Erfahrungen vielleicht schneller als akademische Daten. Die verfügbaren Statistiken (z. B. von Statista) reichen bisher nur bis 2023; erst 2027 wird sich zeigen, ob sich der Verlauf ändert. Betrachtet man die realen Zahlen, ist der Zuwachs immens: Von ca. 156.000 auf über 202.000 Fälle – ein Anstieg von fast 50.000. Das ist kein geringer Zuwachs. Man könnte die Statistik zwar optisch etwas „quetschen“, um den Anstieg steiler erscheinen zu lassen, doch der Trend ist eindeutig. Parallel dazu bleiben die stationären Hilfen völlig unbeeindruckt und stabil.

Daraus ergibt sich meine dritte Hypothese: Der massive Ausbau ambulanter Bemühungen, sozialräumlicher Ansätze, Konzepte wie Schulsozialarbeit und Stadtteilorientierung sowie die stärkere Betonung von Elternverantwortung und Partizipation haben nicht zu einem Rückgang der Fremdunterbringung geführt.

Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies nicht überraschend. Ein universeller Effekt zeigt sich überall: Wer Hilfen

verfügbar macht und genauer hinsieht, der entdeckt auch mehr Probleme. Wenn wir Schulsozialarbeiter in die Grundschulen schicken, werden sie logischerweise Dinge entdecken, die den Lehrern zuvor entgangen sind. Mehr Sichtbarkeit führt also zwangsläufig zu höheren Fallzahlen. Noch nie wurde durch Prävention und Sozialraumorientierung wirklich kurzfristig gespart. Langfristig mag man darüber spekulieren, aber die Realität zeigt: Der Zusammenhang ist nicht so simpel und das Versprechen der Kosteneinsparung hält der Prüfung nicht pauschal stand. Dies verdeutlicht, dass komplexe Problemkonstellationen nicht allein durch Prävention oder niedrigschwellige Angebote lösbar sind. Dies ist ein entscheidender Faktor, insbesondere vor dem Hintergrund aktueller gesetzlicher Änderungen, die die Vorrangstellung präventiver Maßnahmen betonen. Fakt bleibt: Es gibt nach wie vor Kinder und Jugendliche, die akut und extrem tief in Problemlagen stecken. Für diese Gruppe brauchen wir zwingend passende Lösungen.

Ein weiteres großes Thema, das derzeit die Jugendhilfe beschäftigt, ist die Frage der Sicherheit. Ich habe mir hierzu kürzlich im Rahmen einer studentischen Masterarbeit einen ersten Überblick verschafft. Die beteiligte Studentin plant glücklicherweise, dieses Thema nun in ein umfassendes Promotionsprojekt zu überführen. Es geht um das große, leidige Thema „Security in der Jugendhilfe“. Wir sehen Fälle, in denen achtjährige Kinder nur noch dann als „betreut“ gelten, wenn zwei Security-Kräfte danebenstehen. Und ich möchte ausdrücklich nicht einen despektierlichen Blick auf die Mitarbeiter der Sicherheitsdienste selbst forcieren, sondern die Rolle, die wir ihnen zunehmend zuweisen. Ein erschütternder Fall verdeutlicht dies: Ein junges Mädchen wurde in Obhut

genommen, doch es wurde kein passender Platz gefunden. Daher verblieb sie in einem leergeräumten Büro des Jugendamtes. Tagsüber wurde sie, sofern es gelang, Honorarkräfte zu engagieren, stundenweise von Sozialarbeitenden betreut, damit die Mitarbeitenden des Jugendamtes ihren eigentlichen Job erledigen konnten. Ab 16.30 Uhr jedoch ist das Mädchen allein im Rathaus zurückgelassen, bewacht nur durch die allgemeine Security des Gebäudes. Hier stellt sich die berechtigte Frage der Eltern: „Woher nehmt ihr die Idee, dass unser Kind bei euch besser aufgehoben ist als bei uns?“ Es geht hierbei nicht um Gewalt oder Missbrauchsvorwürfe, sondern schlicht um Vernachlässigung. Das Kind wird unter Ad-hoc-Bedingungen auf einem Rathausflur und nachts von zwei Security-Kräften betreut. Hier laufen gefährliche Dynamiken ab. Dieser Zustand ist nicht in Ordnung und schlichtweg nicht gut.

Deshalb brauchen wir eine andere Strategie. Die Jugendhilfe muss lernen können. Bevor ich jedoch ausführe, in welche Richtung dies funktionieren muss, möchte ich zunächst auf die Grundlagen eingehen. Es ist reine Biologie. Michael Tomassello, der das Institut für Evolutionsanthropologie in Leipzig (kurz: EVA-Institut) leitet, hat dargelegt, dass es grundsätzlich vier biologische Mechanismen des Lernens gibt. Lassen Sie uns nun prüfen, an welchem Punkt der Jugendhilfe wir aktuell stehen und wie diese Mechanismen dort wirken:

Erstens: Lernen durch Handeln, das sogenannte Self-Regulated-Learning. Ich tue etwas, erfahre die Konsequenz und überlege dann, ob ich es wiederhole oder nicht. Das klassische Beispiel ist die heiße Herdplatte.

Für Self-Regulated-Learning gilt: Ich probiere etwas aus und prüfe die Wirkung. Die biologische Voraussetzung

dafür lässt sich mit einem schönen Fachbegriff beschreiben, der sich hervorragend eignet, um bei einer Party jedes aufdringliche Gespräch zu beenden: „durch Reafferenz gesteuerte Homöostase“. Das bedeutet schlicht: Lernen durch Feedback. Ich muss in der Lage sein, die Konsequenzen meines Handelns wahrzunehmen. Hier muss ich ein riesiges Fragezeichen setzen: Tun wir das in der Jugendhilfe? Wir sind Meister darin, nicht darüber nachzudenken, was am Ende der Fahnenstange tatsächlich herauskommt. Ein aktuelles Beispiel ist Berlin: Nach Jahren, in denen Schulen durch Security-Kräfte bewacht wurden, kündigte der Senat kürzlich die Einstellung dieser Maßnahmen an. Ich fragte, ob wir nicht anhand der Daten der letzten Jahre die Wirkung dieser Maßnahme evaluieren könnten – die Antwort war ernüchternd: „Darüber haben wir keine Daten.“ Millionen wurden über Jahre investiert, ohne jemals zu prüfen, ob die Maßnahme einen Effekt hatte oder was überhaupt passiert ist. Das Einzige, was wir wissen, basiert auf Erhebungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Rund 30 % der Lehrer fühlten sich sicherer, 20 % unwohler und 50 % nahmen es gar nicht wahr. Das ist das gesamte Wissen nach Jahren und Millioneninvestitionen. Die zentrale Frage bleibt: Wie sehr überprüfen wir eigentlich unseren tatsächlichen Outcome?

Zweitens: Lernen durch Beobachten und Nachahmen, also durch Vorbilder. Die Voraussetzung hierfür ist, dass ich den anderen als intentionales Wesen wahrnehmen und verstehen kann. Versteht etwa das Mädchen den Sinn dahinter, wenn wir verlangen, es solle „wieder ein Kind sein“ nachdem es 15 Jahre lang für sich selbst sorgen musste?

Drittens: Lernen durch Anleitung und Instruktion. Dies ist der Punkt, auf den

Menschen so stolz sind: Ich möchte dem anderen etwas beibringen. Kritisch dabei ist jedoch, dass der Empfänger es merkt. Er muss bereit sein, seine Aufmerksamkeit mit mir zu teilen und zu erkennen, dass ich ihm gerade etwas vermitteln will.

Der wichtigste Faktor ist jedoch zweifellos das vierte Prinzip: Sozialverhalten lernt man ausschließlich durch kollaboratives Lernen in echter Kooperation. Ein Musterbeispiel für kollaboratives Lernen sind zwei Möbelpacker, die ein Sofa heruntertragen. Sie fertigen keine Skizzen mit Winkelberechnungen an, sondern handeln einfach. Sie beobachten einander, sprechen sich ab und entwickeln in Echtzeit eine Lösung, wie sie das Sofa durch genau dieses Treppenhaus bekommen. Zwar fließt hier Erfahrungslernen mit ein – sie haben es hunderte Male gemacht –, doch die konkrete Lösung erfinden sie jedes Mal neu. Idealerweise sollte die Jugendhilfe genau in diesen Bereich des kollaborativen Lernens führen. Dummerweise gibt es hierfür eine zwingende Voraussetzung: eine gemeinsam geteilte Repräsentation des Problems. Wenn einer denkt, wir tragen das Klavier hoch, und der andere glaubt, wir tragen es runter, scheitert die Kooperation. Dafür ist die Fähigkeit zur Mentalisierung nötig: Ich muss erraten können, wie der andere denkt und fühlt. Dies erfordert nicht nur kognitive Empathie, sondern im Idealfall eine echte „Bauchempathie“. Zudem müssen soziale Prozesse einen eigenständigen, positiven Wert besitzen. Ich muss wohl nicht erwähnen, dass wir es mit vielen Kindern und Jugendlichen zu tun haben, denen diese Erfahrung grundlegend versagt wurde. Obwohl der Mensch ein soziales Wesen ist, haben einige gelernt: „Besser nicht.“ Sie haben erfahren, dass sie sich allein durchsetzen müssen und dass Vertrauen nicht funktioniert.

Insofern ließe sich die Jugendhilfe als ein feedbackgesteuertes Kommunikationssystem beschreiben:

Fakt ist: Die Jugendhilfe funktioniert auf höchst komplexe Weise. Wir bewegen uns auf verschiedenen Ebenen. Nehmen wir beispielsweise das Kommunikationssystem „Helfer-Klient“. Hier geht es um zentrale Aspekte wie erlernte Hilflosigkeit oder die Frage, wer eigentlich die Definitionsmacht besitzt.

Wir gehen stets davon aus, dass der Klient das System oder das Problem irgendwie in sich trägt. Das ließe sich jedoch diskutieren. Ein extremes Beispiel: Ein deutsches Bundesland eröffnete 2013 eine forensische Jugendpsychiatrie mit zwölf Plätzen. Der Anlass war ein akuter Platzmangel; zuvor saßen im Schnitt immer ca. acht Minderjährige in der Erwachsenenforensik, weil es keine Alternativen für junge Straftäter gab, die auf Grund einer psychischen Erkrankung schwere Straftaten begangen haben. Die Logik schien schlüssig: Schaffe zwölf Plätze für Jugendliche, dann sinkt die Zahl der Minderjährigen im Erwachsenenvollzug. Das Ergebnis nach wenigen Jahren: Die zwölf Plätze waren voll. Nach fünf Jahren saßen wieder acht junge Menschen in der Erwachsenenforensik – einfach, weil die zwölf Plätze in der Jugendforensik besetzt waren, es aber weitere Fälle gab. Natürlich haben Systeme ihre Eigenlogik. Richter haben im Hinterkopf: „Es gibt ja nun eine Jugendforensik“ und die Schwelle zur Schuldunfähigkeit wird in einem ohnehin komplizierten Feld noch runtergeschraubt. Fakt ist jedoch: Wir haben nichts gewonnen. Wenn das Ziel gewesen wäre, die Zahl der Minderjährigen in der Erwachsenenforensik zu reduzieren – ein wichtiges Ziel, da ein 14-Jähriger dort oft nicht gut aufgehoben ist, besonders wenn er noch jugendlich wirkt –, dann ist dieses Ziel

verfehlt worden. Phänomene wie die „selbsterfüllende Prophezeiung“ (Self-Fulfilling Prophecy) spielen hier eine Rolle: Auf dieser systemischen Ebene laufen also Prozesse ab, die unsere Intentionen konterkarieren.

Wir bewegen uns zudem im Kommunikationssystem „Helfer-System“. Wir leben, wie ich bereits erwähnte, in einer zwingenden Legitimationslogik: Wir müssen beweisen, dass unsere Arbeit wirtschaftlich sinnvoll ist. Es muss sich „lohnen“. Doch warum sollten unsere jungen Menschen weniger wert sein als andere, sodass Investitionen in sie nur dann erfolgen dürfen, wenn sie sich finanziell auszahlen? Sie haben einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Hilfe. Zudem hat die Gesellschaft die Probleme verursacht, in denen diese Jugendlichen stecken – also trägt sie auch die Verantwortung, Lösungen anzubieten.

Ein weiterer kritischer Faktor: Diagnosen – egal ob psychiatrisch oder sozialpädagogisch – entwickeln ein eigenes Leben. Sie beginnen oft, die Realität zu bestimmen, anstatt sie nur zu beschreiben. Ich habe gerade mit einem jungen Menschen gearbeitet, dessen Fall dramatisch ist: Acht Jahre lang wurde eine Pflegefamilie unter der Hypothese „Geschwisterrivalität“ behandelt – ausgelöst durch die Tatsache, dass die Pflegemutter genau im Moment der Aufnahme des Pflegekindes schwanger wurde. Acht Jahre lang wurde diese Familie mit dieser Annahme konfrontiert, bis schließlich Unterlagen auftauchten, die belegten: Die Mutter hatte die gesamte Schwangerschaft über in einer Suchtklinik verbracht, mit immer wiederkehrenden Rückfällen. Aber die vorherige Hypothese wirkte doch so schlüssig... Diagnosen und Hypothesen haben eben ein Eigenleben. Sie verfestigen sich, in diesem Fall lange bevor die Wahrheit ans Licht kam.

Dazu kommt das bereits angesprochene Thema der Delegation und Nichtzuständigkeit: „Das ist ein psychiatrisches Problem, aber wir haben Schulpflicht, also muss sich die Soziale Arbeit darum kümmern.“ Oder: „Die Schule kann nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen.“ Es ist ein endloses Hin und Her, ein Spiel mit der „heißen Kartoffel“ oder wie in dem alten Kartenspiel „Schwarzer Peter“, bei dem niemand die Verantwortung übernehmen will.

Schließlich gibt es noch die inneren Systeme, die wir selbst mitbringen: Welche Bedürfnisse, Erfahrungen, Haltungen und Werte nehme ich als Sozialarbeiter mit in die Arbeit? Hier geht es nicht um den Klienten, sondern um mich selbst: Was projiziere ich eigentlich in diese Beziehung hinein? Und all das sind Systemebenen, die einen gravierenden Einfluss darauf haben, warum wir lernen oder nicht lernen.

Damit komme ich zu meiner letzten Hypothese und meiner Schlussfolgerung: Die Zukunft der Jugendhilfe liegt nicht in der Suche oder Schaffung von einzelnen Plätzen. Sie liegt in der Bildung lokaler Verantwortungsgemeinschaften.

Wir werden keinen Fortschritt erzielen, solange wir die alte Strategie fortführen: Ich telefoniere mir die Finger wund, bis jemand vergisst, aufzulegen und zufällig einen Platz frei hat. Ich erinnere mich noch gut an einen solchen Anruf: „Ich suche eine Mädchenwohngruppe, am besten in ländlicher Lage mit Tieren.“ Die Antwort lautete: „Sorry, der einzige freie Platz ist eine gemischtgeschlechtliche Gruppe mitten in der Stadt.“ Die Antwort war: „Ach, das klingt aber auch interessant.“ Dies ist kein fachliches Versagen: Derjenige, der den Platz angeboten hat, hat einfach nicht „Nein“ gesagt.

Damit komme ich zu einer Folie, die ich bereits 2017 – also vor neun Jahren – erstellt habe. Die Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter lud mich damals ein, zu skizzieren, wie die Jugendhilfe in zehn Jahren aussehen sollte. Heute, im Jahr 2026, ist die Frage dieselbe: Wie sollte sie in zehn Jahren aussehen? Spoiler: Wir haben noch einiges zu tun. Natürlich gilt erst einmal: Ohne eine solide ambulante und stationäre Grundversorgung ist alles andere zum Scheitern verurteilt. Wenn Sie nur Symptome behandeln, ohne das Problem an der Basis zu lösen, bringt das nichts. Zudem müssen wir dringend über Personalschlüssel und routinemäßige Teamarbeit in der sozialpädagogischen Familienhilfe sprechen. Ein gutes Beispiel lieferte meine Frau, die zeitweise ein ambulantes Team leitete. Sie etablierte ein Modell, bei dem wöchentlich zwei Fachkräfte als Tandem in einer Familie arbeiteten, und eine weitere Fachkraft eine Stunde Zeit bekam, um nicht in den Familien zu arbeiten, sondern als sogenanntes Reflecting-Team zu fungieren: Ein Mitarbeiter hörte der Fallbesprechung der anderen beiden zu und gab anschließend Feedback. Der größte Vorteil dieses Modells war die Kontinuität: Wenn jemand schwanger wurde, in den Urlaub ging oder kündigte, brach das System nicht zusammen. Es gab sanfte Übergänge und man fing nicht bei null an. Deshalb waren unter neun Fachleistungsstunden pro Woche nicht verhandelbar. Am Anfang waren drei von vier kooperierenden Jugendämtern sehr skeptisch. Ein Amt erkannte sofort den Wert. Weniger als ein halbes Jahr später hatte sich die Idee herumgesprochen und die Nachfrage war so groß, dass sie Anfragen kaum bedienen konnte – einfach, weil es Sinn macht, Strukturen nachhaltig aufzubauen. Ein klassisches Beispiel für die Folgen fehlender personeller Ressourcen in stationären Settings sind die Sonntagnach-

mittage: Die Kinder kehren aus dem Wochenende zurück, sind unter enormem Druck – nicht, weil das Wochenende schlecht war, sondern allein, weil der Systemwechsel anstrengend ist. Auch die Kinder, die nicht nach Hause durften, sind gestresst. Und genau in diesem kritischen Moment sitzt der Mitarbeiter am Sonntagabend meist alleine da, ohne Rückhalt im Team.

Ein Chefarzt, den ich gut kenne, sagte einmal lapidar: „Die Personaldecke eines Trägers kann ich an der Zahl der Notaufnahmen in meiner Akutstation ablesen.“ Ich weiß nicht, ob dies purer Sarkasmus ist, aber ich würde die Existenz eines solchen Zusammenhangs keineswegs grundsätzlich bestreiten. Wir brauchen dringend Konzepte, die unsere Basisangebote so unterstützen, dass sie langfristig tragfähig bleiben. Mein Lieblingsbeispiel sind Pflegefamilien: Wir lassen sie oft so lange an die Wand fahren, bis sie wirklich am Ende ihrer Kräfte sind und es zum Totalabbruch kommt. Statt frühzeitig zu prüfen: Was können wir eigentlich tun, um diese Familie zu stabilisieren?

Dazu kommt natürlich das Thema Kontinuität. Hier hat sich erfreulicherweise bereits etwas verbessert. Ich erinnere mich noch gut an ein Treffen im Jahr 2014 mit einem Amtsleiter eines großen Jugendamtes. Ich war der Ansicht, dass trotz der Inobhutnahme von drei Kindern in unserer Clearing-Gruppe die Familienhilfe noch ein halbes Jahr weitergeführt werden müsse. Damals war dies noch eine diskutierbare Frage, heute eher weniger. Oft denke ich, wenn ich auf Fortbildungen bin und Träger über die Jugendämter schimpfen – oder umgekehrt, wenn ein Jugendamt über die Träger lamentiert –, die 90er Jahre hätten angerufen und wollten ihr Problem zurück. Diese alten Gräben sind leider noch vorhanden. Dabei ist es nicht länger unsere

separate Baustelle. Wir könnten gemeinsam Lösungen finden, wenn wir uns wirklich darauf einlassen würden. Für speziellere Lösungen benötigen wir zwingend den Aspekt der Regionalität. Wenn ein Jugendamt in Husum einen Platz in Garmisch-Partenkirchen belegt, ist eine Kontrolle vor Ort schlicht unmöglich. Hier haben wir eine marktwirtschaftliche Lücke gelassen. Ein extremes Beispiel aus NRW verdeutlicht dies: Ein Jugendhilfeträger bot Auslandsmaßnahmen an. Sechs Plätze kosteten monatlich jeweils 5.500 Euro – für eine Auslandsmaßnahme ein relativ günstiger Preis. Als ein Jugendamt vor Ort war, stellte sich heraus: Es handelte sich um einen Bauernhof, der von einem Landwirt im Rentenalter betrieben wurde. Dieser betreute alle sechs Jugendlichen allein und erhielt dafür monatlich 700 Euro. Doch wir dürfen uns nicht wundern. Solange das Motto lautet: „Aus den Augen, aus dem Sinn – Hauptsache, ich habe einen Platz“, sind solche Preisstrukturen die logische Konsequenz. Wir dürfen uns dann auch nicht über exorbitante Tagessätze wundern. Mein Rekordhalter lag bei 6.500 Euro pro Tag. Da frage ich mich als ehemaliger Bereichsleiter: Was soll ich mit so viel Geld anfangen? Teilweise entsteht dabei eine „perverse“ Strategie: Man gründet einen Träger in Bundesland 1 und nimmt ausschließlich Kinder aus Bundesländern 2 bis 16 auf. Dies verhindert echte lokale Verantwortung. Natürliche Kooperationsbeziehungen, Wissenstransfer und nachhaltige Strukturen werden dadurch unmöglich gemacht.

Die Lösung liegt meiner Ansicht nach darin, dass dort, wo Probleme entstehen, auch die Lösungen erarbeitet werden müssen. Es gibt bereits vielversprechende Ansätze wie regionale Fallverbünde oder Koordinierungsstellen in Berlin, Hamburg und Dortmund oder die Fallkonferenzen in schwierigen Einzelfällen in Karlsruhe.

Dort, wo die Koordination gut funktioniert, entstehen Wege, wie man solche Herausforderungen bewältigen kann.

Für spezielle Fälle benötigen wir zudem eine fundierte Diagnostik. Ich bin ein großer Befürworter von Clearing-Prozessen. In manchen Situationen muss jemand hinschauen, der sich speziell auskennt. Doch hier stoßen wir wieder auf ein typisch deutsches Problem: Wir haben zwar ein Gesetz, das „insofern erfahrene Fachkräfte“ fordert. Doch was passiert? Wir machen daraus eine standardisierte Ausbildung. Die Leute verlassen die Universität mit einem Bachelor und haben parallel ein Zertifikat zur „insofern erfahrenen Fachkraft“ erworben und dürfen sich als solche bezeichnen. Das ist doch ein großes Fragezeichen. Das ist auch Selbstkritik: Unsere Hochschule verfährt genauso. Manchmal benötigen wir aber Menschen, die von außen auf Dinge schauen, die von innen nicht sichtbar sind, und fundierte Empfehlungen geben.

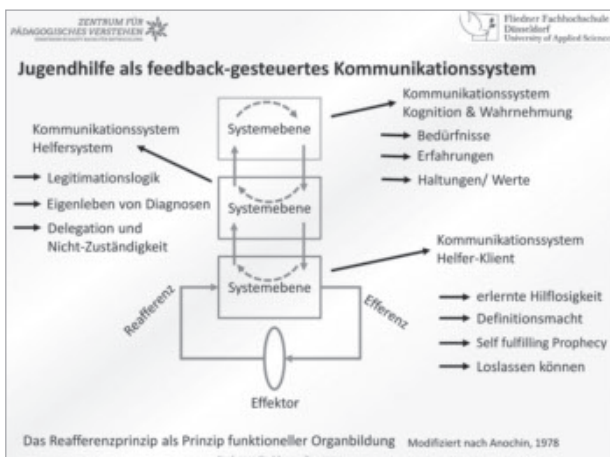
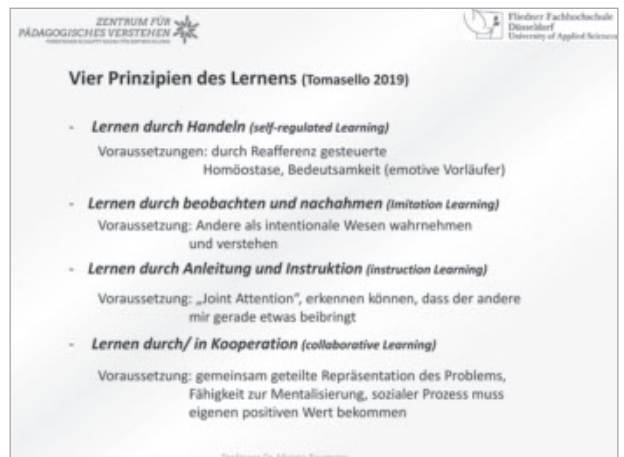
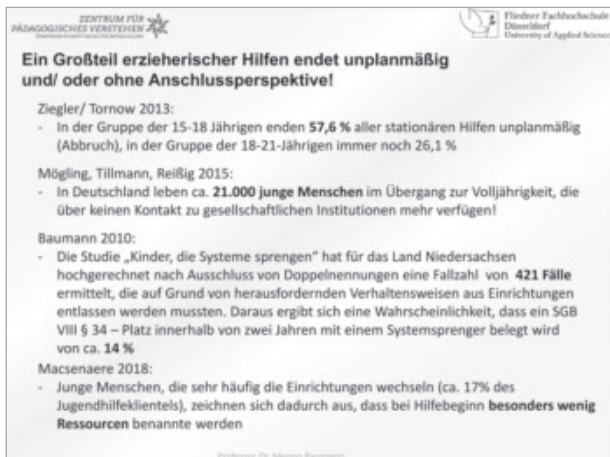
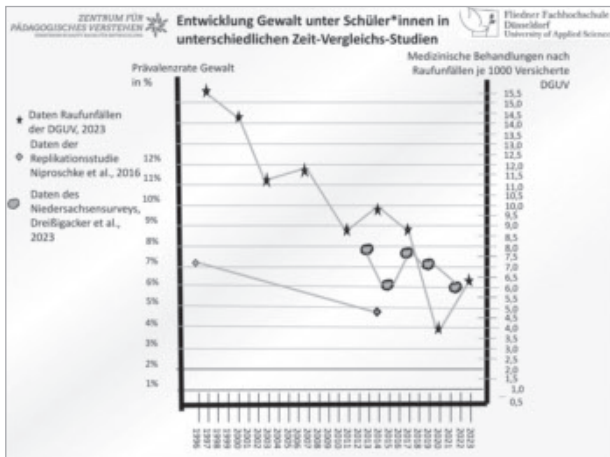
Es gibt jedoch Fälle, die unter 1 % aller Konstellationen ausmachen und besonders „tricky“ sind. Ein Beispiel ist die Kombination aus geistiger Behinderung und sexueller Übergriffigkeit. Oder ein junger Mensch, der nicht offen selbstverletzend, sondern heimlich suizidal ist. Für diese Fälle brauchen wir spezifische Rahmenbedingungen, Formen der Begleitung und ein klares Verantwortungsmanagement für alle Beteiligten, denn hier kann schnell auch etwas schiefgehen. Genau für diese Jugendlichen finden wir aktuell gar keine Plätze. Warum? Weil unsere Intensiv- und Spezialangebote mit Fällen vollgelaufen sind, die man eigentlich ambulant oder mit Standardmaßnahmen hätte lösen können.

Meine Hypothese lautet: Wir müssen uns dringend fragen, wie wir die

Verantwortung wieder selbst übernehmen, anstatt junge Menschen nur noch hin und herzuschieben. Dieser Prozess beginnt mit echter Regionalisierung: Wir müssen uns kennen, um gemeinsam Lösungen entwickeln zu können. Dazu gehört, die spezifischen Probleme unserer Region zu verstehen. Die Herausforderungen in Hamburg sehen anders aus als in Berchtesgaden oder in einem kleinen Dorf auf der Bayerischen Alb. Es sind nicht weniger oder mehr Probleme, sondern andere. Ich muss die lokalen Strukturen kennen und vor allem gemeinsam Konzepte entwickeln, die im Ernstfall tragfähig sind. Nur so vermeiden wir, dass wir uns im Notfall um 3,50 Euro Essensgeld, um Mieten oder Kleinigkeiten streiten müssen. Hier ein letztes Beispiel zum Abschluss: In einem Fall habe ich einen jungen Menschen mitbetreut, dem wir unter § 27 Abs. 2 SGB VIII eine BahnCard 100 kauften, damit er nicht ständig beim Schwarzfahren erwischt wurde. Diese einfache Investition brachte eine enorme Entspannung mit sich. Der junge Mensch war danach relativ unproblematisch betreubar – wenn auch immer noch ziemlich viel unterwegs. Das Ergebnis: Wir haben mindestens drei Personalstellen eingespart, die sonst damit beschäftigt gewesen wären, zu verhindern, dass er wegläuft.

Das ist mein zentraler Impuls: Wir müssen uns den Problemen vor Ort nähern. Das Zauberwort für tragfähige Lösungen lautet regionale Verantwortungsgemeinschaft. Die Vorstellung, wir könnten einfach Plätze aus einer virtuellen Schublade ziehen, wird zunehmend unrealistisch. Wir werden uns darauf einlassen müssen, gemeinsam vor Ort Lösungen zu gestalten.

Vielen Dank.



» Perspektive der öffentlichen Träger

Ein Gespräch mit Kerstin Kubisch-Piesk, Vorsitzende BAG ASD e.V.

Kerstin Kubisch-Piesk

Sophia Reichardt: Herzlichen Dank für Ihren spannenden Vortrag, Herr Professor Dr. Baumann. Wir haben bei der späteren Podiumsdiskussion die Gelegenheit, im gemeinsamen Austausch mit Ihnen und Herrn Orban einzelne Aspekte noch einmal zu vertiefen.

Nun möchte ich Ihnen unsere nächste Referentin vorstellen. Mit ihr gemeinsam wollen wir die Perspektive wechseln und uns der Seite der öffentlichen Träger widmen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Frau Kubisch-Piesk eine erfahrene Vertreterin der öffentlichen Jugendhilfe für unsere Veranstaltung gewinnen konnten. Frau Kubisch-Piesk bringt eine langjährige Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit sowie vielfältige Expertise aus ihrer Tätigkeit in Jugendämtern und der ehrenamtlichen Arbeit, insbesondere im Vorstand des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD), mit. Frau Kubisch-Piesk ist staatlich anerkannte Erzieherin, Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin und sie begann ihre Karriere als Kindergärtnerin, bevor sie später als Sozialarbeiterin in einem Berliner Jugendamt tätig wurde. Zudem war Frau Kubisch-Piesk als Netzwerk-Koordinatorin Frühe Hilfen/Familienhebamme im Einsatz. Ihre aktuelle und vorrangige Funktion, in der sie heute hier bei uns ist, ist die der Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft des Allgemeinen Sozialen Dienstes (BAG ASD e.V.). Darüber hinaus ist Frau Kubisch-Piesk als Dozentin an der Alice Salomon Hochschule Berlin tätig und war zuletzt Mitglied im Vorstand des Vereins Netzwerk-



Kerstin Kubisch-Piesk

(Foto: Meike Discher)

konferenzen – Forum zur Förderung von Conferencing-Verfahren e.V. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind, Frau Kubisch-Piesk. Wir haben uns im Vorfeld unserer Veranstaltung bereits ausgiebig unterhalten und ausgetauscht. Dieses Gespräch möchten wir nun hier gemeinsam mit Ihnen und Herrn Adam fortsetzen. Herzlich willkommen!

Frau Kubisch-Piesk, Sie stehen wie kaum eine andere für die Perspektive der öffentlichen Jugendhilfe: als Regionalleiterin in einem Berliner Jugendamt, als Vorsitzende der BAG ASD und als Stimme, die seit langem auf die Überlastung des Systems hinweist. Im Deutschlandfunk Kultur haben Sie

2024 sehr zugespitzt diagnostiziert: „Die Jugendhilfe kollabiert.“ Wir haben heute Morgen zwei sehr pointierte Impulse erhalten: Rainer Orban forderte einen radikalen Perspektiv- und Strukturwandel hin zu mehr Beziehung, mehr Systemlernen und mehr Haltung. Menno Baumann diagnostizierte hingegen, dass sich in der Kinder- und Jugendhilfe teilweise eine professionelle Delegation von Verantwortung etabliert hat – also, dass Verantwortung zwischen den Akteuren weitergegeben wird, statt gemeinsam getragen zu werden. Genau an dieser Schnittstelle kommt nun Ihre Perspektive ins Spiel: die der öffentlichen Träger, der ASDs und der Jugendämter – jener Orte, an denen diese

Widersprüche ganz praktisch aufeinandertreffen. Die Frage lautet daher: Sind Jugendämter in ihrer derzeitigen Struktur überhaupt noch handlungsfähig oder benötigen wir einen umfassenden Neubau? Und würden Sie den eben von mir zitierten Satz „Die Jugendhilfe kollabiert“ auch heute im Frühjahr 2026, zwei Jahre später, noch immer so unterschreiben? Ist die Lage noch ernster geworden? Würden Sie sogar von einem „strukturellen Kontrollverlust“ sprechen? Und falls ja: Woran machen Sie diesen fest? Was ist der sichtbarste Ausdruck dieser Krise? Und ist dies aus Ihrer Sicht noch ein reines Engpass-Problem oder längst ein fundamentales Systemversagen?

Kerstin Kubisch-Piesk: Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, die Perspektive der Allgemeinen Sozialen Dienste einzubringen. Und ja, gleich zu Beginn, ich würde den Satz „Die Jugendhilfe kollabiert“ heute noch einmal genauso wiederholen. Durch den aktuellen Referentenentwurf und die jüngsten politischen Papiere hat sich die Lage, wie Sie es heute Morgen bereits angesprochen haben, nochmal deutlich verschärft.

Der ASD spiegelt wider, was in der Gesellschaft passiert. Wir merken deutlich, dass wir so, wie wir in den letzten 100 Jahren in den Jugendämtern gearbeitet haben, einfach nicht mehr weiterarbeiten können. Wie die beiden Vorträge heute eindrücklich gezeigt haben, müssen wir uns fragen, ob unser System überhaupt noch flexibel genug ist, um angemessen auf die Bedarfe und die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen zu reagieren. Ich freue mich sehr über die Einladung, denn es wird immer wieder viel über den ASD geredet, aber zu wenig mit ihm. Wie Herr Orban in seinem Buch schrieb, muss der ASD selbstbewusster auftreten. Das ist ein zentrales Anliegen unserer Organisation. Auch wenn wir ein sehr

kleiner, rein ehrenamtlicher Verein sind, haben wir in den letzten Jahren deutlich auf die kritische Situation aufmerksam gemacht. Der ASD ist die zentrale Schaltstelle für die Umsetzung des SGB VIII. Und wir sagen nicht einfach „wir wollen mehr Geld“, sehen jedoch ein fundamentales Strukturproblem: In den meisten ASDs fehlt ein prozesshaftes Personalbemessungsmodell. Wenn ein Mitarbeiter 70 oder 80 Familien betreut, kann er nicht mehr so arbeiten, wie es im Studium vermittelt wurde. Ich habe regelmäßig junge Kolleginnen und Kollegen, die verzweifelt zu mir kommen und sagen: „Frau Kubisch-Piesk, ich kann so nicht mehr arbeiten.“ Gemeint ist: die Arbeit mit der Familie und den Eltern, die Durchführung von Hausbesuchen, die Einbindung von Netzwerken. Das Beispiel mit der 15-Jährigen, das Herr Baumann erwähnte, hätte ich vielleicht anders entschieden. Warum wurden sie und ihre Geschwister nicht gemeinsam untergebracht? Solche kreativen, individuellen Lösungen sind unter den aktuellen Bedingungen schlichtweg nicht mehr möglich.

Wir machen seit Jahren auf die herrschenden Missstände aufmerksam und versuchen, etwas in Bewegung zu bringen, doch es ist ein mühsamer Weg. Und ich möchte betonen: Es reicht nicht, nur nach „mehr Plätzen“ zu rufen. Wir müssen uns auch dringend fragen, warum es überhaupt so viele Inobhutnahmen gibt, das ist der Kern des Problems. Wir leben in einer Gesellschaft, die extrem auf Absicherung bedacht ist und dieser Trend macht auch vor dem ASD nicht halt. Hier muss man jedoch kritisch fragen: Warum sind die Zahlen der Inobhutnahmen in den letzten Jahren gestiegen, während die Zahl der Sorge-rechtsentzüge hingegen stagniert oder sogar gesunken ist? Dieser Widerspruch deutet auf einen klaren Zusammenhang hin, über den wir dringend diskutieren müssen.

Martin Adam: Hier möchte ich direkt anschließen und eine Frage zum Personal und den sichtbaren Folgen Ihrer eben beschriebenen Erfahrungen stellen: Wenn in einer Einrichtung Kinder über den Zeitraum von drei oder vier Jahren untergebracht sind, kann es durchaus vorkommen, dass dort immer wieder neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialen Dienstes erscheinen. Es entsteht also ein ständiger Wechsel – sei es durch reguläre Personalrotation oder durch eine extrem hohe Fluktuation. Wir wissen zudem, dass die vorhandenen Mitarbeitenden eine unermesslich hohe Fallzahl zu betreuen haben. Wie ist eine sinnvolle Arbeit unter diesen Bedingungen überhaupt noch möglich? Und ganz konkret: Was bleibt dabei auf der Strecke?

Kerstin Kubisch-Piesk: Was auf der Strecke bleibt, ist vor allem die Beziehungsarbeit. Das ist ein deutschlandweites Problem in den ASDs. Berlin ist hier eine Ausnahme, da es seit Jahren ein detailliertes Monitoring gibt. Es wird erfasst, wie viele Stellen es gibt und wie lange Mitarbeitende bleiben. Das Ergebnis ist erschütternd: Die durchschnittliche Verweildauer einer ASD-Sozialarbeiterin beträgt in Berlin nur zwei Jahre. Als ich vor über 30 Jahren in den ASD einstieg, sagte mir jemand: „Kerstin, nach zwei Jahren hast du alles drauf und kannst richtig arbeiten.“ Wenn man das heute betrachtet, bedeutet das: Es herrscht ein permanenter Wechsel und man kann keine tragfähigen Arbeitsbeziehungen aufbauen. Kinder und Jugendliche müssen ihre Geschichte immer wieder neu erzählen, Eltern müssen ihre Situation ständig wiederholen. Wie soll man unter diesen Bedingungen Familien und Kinder effektiv unterstützen? Das Problem ist ein Teufelskreis: Die Menschen gehen, weil sie nicht das umsetzen können, wofür sie sich bewusst entschieden haben. Sie fühlen sich ohnmächtig.

Es gibt jedoch auch positive Beispiele. Kleinere Jugendämter haben bereits Personalbemessungsmodelle eingeführt. Ich war letztes Jahr in Essen; das dortige Jugendamt erhielt durch ein solches Personalbemessungsmodell 60 zusätzliche Stellen. Das verändert die Arbeitsweise grundlegend. Ein Bereich, der besonders unter der hohen Fluktuation leidet und wo wir viel Potenzial verschenken, sind die sogenannten Clearing-Hilfen, besonders zu Beginn einer Zusammenarbeit mit einer Familie. Hier fehlen oft die nötige Zeit und Kontinuität, um wirklich wirksam zu sein. Man müsste eigentlich untersuchen, ob diese Maßnahmen unter den aktuellen Bedingungen überhaupt noch sinnvoll sind. Das könnte der ASD selbst evaluieren, doch das schaffen wir momentan nicht.

Was also auf der Strecke bleibt, sind die essenziellen Merkmale guter Sozialarbeit: Die Beziehungsarbeit; regelmäßige Hausbesuche; die gesetzlich geforderte Beteiligung der Familien, die wir umsetzen wollen, aber nicht können, und vor allem eine sorgfältige Gefährdungseinschätzung. All dies sind Elemente, die im Gesetz verankert sind und die wir gerne erfüllen würden, deren Umsetzung jedoch unter der aktuellen Arbeitsbelastung faktisch unmöglich wird.

Sophia Reichardt: Ab welchem Punkt wird Überlastung zu einem echten Risiko für den Kinderschutz?

Kerstin Kubisch-Piesk: Was ich immer wieder feststelle: Wenn wir es nicht schaffen, den Eltern zu vermitteln, warum wir da sind und welche Rolle wir spielen, dann scheitert alles. Ich sage immer: Die Eltern beteiligen uns an ihrem Leben, nicht wir sie. Wir sind nur für eine gewisse Zeit in der Geschichte einer Familie. Das Entscheidende ist: Die Eltern müssen verstehen, warum ihre Kinder nicht mehr bei ihnen leben können. Eine hohe

Prozentzahl der Eltern hat dieses Verständnis jedoch nicht. Das finde ich fatal, denn ohne dieses Verständnis können nicht zusammenarbeiten. Eine sorgfältige Risiko- und Gefährdungseinschätzung der Situation des Kindes ist daher unabdingbar. Doch in der Praxis mit Kolleginnen und Kollegen erlebt man oft, dass diese Unterscheidung schwierig ist: Vieles, was eigentlich nur ein Risiko darstellt, wird sofort als akute Gefährdung eingestuft. Meine Hypothese ist, dass genau dies der Grund dafür ist, dass Inobhutnahmen so schnell erfolgen – obwohl sie doch eigentlich das allerletzte Mittel sein sollten und mildere Maßnahmen müssten. Hier wird es gefährlich: Wir verlieren die Eltern als Partner, wenn sie die Gründe nicht verstehen. Und so wissen Eltern nicht, was sie konkret verändern müssen, damit ihre Kinder möglicherweise zurückkehren können. Ohne dieses Verständnis ist eine gemeinsame Arbeit unmöglich.

Martin Adam: Wenn wir die aktuelle Situation betrachten und den Eindruck gewinnen, eine sinnvolle Arbeit sei gar nicht mehr möglich, dann schließt das nahtlos an die Forderung von Rainer Orban an. Er fordert einen fundamentalen Bewusstseins- und Haltungswandel: weg von der reinen Fallbearbeitung hin zu echten menschlichen Beziehungen und der aktiven Suche nach Lösungen.

Kerstin Kubisch-Piesk: Ja, es gibt natürlich auch gute Ansätze. Es existieren kleine Leuchtturmprojekte, die flächendeckend etabliert werden müssten. Doch dazu müssen wir uns eine grundsätzliche Frage stellen: Sind die Jugendämter selbst in der Lage, Beteiligung zu leben? Wenn ein Gesetz einen Anspruch auf Beteiligung der Familien garantiert, dann brauchen wir Organisationen, die diese Beteiligung intern ebenfalls praktizieren. Betrachten wir jedoch die Strukturen, insbesondere

im ASD, so fällt auf: Sie sind sehr hierarchisch geprägt. Den Mitarbeitern fehlt es an Mitbestimmung und es wird stark von oben nach unten diktiert. Für mich ist dies ein Hauptpunkt der Veränderung: Wenn wir erwarten, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Familien beteiligen, müssen sie selbst das Prinzip der Beteiligung im eigenen Arbeitsalltag leben. Das ist möglich, wird aber oft nicht umgesetzt.

Ein positives Beispiel aus Berlin sind die Erfahrungen mit dem Familienrat, die wir seit 2010 sammeln, Herr Orban hatte das bereits erwähnt. Dies ist ein zukunftsweisendes Verfahren, das gezielt die Ressourcen im Netzwerk der Familie und in deren Lebenswelt mobilisiert. Es kombiniert diese mit professionellen Hilfen (z. B. aus der Heimerziehung) und erweist sich als äußerst wirksam. Ich möchte die Lage also nicht nur düster malen. Es gibt viele Ansatzpunkte. Das Problem ist jedoch die mangelnde Offenheit – sowohl in der Fachwelt als auch in der Politik. Vor zwei Jahren feierten wir beispielsweise das 100-jährige Jubiläum der Jugendämter. Dies wäre der ideale Zeitpunkt gewesen, um genau diese notwendigen Veränderungen zu thematisieren. Doch die Jugendämter erweisen sich oft als sehr unbeweglich und schwerfällig. Ein Detail: Zwar gab es in den letzten Jahren viele Stellenzuwächse, doch diese kamen fast ausschließlich Koordinationsstellen und der Verwaltung zugute, nicht der Basis. Viele Jugendämter sind dadurch aufgebläht. Ich bin überzeugt, dass hier auch Kosten gespart werden könnten, wenn man die Strukturen einmal grundlegend reformiert. Das ist aus meiner Sicht dringend notwendig.

Martin Adam: Ich kann Sie beruhigen: Das Phänomen ist nicht auf die öffentlichen Träger beschränkt. Auch viele freie Träger, die viel von Beteiligung sprechen, beteiligen ihre eigenen Mitarbeiter nicht. Diese Diskrepanz



Kerstin Kubisch-Piesk, Sophia Reichardt
(Foto: Meike Discher)

zwischen gelebter Außenwirkung und interner Hierarchie findet sich leider sehr häufig.

Sophia Reichardt: Menno Baumann hat gerade sinngemäß festgestellt, dass in der Kinder- und Jugendhilfe Verantwortlichkeiten zwischen den Akteuren weitergereicht werden, statt gemeinsam getragen zu werden. Trifft diese Beobachtung aus Ihrer Sicht den Kern des Problems? Wo erleben Sie tatsächlich ein echtes „Abschieben“ von Verantwortung? An welchen Stellen werden Zuständigkeiten eher verwaltet, als dass sie gemeinsam gelöst werden? Und wo müssen sich öffentliche Träger vielleicht sogar selbstkritisch fragen, ob sie Kooperation unnötig erschweren? Wir werden später auch auf die freien Träger eingehen. Doch zunächst möchte ich gerne Ihre Perspektive zu den öffentlichen Trägern hören.

Kerstin Kubisch-Piesk: Ja, aus meiner Sicht hat sich die Situation verschlechtert. Es gibt ein deutliches „Wegducken“. Der Fokus liegt immer noch zu stark auf der Frage: „Wer übernimmt die Verantwortung?“ Im ASD dreht sich der Streit oft um die Zuständigkeit. Wir erleben Fälle, bei denen zwischen Städten hin- und hergeschoben wird, bis geklärt ist,

wer zuständig ist – meist getrieben von Kostengesichtspunkten. Statt gemeinsam nach einer guten Lösung für das Kind oder die Familie zu suchen, wird die Zuständigkeit verwaltet. Zwar gibt es Städte mit hervorragenden Kooperationen zwischen Jugendämtern, Familiengerichten und Kliniken. Doch wir stellen zunehmend fest: Der ASD wird zur letzten Instanz, in die alle Probleme abgeschoben werden. Wir können nicht mehr sagen: „Wir leiten das weiter.“ Wir stehen oft vor unlösbar erscheinenden Problemen und müssen unter extrem schwierigen Bedingungen kreative Lösungen vor Ort finden.

Ein besonders drastisches Beispiel sind die Kliniken. Kürzlich hatten wir einen Fall aus Schleswig-Holstein: Eine Jugendliche wurde im Kindernotdienst von einem Sicherheitsdienst bewacht – ein Szenario, das Herr Baumann bereits beschrieben hat. Trotz mehrerer Konferenzen, in denen wir betonten „Es geht darum, gemeinsam zu schauen, wer was beitragen kann, damit es dem Mädchen besser geht und wir eine Lösung finden“ blieb die Zusammenarbeit stockend. Das Problem ist eine starke Versäulung: Jeder bleibt in seiner eigenen Rolle gefangen und das macht die gemeinsame Lösungsfindung extrem schwierig.

Sophia Reichardt: Und wie lösen Sie diese Fälle dann am Ende?

Kerstin Kubisch-Piesk: Die Lösung mit dem Sicherheitsdienst für das junge Mädchen ist jedenfalls keine echte Lösung. Oft muss man sich die fundamentale Frage stellen: Warum reagiert das Mädchen überhaupt so? Genau hier liegt die große Gefahr: Wenn wir im ASD nicht verstehen, was in der Familie vor sich geht, welche Psychodynamiken wirken – kurz gesagt, wenn das Fallverstehen fehlt –, dann sind wir zum Scheitern verurteilt. Fallverstehen setzt jedoch Zeit voraus, die uns oft fehlt. Ohne dieses tiefe Verständnis werden wir kaum tragfähige Lösungen finden. Unter dem enormen Druck wird daher oft zu schnell reagiert und es werden schnelle Lösungen gesucht. Doch langfristig betrachtet sind dies keine überzeugenden Lösungen.

Sophia Reichardt: Ich hatte erwähnt, dass wir nicht nur Sie, sondern auch uns selbst zur Selbstkritik einladen, wenn wir bewusst auf die Spannung zwischen öffentlichen und freien Trägern blicken. Welche Kritikpunkte, die von freien Trägern geäußert werden, sind aus Ihrer Sicht berechtigt? Liegt das Problem in einer zu starken Kostenorientierung? Ist die Steuerung zu kurzfristig angelegt? Stellen Sie eine zu geringe Verlässlichkeit in Entscheidungen fest? Oder sehen Sie zu viel Verwaltung und zu wenig partnerschaftliche Kooperation? Denken wir zu sehr in Schubladen? Kurz gesagt: Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Kritikpunkte an der Zusammenarbeit mit den freien Trägern?

Kerstin Kubisch-Piesk: Die erste und häufigste Kritik, die wir hören, lautet: Wir seien schwer erreichbar. Das ist ein Dauerbrenner, der die Kooperation erheblich erschwert und natürlich setzen wir uns intensiv damit auseinander. Was wir jedoch feststellen – und es gibt hier auch gute Beispiele,

insbesondere in Berlin – ist, dass Zusammenarbeit zwingend auf Augenhöhe stattfinden muss. Auch wenn dieser Begriff abgedroschen klingt, meine ich es absolut ernst. Wir müssen unsere machtvollen Position, die wir als ASD sowohl den Familien als auch den Trägern gegenüber innehaben, ständig reflektieren. Der Schlüssel liegt im Dialog. Wir müssen es schaffen, gemeinsam – und hier stimme ich Herrn Baumann zu – regionale, tragfähige Konzepte zu entwickeln.

Ein gelungenes Beispiel ist das Konzept der „Horner Kinder“ in Hamburg. In diesem Hamburger Stadtteil haben sich die Akteure auf die Fahne geschrieben, dass Kinder, die nicht mehr in ihrer Familie leben können, im Stadtteil bleiben sollen. Dieser Weg wäre zukunftsweisend: Dass öffentliche und freie Träger gemeinsam solche Konzepte entwickeln. Das war weniger eine Kritik, sondern vielmehr die Vision, wie es gelingen kann.

Martin Adam: Und was wäre Ihre Kritik bzw. welche Wünsche und Forderungen richten Sie an uns freie Träger? Geht es um mehr Verbindlichkeit, mehr Offenheit oder um eine größere Übernahme von Verantwortung?

Kerstin Kubisch-Piesk: Was ich mir besonders wünsche – und das wurde vorhin bereits angedeutet – ist das Verständnis für die Menschen, die im ASD arbeiten. Die Mehrheit hat sich bewusst für diesen Beruf entschieden. Sie wollen gemeinsam mit Familien, Kindern und Jugendlichen arbeiten, auch wenn es manchmal schwierig ist. Es braucht ein gegenseitiges Verständnis dafür, dass es gute Gründe gibt, wenn Dinge nicht reibungslos laufen, wie Herr Orban es sagte. Meine konkrete Forderung an die freien Träger lautet: Wenn etwas nicht läuft, teilen Sie uns das bitte mit! Wir brauchen eine Offenheit im Umgang mit

Problemen. Oft merken wir im Verlauf eines Falles, dass etwas nicht stimmt, aber es bleibt ein Rest an Unsicherheit. Was passiert dann oft? Der ASD-Mitarbeiter belegt den Träger einfach nicht mehr. Ich überspanne das zwar, aber das ist eine reale Gefahr. Stattdessen müssen Strukturen geschaffen werden, die einen offenen Austausch ermöglichen. Ein gutes Beispiel hierfür ist in Berlin die Arbeitsgemeinschaft „Familienrat“. Dort besprechen wir Fallverläufe gemeinsam und tauschen uns aus. Ich merke: Das macht einen enormen Unterschied. Solche Austauschstrukturen gibt es bereits bundesweit, doch ich glaube, dass genau dies der Weg in die Zukunft ist.

Einen weiteren wichtigen Punkt möchte ich noch ansprechen: Es gibt leider Träger, die uns junge Menschen aus unterschiedlichen Gründen buchstäblich „vor die Tür stellen“. Hier wünsche ich mir einen intensiven Dialog. Oft höre ich als Begründung: „Wir müssen die Kinder schützen“ oder „Wir müssen unsere Mitarbeiter schützen“. Es gilt jedoch, gemeinsam zu prüfen, ob diese Schritte wirklich alternativlos sind. Denn genau so entstehen Kettenreaktionen, bei denen Kinder und Jugendliche von einer Einrichtung in die nächste „gewechselt werden“, ohne dass sich die Situation grundlegend verbessert. Ganz wichtig ist zudem die Frage: Wie können Eltern Eltern bleiben? Mir ist bewusst, dass es Fälle gibt, in denen von Anfang an klar ist, dass eine Rückkehr der Kinder in die Herkunftsfamilie nicht möglich ist. Dennoch haben die Kinder ein Recht auf ihre Herkunftsfamilie. Hier wünsche ich mir mehr Offenheit – besonders angesichts vieler Ängste, die ich aus der Erfahrung mit Pflegefamilien kenne. Auch wenn Eltern das Sorgerecht nicht mehr haben, müssen Wege gefunden werden, wie sie ein Teil des Lebens ihrer Kinder bleiben können. Das halte ich für ein sehr wichtiges Anliegen.

Martin Adam: Beim Thema „Vor-die-Tür-Setzen“ möchte ich gerne noch einmal nachhaken. Oft handelt es sich hierbei um ein Kommunikationsproblem, bei dem die Problematik nicht rechtzeitig angesprochen wird. Ich erlebe dies auf beiden Seiten: Zum einen gibt es Einrichtungen, die einfach eine Entscheidung treffen und mitteilen: „Ab jetzt ist Schluss, das Kind/Jugendliche muss gehen. Punkt.“ Zum anderen erlebe ich das Gegenteil: Einrichtungen kommunizieren mehrfach und deutlich, dass es nicht mehr funktioniert, dass die Situation schwierig wird und dass endlich gehandelt werden muss. Trotz dieser klaren Signale entsteht der Eindruck, dass erst dann reagiert wird, wenn die Situation eskaliert ist und es faktisch „zu spät“ ist. Wann genau wird hier gehandelt?

Kerstin Kubisch-Piesk: Hier ist die Frage, welche Strukturen eigentlich existieren. Oft wissen die Träger gar nicht, was in den Jugendämtern in der Zwischenzeit passiert. Wir erleben häufig Situationen, in denen Kollegen tagelang am Telefon sitzen und Einrichtungen abtelefonieren, um einen Platz zu finden. So kann das nicht weitergehen. Es geht sogar so weit, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes im Rathaus mit den jungen Menschen übernachten müssen. Eine Kollegin hat dies einmal treffend auf den Punkt gebracht: „Kein Arzt würde seinen Patienten mit nach Hause nehmen.“ Doch genau das sind die Situationen, in die wir geraten. Und das ist für mich ein eindeutiges Zeichen dafür, warum ich sage: Die Jugendhilfe kollabiert. Das muss dringend besser werden. Es ist absolut notwendig, dass wir hier endlich stabile Strukturen schaffen.

Sophia Reichardt: Frau Kubisch-Piesk, Sie engagieren sich nicht nur in der Praxis, sondern vor allem auch in der Bundesarbeitsgemeinschaft BAG ASD,

wo Sie immer wieder auf die dringende Notwendigkeit von Kooperation hinweisen. Sie treiben diese Debatte aktiv voran, insbesondere die Prozesse seit dem Nationalen Kinderschutzgipfel, an dem Sie maßgeblich beteiligt waren. Zusammen mit der BAG ASD haben Sie zudem die sogenannten Expert*innenräte gegründet, in denen Sie den strukturellen Notstand – Fachkräftemangel, überhöhte Fallzahlen, fehlende Schutzplätze und massive Überlastung – sehr klar benannt haben. Daraus ergeben sich meine nächsten Fragen: Ist das Problem heute noch ein Mangel an Erkenntnis oder liegt es eher am fehlenden politischen Willen zur Umsetzung? Was ist seit dem Kinderschutzgipfel und der Arbeit der Expert*innenräte ganz konkret in Bewegung gekommen? Wo sehen Sie eher Symbolpolitik statt echter struktureller Veränderung? Und welche Maßnahmen aus dem Aktionsplan des Kinderschutzgipfels müssten aus Ihrer Sicht sofort höchste Priorität erhalten?

Kerstin Kubisch-Piesk: Ich bin von Hause aus optimistisch und glaube fest daran, dass wir bereits etwas bewegt haben. Andernfalls müsste ich vielleicht auch meinen Job beenden. Der erste Nationale Kinderschutzgipfel fand 2024 in Zusammenarbeit mit SOS-Kinderdorf statt, da die Bundesregierung – damals Ministerin Paus und Bundeskanzler Scholz – auf unseren Aufruf zunächst nicht reagiert hatten. Dieser Gipfel war ein großer Erfolg und hat konkret dazu geführt, dass von uns Forderungen aufgestellt wurden, aus denen dann der erste und zweite Expert*innenrat hervorgingen. Aktuell spüren wir zudem ein deutliches Interesse der Politik an den Ergebnissen. Die Abgeordneten sind involviert; erst letzte Woche diskutierten wir in einer Runde mit ihnen darüber, wie die Praxis den aktuellen Referentenentwurf bewertet. Das Familienministerium kennt unseren Aktionsplan und wir

haben zudem beschlossen, im Herbst den dritten Expert*innenrat durchzuführen, um am Aktionsplan weiterzuarbeiten.

Es gibt Punkte, die aus unserer Sicht sofort umgesetzt werden müssen. Wenn wir die Kinder- und Jugendhilfe neu gestalten wollen, dürfen wir nicht länger warten. Diese Transformation dauert Jahre und wir müssen auch die junge Generation, die gerade in den ASDs startet, mitnehmen.

Drei zentrale Forderungen sind dabei unverändert:

- Ein **konsequentes Monitoring**, wie wir es immer gefordert haben.
- Die **prozesshafte Personalbemessung gemäß § 79 SGB VIII**. Dies ist der Schlüssel, denn damit würde sich bereits viel verbessern.
- Die **Umsetzung bewährter Modelle**. Berlin ist beispielsweise dabei, flächendeckend den Familienrat einzuführen. Auch andere Verfahren zeigen Erfolge: In meinem Berliner Jugendamt nutzen wir die Fachteamberatung, bei der das „Reflecting Team“ das Herzstück bildet.

Das sind alles Ideen, die sofort umsetzbar sind und eine direkte Antwort auf die hohen Ausgaben sowie den notwendigen Systemwechsel darstellen.

Martin Adam: Sie haben darauf hingewiesen, dass gesetzliche Veränderungen Zeit brauchen und dass es essenziell ist, genügend Zeit für die Umsetzung einzuplanen. Die Realität in den Jugendämtern und Einrichtungen zeigt jedoch ein anderes Bild: Wir rutschen in den letzten Jahren immer wieder in Konzepte und Gesetze hinein, die zwar theoretisch toll klingen, in der Praxis jedoch gar nicht mehr umgesetzt werden – oder schlichtweg nicht umsetzbar sind.

Kerstin Kubisch-Piesk: Natürlich haben wir ein massives Umsetzungsproblem. Die entscheidende Frage lautet nun: Wer stößt den notwendigen Veränderungsprozess an? Mein Eindruck ist, dass hier vor allem die Politik und das Familienministerium gefordert sind, sie müssen sich klar zu diesem Wandel bekennen. Wenn man die aktuellen Papiere liest, fällt es mir jedoch ehrlich gesagt schwer, dies zu glauben. Doch genau das muss unsere Antwort darauf sein.

Ein weiterer wichtiger Impuls vom Kinderschutzgipfel – den Kinderschutzgipfel kann man übrigens auf YouTube nachträglich ansehen – kam von Klaus Hurrelmann. Er hat dort – in Übereinstimmung mit Rainer Orbans Thesen – die fundamentale Frage gestellt, ob die Jugendämter, so wie sie heute aufgestellt sind, überhaupt noch zeitgemäß sind und ob das System überhaupt noch „Jugendamt“ heißen darf. Sein Vorschlag war beispielsweise die Umbenennung in „Agenturen“. Ich denke, das Familienministerium könnte mit dem „Nationalen Plan“ einen Prozess anstoßen, der Kinder und Jugendliche aktiv einbindet: „Hey, habt ihr eine Idee, wie wir uns nennen sollten?“ Man könnte bereits jetzt viel bewegen. Wir werden nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen. Denn alles andere, was aktuell in den Papieren bzw. konkret im aktuellen Referentenentwurf steht, wird unweigerlich zu Mehrkosten führen. Das muss man ganz klar so benennen.

Sophia Reichardt: Und auch zu mehr Arbeit für Sie, richtig?

Kerstin Kubisch-Piesk: Ja, auf alle Fälle.

Sophia Reichardt: Das ist ein Aspekt, der uns direkt in die große Runde führt. Herr Baumann und Herr Orban, kommen Sie gerne zu uns auf die Bühne, damit wir die Diskussion gemeinsam fortsetzen können.

» Podiumsdiskussion: „Was junge Menschen brauchen und was Systeme dafür ändern müssen“

**Martin Adam, Prof. Dr. Menno Baumann, Kerstin Kubisch-Piesk,
Rainer Orban, Sophia Reichardt**

Sophia Reichardt: Frau Kubisch-Piesk, Herr Prof. Dr. Baumann, Herr Orban, Sie alle blicken auf eine langjährige Tätigkeit in der Jugendhilfe und vor allem Kenntnis der Praxis der Jugendhilfe zurück und können insofern richtig gut einschätzen, was gut oder schlecht für junge Menschen ist, was diese brauchen, um im eigenen Leben klarzukommen, aber auch, was diese eben gerade nicht brauchen. Und da sind wir schon mitten im Thema. Es wurde heute schon mehrfach angesprochen: der lange erwartete Referentenentwurf zum SGB VIII ist vor wenigen Wochen ins Haus geflattert und hat uns alle mit der Frage

konfrontiert, die wir heute ins Zentrum dieser Veranstaltung gestellt haben. Auch wenn wir es ein wenig anders formuliert haben und unser Ansatz bei der Planung dieses PODIUMS ein positiverer bzw. optimistischerer war, stellt uns das BMBFSFJ unter dem Titel „Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe“ vor eine ähnliche Frage: Wie geht es weiter in der Kinder- und Jugendhilfe? Bitte sagen Sie uns doch mal in zwei, drei knappen Sätzen, was Ihr erster Eindruck von diesem lange erwarteten Entwurf war. Enthält der Entwurf aus Ihrer Sicht Antworten auf unsere Fragen und die Herausforderungen,

vor der die Jugendhilfe aktuell steht? Frau Kubisch-Piesk hat den Standpunkt der öffentlichen Träger soeben bereits erläutert. Herr Orban und Herr Baumann, vielleicht in zwei Sätzen: Was ist Ihr erster Eindruck dieses lange erwarteten Entwurfs? Enthält er vor dem Hintergrund unserer Fragestellung und der aktuellen Herausforderungen tatsächlich Antworten? Oder fehlt hier etwas ganz Wesentliches?

Rainer Orban: Das ist eine sehr große Frage für zwei Sätze. Viele von Ihnen haben dazu bereits viel geschrieben und gesagt. Meine Einschätzung: Der Entwurf enthält einige gute Ideen. Ich



Martin Adam, Menno Baumann, Rainer Orban, Kerstin Kubisch-Piesk, Sophia Reichardt

(Foto: Meike Discher)

glaube beispielsweise nicht, dass es sinnvoll ist, vier Einzelfallhelfer in einer Schulklasse zu platzieren; das ließe sich wahrscheinlich anders lösen. Gleichzeitig stellt sich mir die Frage: Warum spricht niemand über das System Schule? Warum muss die Jugendhilfe Probleme lösen, die im schulischen Bereich entstehen oder dort sichtbar werden? Beim Thema Inklusion habe ich eher den Eindruck, dass zwar eine formale Zusammenführung angestrebt wird, gleichzeitig aber zwei sehr unterschiedliche Systeme innerhalb eines Systems weiterbestehen. Das ist aus meiner Sicht kein großer Wurf und hier wäre mehr Tiefe nötig gewesen.

Sophia Reichardt: Vielen Dank, Herr Orban. Herr Baumann, ich übergebe direkt weiter an Sie.

Menno Baumann: Ich muss gestehen, dass ich bei allem, was im Vorfeld diskutiert wurde, keine besonders großen Erwartungen an den Entwurf hatte. Ich habe nicht damit gerechnet, ein Papier zu lesen, das mich begeistern würde. Insofern habe ich eine relativ neutrale Haltung bewahrt.

Man hat in der Wissenschaftsszene einen gewissen Einblick in die Entstehungsgeschichte: Man weiß, welche Folgen der Regierungswechsel zwangsläufig hat, wenn eine Regierung Konzepte entwickelt und die nächste sie umsetzen soll. Interessanterweise geschah dies zwar unter gleicher parteilicher Besetzung des zuständigen Ministeriums, jedoch mit anderen Koalitionspartnern und einer völlig anderen Stimmung. Die einen streiten sich um sieben Milliarden Euro, während die anderen hundert brauchen. Es ist ein unfassbar komplexes Paket. Meiner Einschätzung nach wurde versucht, die bestehende Struktur an ein paar Stellen lediglich „auszupflastern“, die grundlegenden Baustellen jedoch wurden nicht

angegangen. Wir reden beispielsweise von Inklusion, aber das Thema der seelischen Behinderung ist immer noch mit einem eigenen Feststellungsverfahren verknüpft. Dieses Verfahren setzt eine Kooperation voraus, die die Kinder- und Jugendpsychiatrie jederzeit verweigern kann. Es gibt unzählige solcher Kerngeschichten, die wir nicht angefasst haben. Von daher muss ich sagen: Ich bin sehr neutral in die Veröffentlichung des Gesetzes gegangen und wurde nicht enttäuscht. Denn meine Erwartung war ohnehin nicht, dass hier eine Revolution stattfindet.

Kerstin Kubisch-Piesk: Das war wahrscheinlich ein schlaues Vorgehen. Wir als BAG ASD sehen jedoch, dass der Referentenentwurf die gesetzliche Grundlage für Praktiken schafft, die in der Realität bereits längst stattfinden. Man muss es offen sagen: In vielen Kommunen wird bereits massiv gespart. Wir müssen extrem viel begründen, um überhaupt eine Hilfe für eine Familie oder einen jungen Menschen beantragen zu können. Besonders katastrophal ist die Situation bei den über 18-Jährigen. Es gibt bereits interne Arbeitspapiere, die vorsehen, Hilfen strikt mit Vollendung des 21. Lebensjahres zu beenden. Wenn dieser „Vorrang“ nun gesetzlich verankert wird, heißt das für uns: Es wird nahezu unmöglich, Hilfeleistungen für diese Zielgruppe zu gewähren. Das müssen wir ganz klar benennen. Wir haben dies auch in unserer offiziellen Stellungnahme deutlich gemacht: Das darf so nicht umgesetzt werden. Man kann sich die Konsequenzen leicht vorstellen: Wenn diese Hürden gesetzlich fixiert werden, stehen viele junge Menschen ohne jegliche Unterstützung da. Das ist ein Punkt, den wir unbedingt verhindern müssen.

Martin Adam: Wir erleben derzeit einen deutlichen Paradigmenwechsel. Bisher war es in Berlin so: Gesetze

wurden mit hoher fachlicher Einschätzung verabschiedet und mussten dann auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Die Kommunen hatten sich zwar mit den Themen der Bezahlbarkeit, Finanzen und dem daraus resultierenden Ärger auseinanderzusetzen, aber in Berlin schien der Fokus immer nur auf der Theorie zu liegen – auf tollen Gesetzen und der Aufrechterhaltung hoher Qualitätsstandards. Heute erlebe ich das jedoch anders. Ausgehend sowohl von unserer Ministerin als auch vom aktuellen Gesetzesentwurf und die um diesen herum zirkulierenden Papiere spüre ich eine deutlich andere Richtung. Sehen Sie diesen Wandel auch?

Kerstin Kubisch-Piesk: Ja, ich sehe das genauso. Wir kommen viel herum und sind auch in den Netzwerken in Österreich und der Schweiz aktiv. Dort klicken die Länder traditionell mit großer Neugier auf unser Kinder- und Jugendhilfegesetz. Jetzt stellt sich die Frage: Verschiebt sich der Fokus gerade weg von der Stärkung junger Menschen? Das finde ich ausgesprochen rückschrittlich und ich kann nur hoffen, dass sich öffentliche und freie Träger jetzt zusammenschließen und stark machen. Wir dürfen uns nicht spalten lassen, sondern müssen vielmehr zusammenstehen und uns lautstark äußern, damit der Entwurf in der vorliegenden Form nicht umgesetzt wird.

Herr Orban, Sie haben unseren Aufruf in Ihrem ersten Buch kritisiert. Ich habe das sehr ernst genommen. Wir haben zwar mehr Geld gefordert – und das Geld ist tatsächlich vorhanden –, aber die entscheidende Frage lautet: Wie wird es verteilt? Welchen Stellenwert haben Familien, Kinder und Jugendliche in dieser Bundesrepublik Deutschland? Ich kann den Satz „Die Kinder sind unsere Zukunft“ nicht mehr hören, wenn er von Politikern verwendet wird. Bei diesem Gesetzesentwurf

merkt man davon absolut nichts. Das ist ein absoluter Schlag ins Gesicht.

Sophia Reichardt: Ja, auch aus unserer Perspektive muss ich das nochmals bekräftigen: Beim Thema Inklusion hatten wir lange auf einen vernünftigen Ansatz gehofft. Der ist leider nicht gekommen. Stattdessen erleben wir einen großen Rückschritt: Die getrennten Anspruchsgrundlagen bleiben bestehen; die inklusive Zusammenführung, die wir uns ursprünglich erhofft hatten, ist ausgeblieben. Das ist eine erste große Enttäuschung.

Die zweite Enttäuschung betrifft die individuellen Rechtsansprüche, die unter der neuen Vorrangregelung zurücktreten müssen. Hier haben Sie, Frau Kubisch-Piesk, ganz richtige Punkte benannt. Wie ich heute Morgen bereits in der Einführung sagte: Hinsichtlich der sozialen Orientierung und der regionalen Verantwortung sehen wir definitiv Ansatzpunkte, die verbessert und bereits jetzt stärker ausgebaut werden können. Nichtsdestotrotz ist diese Vorrangregelung – wenn sie so umgesetzt wird, wie aktuell im Entwurf vorgesehen – aus unserer Sicht eine klare Verschlechterung der Situation für junge Menschen und deren Familien.

Ich würde an dieser Stelle gerne die Runde in Richtung des Publikums öffnen: Gibt es Fragen zu den Vorträgen oder zu den aktuellen Themen?

Publikumsfrage: Wie sind die Zuständigkeiten für Verträge und Konzeptionen in den einzelnen Bundesländern geregelt? Liegt das beim Landesjugendamt, beim Bezirksamt oder beim örtlichen öffentlichen Träger?

Kerstin Kubisch-Piesk: Das variiert leider stark von Bundesland zu Bundesland. In manchen Regionen erstellen die Verträge und Konzeptionen die einzelnen Jugendämter in den

Bezirken selbst. In Berlin hingegen liegt diese Aufgabe bei den Landesjugendämtern, nicht bei jedem Bezirksamt separat. Meine Empfehlung lautet daher: Sorgen Sie für Strukturen, in denen Sie sich regelmäßig treffen und austauschen können. Wenn diese fehlen, müssen Sie diese aktiv schaffen bzw. einfordern. Ich weiß nicht, in welchem genauen Kontext Sie in Baden-Württemberg arbeiten, aber meine Haltung teilt ein großer Teil der BAG ASD. Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht, weil wir genau diesen Ansatz verfolgen: Wir sind nah an den Familien, den Kindern und Jugendlichen dran. Wenn wir im ASD Bedarfe feststellen, müssen wir im Dialog bleiben.

Ein konkretes Beispiel aus meiner Berliner Region – ein Modell, das weit über Berlin hinaus bekannt ist – zeigt den Erfolg dieser Zusammenarbeit: Wir haben es geschafft, ein berlinweites Netz an Einrichtungen zu etablieren, in denen Bezugspersonen (nicht unbedingt die sorgeberechtigten Eltern) mit ihren Kindern untergebracht werden können. Dies funktioniert sowohl für kurze Krisenzeiten als auch langfristig über ein bis zwei Jahre. Diese Projekte sind äußerst wirksam. Warum? Weil wir als ASD vieles nicht mehr tun müssen: Wir müssen in Krisen nicht sofort Eltern und Kinder trennen, wir müssen Geschwister nicht mehr trennen. All diese Lösungen haben wir nur gemeinsam mit den Trägern entwickeln können. Allein wären wir damit gescheitert. Ich möchte Ihnen daher Mut machen: Schauen Sie in Ihren jeweiligen Strukturen nach Möglichkeiten, wie Sie einen guten Austausch und einen echten Dialog fördern können. Aber beachten Sie: Es braucht feste Strukturen, um diesen Austausch überhaupt zu ermöglichen.

Publikumsfrage: Wenn der Referentenentwurf tatsächlich in der

vorliegenden Form umgesetzt wird – oder besser gesagt, wenn es uns nicht gelingt, zu verhindern, dass infrastrukturelle Angebote priorisiert geprüft werden müssen –, dann landen womöglich noch viel mehr Aufgaben und Anforderungen bei den Fachkräften im ASD. Gleichzeitig beobachte ich wie im gesamten Bundesgebiet tausende Einrichtungen und Jugendämter bereits an der Implementierung von Künstlicher Intelligenz arbeiten. Wie hoch schätzen Sie die Gefahr ein, dass zukünftig nicht mehr Fachkräfte, sondern eine KI entscheidet, ob ein Fall in ein infrastrukturelles Angebot gelenkt wird oder als individueller Einzelfall bearbeitet werden muss? Sehen Sie das Risiko, dass solche algorithmischen Entscheidungen die menschliche Urteilsfähigkeit in der Jugendhilfe ersetzen?

Kerstin Kubisch-Piesk: Das kann ich nicht abschließend beantworten, aber die Situation ist differenziert zu betrachten. Ich weiß, dass es Jugendämter gibt, die bereits sehr weit fortgeschritten sind und gute Erfahrungen mit KI machen – Kiel ist hier ein gutes Beispiel. Die Diskussion darüber verdient eigentlich sogar einen eigenen Fachtag: „KI in der Kinder- und Jugendhilfe“ (Anmerkung der Redaktion: Das PODIUM 2025 wurde zu diesem Thema ausgerichtet und eine Dokumentation der Veranstaltung finden Sie im „Blickpunkt Jugendhilfe 3+4/2026“). Der sinnvolle Einsatzbereich liegt meiner Ansicht nach eindeutig in der Entlastung der ASD-Mitarbeiter. Wir mussten in den vergangenen Jahren immer mehr Formulare ausfüllen, Statistiken erstellen und administrative Aufgaben bewältigen. Hier kann KI einen enormen Mehrwert bieten und Zeit für die eigentliche Arbeit freisetzen. Aber: Ich würde die Nutzung von KI sehr stark infrage stellen, sobald es darum geht, inhaltlich-fachliche Entscheidungen zu automatisieren. Ob

ein Fall in ein infrastrukturelles Angebot mündet oder als individueller Einzelfall bearbeitet werden muss – das sind komplexe, menschliche Urteile. Diese kann und darf man einer KI nicht überlassen und die Fachkraft muss das letzte Wort behalten.

Und ich möchte noch einmal auf das Thema der jungen Kolleginnen und Kollegen eingehen, das ich vorhin versehentlich vergessen habe. Es ist wichtig, hier wachzurütteln: Die Budgets für Supervision und Fortbildung wurden in den ASDs in den letzten Jahren massiv gekürzt. Ich bin eine entschiedene Verfechterin von wöchentlichen Supervisionen und würde dies gerne in meinem Jugendamt einführen. Doch die Realität sieht leider ganz anders aus. Es ist paradox: Gerade im ASD, wo wir mit so komplexen Fallkonstellationen konfrontiert sind, werden diese essenziellen Unterstützungsangebote gestrichen. Das ist ein offenkundiger Widerspruch in sich. Genau hier liegt eine unserer dringlichsten Forderungen: Diese Maßnahmen müssen sofort umgesetzt werden. Dazu gehören auch Fortbildungen. Zahlreiche Studien, an denen junge Menschen selbst beteiligt waren, haben eindeutig gezeigt, was sie sich von ASD-Mitarbeitern wünschen. Das Problem ist nicht ein Mangel an Erkenntnissen. Wir wissen genau, was gebraucht wird. Das Problem ist die Umsetzung. Wir machen immer wieder darauf aufmerksam, dass Gelder für Fort- und Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden müssen. Dies ist auch ein Hauptgrund, warum qualifizierte Kollegen den ASD verlassen. Viele kommen von freien Trägern, wo es selbstverständlich ist, alle zwei Wochen Supervision zu haben. Im öffentlichen Dienst dagegen findet diese vielleicht zweimal im Jahr statt – oder gar nicht. Das ist ein enormer Verlust an Motivation und Bindung.

Rainer Orban: Hier würde ich gerne ergänzen. Unser Institut bietet regelmäßig Fort- und Weiterbildungen in den Jugendämtern an. Als Vorstand habe ich mehrfach Fachtage organisiert – Herr Baumann war dabei. Die Bilanz ist erschütternd: Bei 350 Teilnehmern über sechs Fachtage hinweg war kein einziger Mitarbeiter aus einem ASD vertreten. Über alle Veranstaltungen hinweg kamen insgesamt nur fünf Teilnehmerinnen aus den ASDs. Wir bieten viele Grundkurse in den Jugendämtern an, doch es bedarf hier eines tiefgreifenden Kulturwandels. Die Verwaltungslogik mag anders sein, aber die Menschen, die die pädagogische Arbeit verantworten und später leisten sollen, brauchen dringend Fortbildungen. Zwar nehmen viele an den Grundkursen teil, aber kaum jemand meldet sich für eine zweijährige Weiterbildung an. Der Grund ist einfach: Sie werden weder von ihrer Arbeit freigestellt, noch übernimmt das Amt die Kosten. Das ist bei freien Trägern hingegen Standard. Freie Träger wissen genau, dass sie ihre Mitarbeiter nur so halten und binden können. Dadurch bleiben sie im Durchschnitt zwei Jahre länger im Dienst. Der öffentliche Sektor hat es bis heute nicht verstanden, dass diese Investitionen in Weiterbildung in der aktuellen Lage absolut notwendig sind, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Kerstin Kubisch-Piesk: Ich würde sagen, das Problem liegt nicht im mangelnden Verständnis, sondern in der Finanzierung. Wenn das Geld fehlt, nützt das beste Verständnis nichts. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung berichten, welche Kämpfe ich ausfechten muss. Ich organisiere einmal jährlich eine Fortbildungsreise für mein gesamtes Team. Die Diskussionen darum sind kaum vorstellbar. Ich muss unzählige Papiere schreiben und jede Ausgabe minutiös begründen.

Der Effekt ist jedoch doppelt: Es dient der Teamentwicklung und ermöglicht den Transfer von Best Practice. Letztes Jahr waren wir in Essen und haben uns die „Wohnwerkstatt“ angeschaut. Die Erkenntnisse fließen nun direkt in die Arbeit der Senatsverwaltung in Berlin ein, die plant, genau dieses Modell auch hier umzusetzen. Trotz dieses klaren Mehrwerts ist eine solche Reise keine Selbstverständlichkeit. Die Entscheidungsgewalt liegt bei der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin. Die Bezirke haben darauf keinen Einfluss. Und genau das ist das Kernproblem: Selbst, wenn vor Ort der Wille zur Weiterbildung da ist, scheitert es oft an der zentralen Finanzkontrolle.

Rainer Orban: Ich meinte auch oberhalb der Jugendamtsleitung.

Publikumsfrage: Ich habe eine Frage zur thematisierten Infrastrukturvorrangregelung im Gesetzentwurf: Würde diese das Wunsch- und Wahlrecht aushebeln?

Kerstin Kubisch-Piesk: Ganz eindeutig.

Publikumsfrage: Ich würde mir eine intensivere Zusammenarbeit wünschen. Wir veranstalten regelmäßig Zusammenkünfte der AG 78 für die Träger, doch noch nie war dort ein Vertreter des ASD anwesend. Mich hat zudem eine Aussage eines ASD-Mitarbeiters erschüttert, der unsere heilpädagogische Einrichtung besuchte. Er sagte sinngemäß: „Hier geht alles so harmonisch zu, sind Sie falsch belegt?“ Dabei stellt sich die Frage: Sind wir als heilpädagogische Einrichtung etwa der Sammelpunkt für alle Fälle, die woanders nicht gelöst werden können oder dürfen? Oder dürfen wir nicht auch unser eigenes pädagogisches Konzept haben und entsprechend profiliert arbeiten? Solche Äußerungen irritieren und verunsichern. Sie zeigen, dass die fachliche

Identität der Träger oft nicht verstanden wird. Ich wünsche mir daher dringend eine bessere Zusammenarbeit und einen respektvolleren Dialog zwischen den einzelnen Akteuren.

Kerstin Kubisch-Piesk: Ja, das kann ich absolut unterstützen. Ich will jedoch auch eine wichtige Beobachtung aus der Praxis teilen, die Sie in Ihren Einrichtungen sicher kennen: Es gibt im ASD eine Entwicklung, die wir nicht wertend, aber realistisch betrachten müssen. Die Landschaft hat sich verändert. Als ich vor vielen Jahren begonnen habe, wurde ich sehr stark von Größen wie Marie-Luise Conen (Supervision) und Reinhart Wolff (Studium) geprägt. Diese Generation hat die Kinder- und Jugendhilfe fundamental geformt. Heute kommen viele Kolleginnen und Kollegen direkt von der Hochschule. Und ich muss sagen: Viele von ihnen haben Angst. Diese Angst ist nicht aus der Luft gegriffen; sie spiegelt eine Verschiebung in der gesellschaftlichen Debatte wider und wir müssen diese Diskussion dringend im ASD führen.

Ein extremes Beispiel: Wenn ich Freitagnachmittag eine Meldung bekomme, darf es nicht so sein, dass ich erst eine Risiko- und Gefährdungseinschätzung mache, um zu prüfen, ob ich mich strafbar mache, wenn ich nicht sofort handle. Das wäre eine reine Verteidigungsstrategie. Stattdessen muss jede Entscheidung am Bedarf der Familie und am Wohl des Kindes orientiert sein. Das ist eine immense Herausforderung für den ASD. Es braucht mutige Leitungen, die diesen Diskurs führen, ihre Teams unterstützen und für entsprechende Fortbildungen sorgen. Die Grundhaltung muss sein: Jeder, der durch die Tür kommt, hat ein Recht auf Beratung. Wir dürfen nicht bewerten oder stigmatisieren. Das ist schwer, aber notwendig. Deshalb appelliere ich immer wieder: Bitte haben Sie ein

bisschen Verständnis für den ASD und schlagen Sie nicht einfach auf uns ein. Wir merken diese Angriffe sehr deutlich.

Und last but not least: Vergessen wir nicht, dass der ASD oft instrumentalisiert wird. In Schulen oder anderen Institutionen wird das Jugendamt häufig als Drohung eingesetzt: „Wenn Sie nicht mitmachen, kommt das Jugendamt.“ Diese gesellschaftliche Dynamik muss sich ebenfalls verändern, damit wir wieder als Partner und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden.

Menno Baumann: Wir müssen uns davor hüten, in eine Dynamik zu geraten, die ich gerne als Ping-Pong-Spiel bezeichne. Stellen Sie sich vor, wir würden eine identische Veranstaltung abhalten: Den Raum voll mit ASD-Mitarbeitern und hier vorne einen Heimleiter. Das Ergebnis wäre zu 100 % dasselbe: Dieselben Diskussionen über Abhängigkeit, das Zurückgeben von Kindern, finanzielle Engpässe, mangelnde Transparenz und den Wunsch nach engerer Zusammenarbeit. Es sind exakt dieselben Argumente, die gegenseitig aneinander abprallen. So kommen wir da nicht raus. Deshalb mein Appell für mein Schlusswort: Verantwortungsgemeinschaft bedeutet, dass wir uns kennen und eine Vertrauensbasis schaffen müssen. Das ist die unverzichtbare Arbeitsgrundlage, auf der wir aufbauen müssen.

Und genau das ist auch die Antwort auf das Thema KI. Stephen Hawking versprach uns 1994 die Weltformel, die noch zu seinen Lebzeiten entstehen sollte. Wir wissen: Damit hat es nicht geklappt. 2006 wurde uns die „Jugendhilfeformel“ versprochen und behauptet, mit deren Evidenz einen Algorithmus entwickeln zu können, der Jugendhilfeentscheidungen trifft. Auch diese Formel wurde nicht entwickelt. Und auch die Wirkungs-

forschung hat sich durch diese Versprechen kaum verändert. Aber wir müssen eines wahrnehmen: KI ist längst in der Jugendhilfe angekommen. Nur ist es oft keine künstliche Intelligenz, sondern eine künstliche Unentschlossenheit, die wir durch unsere Strukturen und unser Misstrauen selbst produzieren. Natürlich gibt es bereits Tools, mit denen Sie die Child Behavior Checklist automatisch ausfüllen lassen können. Je nachdem, welches Ergebnis Sie brauchen – ob Ritalin, Schulbegleitung oder ein „sauberer“ Ausgang aus einer schwierigen Situation – passen sich die Tools an. Selbstverständlich weiß ich heute, wenn ich ein familienrechtliches Gutachten einreiche, dass ChatGPT oft der Erste ist, der es liest. Manchmal füge ich absichtlich Fehler ein, nur um zu testen, ob die KI sie erkennt. Das sind Aspekte, die uns klar sein müssen: Solche Werkzeuge sind da. Immer wieder wird der Ruf nach Tools laut, die eine „ganz einfache Lösung“ versprechen und die Attraktivität der Simplifizierung ist groß. In einer politischen Landschaft, die Inklusion jedoch manchmal schon als das Grüßen des Nachbarn definiert, der 1.000 Euro weniger verdient, dürfen wir uns nicht wundern, dass die Umsetzung schwierig wird. Fakt ist: Wenn der aktuelle Gesetzesentwurf so umgesetzt wird, wie geplant, werden wir ein Problem bekommen. Das ist vollkommen klar und war zu erwarten. Doch auf der anderen Seite bin ich überzeugt: Wir dürfen uns gerade deshalb nicht in Schaukämpfen zwischen Institutionen verlieren oder uns blind vor der Gefahr der KI fürchten. Im Gegenteil: Wenn wir die richtigen Strukturen schaffen, kann uns die Technologie an bestimmten Stellen sogar helfen, statt uns zu behindern.

Ganz zweifellos. An bestimmten Stellen wird KI eine enorme Unterstützung bieten: bei der Geschwindigkeit von Entscheidungen und beim

schnellen Prüfen, ob Brüche oder Widersprüche in Akten enthalten sind. Nehmen Sie ein konkretes Beispiel: Neulich lagen mir 4.500 Seiten Akten vor – eine Familie im 27. Gerichtsverfahren. Ich wünschte, diese wären digital verfügbar gewesen. Dann hätte ich eine datenschutzrechtskonforme KI angewiesen, die Hauptthemen zusammenzufassen und mit Quellen aus dem Material zu belegen. Das hätte mir als Sachverständigem 27 Stunden Arbeit erspart und Sie können sich ausrechnen, wie viel Geld der Staat damit gespart hätte. Abgesehen von der Zeitersparnis: Das ist nicht der Teil meines Jobs, der mir Spaß macht. Viel davon ist „Bullshit“, der nur abgearbeitet werden muss. Daher glaube ich: Wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir uns in den Strukturen des Systems besser aufeinander einstellen. Diese technischen Spielereien sind Ablenkungen, in denen wir uns verrennen. Letztendlich führt uns das immer wieder zur Frage der defensiven Haltung. Sie sagten vorhin: „Der ASD kann es nicht weiterschieben.“ Doch ich kenne ebenso den Satz: „Solange ich keine psychiatrische Diagnose habe, kann ich hier nichts entscheiden.“ Damit ist die Entscheidung de facto weitergeschoben worden. Die KI kann uns bei der Dokumentation helfen, aber sie löst nicht das Problem der Vermeidung von Verantwortung.

Von daher glaube ich: Wir brauchen dringend Koordination und Moderation bei schwierigen Fallverläufen. In den letzten Jahren habe ich mehrere Fälle begleitet, in denen Kinder sehr schwere Straftaten begangen haben. Trifft so etwas ein mittelgroßes Jugendamt, das damit in seinem gesamten bisherigen Bestehen noch nie konfrontiert war, dann braucht es eine Moderation, die den Gesamtprozess und die Abläufe im Blick behält. Es geht dabei nicht darum, dass jemand von außen die

inhaltliche Entscheidung trifft. Es geht darum, bestimmte Abläufe sicherzustellen und die richtigen Prüffragen zu stellen. Ein erschütterndes Beispiel: Ein 12-jähriger war an einer Gruppenvergewaltigung mit Penetration beteiligt. Die Eltern erklärten: „Wir wollen keine Hilfe.“ Daraufhin sagte der Bürgermeister: „Dann können wir nichts machen.“ Wenn Eltern in einer solchen Situation behaupten, sie bräuchten keine Hilfe, und niemand prüft, ob sie überhaupt in der Lage sind, die Schwere der Situation einzuschätzen – da habe ich ein massives Problem. Umgekehrt lese ich reihenweise Sachverständigengutachten, besonders im Bereich der Oberlandesgerichte, wo es oft um den begleiteten Umgang geht. Der Psychologe führt zunächst zwei Intelligenztests und das Emotions-Testverfahren Feel-KJ durch. Also wenn mir jemand einen Ansatz zum direkten Zusammenhang zwischen Intelligenz und der Fähigkeit zum Umgang liefert, den schlage ich sofort für den alternativen Nobelpreis vor. Und das ist das Problem: Wir spielen in unseren eigenen Strukturen ein riesiges Bullshittingo miteinander. Das müssen wir als Erstes abstellen, denn genau damit öffnen wir Tür und Tor für Missstände und ineffektive Arbeit.

Rainer Orban: Ich möchte noch gerne etwas anderes ergänzen: Wir haben kürzlich eine Anfrage von einem kooperierenden Träger erhalten, ob wir eine Fortbildung zu diesem Thema konzipieren können. Ich fand die Idee sehr spannend – und sie ist sicher auch für alle hier im Raum relevant. Die Grundthese ist erschreckend einfach: Viele junge Kolleginnen und Kollegen haben fast schon Angst vor der Beziehungsaufnahme und der Beziehungsgestaltung. Unsere Aufgabe ist es, ihnen wieder beizubringen, wie das geht. Wie pflege ich Beziehungen zu

Kindern? Wie zu Eltern? Wie zu Kooperationspartnern? Das müssen wir zwingend im Blick haben – und zwar auf beiden Seiten, sowohl im öffentlichen als auch im freien Träger. Die Frage lautet: Wie gestaltet man das im Alltag? Das ist eine Kompetenz, die wir dringend wiederbeleben müssen.

Sophia Reichardt: Vielen Dank für die interessante Diskussion, Frau Kubisch-Piesk, Herr Baumann und Herr Orban! Ihr Schlusswort, Herr Baumann, war sehr passend. Dem schließen wir uns als VPK uneingeschränkt an. Zum Thema KI und der Arbeit von Herrn Mascenaere haben wir unser letztes PODIUM durchgeführt, das Sie alle gerne in unserer Fachzeitschrift „Blickpunkt Jugendhilfe 3+4/2026“ nachlesen können.

Und ansonsten: Die aktuelle jugendpolitische Situation ist tatsächlich brenzlich. Es kommt jetzt besonders darauf an, dass wir uns zusammenschließen und gemeinsam dafür kämpfen, dass der vorgelegte Referentenentwurf nicht in der präsentierten Form verabschiedet wird. Aus unserer Sicht gab es selten so viel Einigkeit unter den Akteuren in der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere unter den Verbänden. Es gibt da gerade eine große Einigkeit und Solidarität. Wir müssen uns zusammenraufen, sehen, was wir verändern können, und interne Kämpfe unbedingt vermeiden. Ich finde es großartig, dass Sie heute hier waren und dass Sie alle an verschiedenen Fronten kämpfen – das nehmen wir sehr stark und vor allem sehr positiv wahr. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam etwas schaffen und auch verändern können – aber es wird nicht von alleine kommen. Wir müssen dranbleiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement!

» Workshop 1: Mit System in Systemen arbeiten – Strukturen nutzen, um Jugendhilfe wirksam zu gestalten

Sven Gebauer, Hendrik Gebauer, Andreas Wanker

Im Rahmen des Workshops von **Wiege – sozialräumliche Hilfen** gab Sven Gebauer praxisnahe Einblicke in die Bedeutung des systemischen Denkens für eine wirksame Kinder- und Jugendhilfe. Ausgehend von den Erfahrungen eines freien Trägers zeigte er auf, warum erfolgreiche Hilfen nicht allein im direkten Kontakt mit Kindern, Jugendlichen und Familien entstehen, sondern immer im Zusammenspiel verschiedener Systeme. Im Mittelpunkt des Workshops stand die Frage, welche Rahmenbedingungen, Organisationsstrukturen und Kooperationen notwendig sind, damit Jugendhilfe nachhaltig wirksam werden kann. Die folgenden zentralen Impulse fassen die wesentlichen Inhalte des Workshops zusammen.

Die Diskussion darüber, was erfolgreiche Jugendhilfe ausmacht, wird häufig entlang einzelner Kennzahlen geführt. Fallzahlen, Kosten, Laufzeiten oder Mitarbeitendenzahlen stehen im Mittelpunkt. Gleichzeitig werden Wirkungsnachweise eingefordert und Hilfen immer häufiger hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit bewertet.

All diese Perspektiven sind nachvollziehbar. Sie greifen jedoch zu kurz.

Denn erfolgreiche Jugendhilfe entsteht selten ausschließlich in der Begegnung zwischen Fachkraft und Familie. Sie entsteht vielmehr dort, wo unterschiedliche Systeme miteinander in Beziehung treten und professionell gestaltet werden. Genau darin liegt



Sven Gebauer, WieGe-Workshop
(Foto: Meike Discher)

eine der zentralen Stärken des systemischen Denkens: Es erweitert den Blick. Es richtet die Aufmerksamkeit nicht nur auf das Klientensystem, sondern ebenso auf die Organisation, auf Kooperationspartner, auf Verwaltung, Politik und gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Der Blick auf alle Systeme

Systemisches Arbeiten wird häufig auf die Arbeit mit Familien reduziert. Tatsächlich beginnt systemisches Denken jedoch deutlich früher.

Jede Fachkraft bewegt sich gleichzeitig in mehreren Systemen.

Da ist zunächst das **Klientensystem** mit seiner Geschichte, seinen

Beziehungen, Loyalitäten, Konflikten und Ressourcen.

Gleichzeitig arbeitet sie innerhalb des **Systems des freien Trägers** mit seinen Führungsstrukturen, seiner Kultur, seinen Fortbildungsangeboten, seiner Fehlerkultur und seinen organisatorischen Rahmenbedingungen.

Ebenso ist sie ständig Teil des **Außen-systems**. Jugendämter, Schulen, Kindertagesstätten, Psychiatrien, Gerichte, Politik, Ministerien oder Netzwerke beeinflussen unmittelbar die Möglichkeiten gelingender Hilfen.

Diese Systeme existieren nicht nebeneinander. Sie beeinflussen sich gegenseitig – jeden Tag. Wer ausschließlich auf das Familiensystem schaut, übersieht einen wesentlichen Teil der Wirklichkeit.

Gute Familienhilfe beginnt oft lange vor dem ersten Hausbesuch

In der Praxis wird häufig darüber gesprochen, welche Methoden besonders wirksam seien. Zirkuläre Fragen, Genogramme, Skalierungen oder Reflecting Teams sind wichtige Werkzeuge. Mindestens genauso bedeutsam ist jedoch die Frage:

Unter welchen Bedingungen können Fachkräfte überhaupt gute Arbeit leisten?

Eine Organisation, die Mitarbeitende gut begleitet, Führung erreichbar gestaltet, Fortbildung ermöglicht und Reflexion selbstverständlich macht, schafft die Grundlage für wirksame Hilfen.

Ebenso wichtig ist eine Kultur, die Fehler nicht sanktioniert, sondern als Lernchance versteht. Systemisches Arbeiten beginnt deshalb nicht erst beim Gespräch mit einer Familie. Es beginnt bei der Haltung eines Trägers.

Präsenz in den Außensystemen ist kein Selbstzweck

Viele freie Träger verstehen Netzwerkarbeit noch immer als zusätzliche Aufgabe. Dabei entscheidet gerade diese Präsenz häufig darüber, ob Jugendhilfe wirksam werden kann. Wer regelmäßig in Arbeitskreisen vertreten ist, in Steuerungsgruppen mitarbeitet, an sozialräumlichen Entwicklungen beteiligt ist oder den fachlichen Austausch mit Jugendämtern aktiv sucht, baut Vertrauen auf. Vertrauen entsteht nicht erst im Hilfeplangespräch. Es wächst durch kontinuierliche Zusammenarbeit. Dadurch entwickeln freie Träger fachliches Gewicht. Sie werden nicht lediglich als Leistungserbringer wahrgenommen, sondern als Mitgestalter kommunaler Jugendhilfe. Dieses Gewicht erleichtert Kooperationen, beschleunigt Abstimmungen und

verbessert letztlich auch die Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien. Netzwerkarbeit ist deshalb kein Marketinginstrument. Sie ist Teil professioneller Jugendhilfe.

Das Innensystem entscheidet über die Qualität nach außen

Ebenso bedeutsam ist das System innerhalb des Trägers. Führung, Personalentwicklung, Organisationsstrukturen und Unternehmenskultur sind keine Randthemen. Sie wirken unmittelbar auf die Qualität der Hilfen. Wer Mitarbeitenden systemische Kompetenzen vermittelt, regelmäßige Supervision ermöglicht, regionale Führungsstrukturen etabliert und Verantwortlichkeiten klar gestaltet, investiert nicht in Verwaltung. Er investiert in die Qualität der Hilfe.

Eine Organisation entwickelt immer genau die Kultur, die sie täglich lebt und systemische Haltung lässt sich deshalb nicht verordnen, sie muss im eigenen Unternehmen erlebbar sein. Mitarbeitende, die selbst Wertschätzung, Beteiligung und Ressourcenorientierung erfahren, tragen genau diese Haltung in die Arbeit mit Familien hinein.

Erfolg ist mehr als gute Zahlen

Natürlich gehören wirtschaftliche Stabilität, geringe Fluktuation, zufriedene Mitarbeitende oder erfolgreiche Ausschreibungen ebenfalls zu einem erfolgreichen Träger. Sie sind wichtige Indikatoren, erklären jedoch nicht allein den Erfolg. Ebenso wenig reicht ein kurzer Blick auf Falllaufzeiten oder Kostenentwicklungen. Die entscheidende Frage lautet vielmehr:

Warum entstehen diese Ergebnisse?

Möglicherweise deshalb, weil die Systeme gut miteinander verbunden sind.

- Weil Führung Orientierung gibt.
- Weil Mitarbeitende fachlich wachsen.
- Weil Jugendämter Vertrauen entwickeln.
- Weil Netzwerke tragfähig sind.
- Und weil Familien sich verstanden fühlen.

Erfolg ist immer systemisch

Vielleicht besteht die größte Stärke des systemischen Ansatzes gerade darin, dass er Zusammenhänge sichtbar macht. Familien verändern sich selten, weil ihnen erklärt wird, was sie falsch machen. Sie entwickeln neue Möglichkeiten, wenn sie sich verstanden, beteiligt und als wirksam erleben.

Dasselbe gilt für Organisationen und letztlich auch für die Zusammenarbeit zwischen freien Trägern, Jugendämtern und allen weiteren Partnern.

Erfolgreiche Jugendhilfe entsteht dort, wo Beziehungen gestaltet werden.

- Zwischen Menschen.
- Zwischen Organisationen.
- Zwischen Systemen.

Wer Jugendhilfe nachhaltig wirksam gestalten möchte, sollte deshalb den systemischen Gedanken nicht auf das Klientensystem beschränken.

- Denn auch Träger sind Systeme.
- Jugendämter sind Systeme.
- Schulen sind Systeme.
- Politik ist ein System.

Und erst wenn diese Systeme miteinander in Resonanz kommen, kann das entstehen, was wir uns alle wünschen:

Wirksame und akzeptierte Jugendhilfe, die Kinder, Jugendliche und Familien nachhaltig unterstützt.

» Workshop 2: Ehrenamtliche Wegbegleitung als ergänzender Baustein in der Jugendhilfe

Julius Daven

Die gegenwärtigen Transformationsprozesse in der Kinder- und Jugendhilfe sind Ausdruck eines tiefgreifenden Spannungsverhältnisses. Einerseits steht ein historisch gewachsenes, differenziertes Hilfesystem zur Verfügung, andererseits zeigen sich zunehmend strukturelle Erschöpfungserscheinungen angesichts wachsender Komplexität sozialer Problemlagen, steigender Steuerungsanforderungen und begrenzter Ressourcen. Diese Gleichzeitigkeit von Ausbau und Überforderung verweist auf eine grundlegende Frage sozialstaatlichen Handelns: Wie lassen sich Unterstützungssysteme so gestalten, dass sie den individuellen Lebenslagen junger Menschen tatsächlich gerecht werden, ohne dabei in standardisierte, primär effizienzorientierte Logiken zu verfallen?

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Perspektive einer subjektorientierten, lebensweltlich eingebetteten Sozialen Arbeit erneut an Bedeutung. Junge Menschen benötigen nicht lediglich „passende Angebote“, sondern verlässliche Beziehungskontexte, die ihnen Orientierung, Resonanz und Mitgestaltung ermöglichen. Gerade unter Bedingungen von Brüchigkeit, Diskontinuität und biografischer Unsicherheit sind es häufig nicht die formalisierten Hilfestrukturen allein, sondern die Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen, die Entwicklungsprozesse tragen.

Die aktuelle fachpolitische Diskussion, wie sie auch auf dem PODIUM 2026



Julius Daven
(Foto: Meike Discher)

sichtbar wurde, macht jedoch deutlich, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe in einem kritischen Aushandlungsprozess befindet. Tendenzen zur Ökonomisierung, zur Standardisierung von Hilfen sowie zur Verschiebung hin zu infrastrukturellen Angebotslogiken laufen Gefahr, das fachliche Leitprinzip der Individualisierung und Passgenauigkeit zu unterminieren. Damit steht nicht weniger als das professionelle Selbstverständnis der Sozialen Arbeit zur Disposition.

Im Rahmen des Workshops wurden diese Entwicklungen kritisch beleuchtet. Insbesondere wurde thematisiert, dass gegenwärtige Steuerungs- und Sparlogiken zu einer schleichenden De-Professionalisierung der Kinder- und Jugendhilfe beitragen könnten. Zugleich wurde die Frage aufgeworfen,

ob professionell organisierte Hilfesysteme ausreichend Räume für Beziehungen ermöglichen, die nicht primär durch institutionelle Aufträge, Zuständigkeiten oder Vergütungsstrukturen geprägt sind. Diskutiert wurde dabei insbesondere die Bedeutung sogenannter „unbezahlter Beziehungen“ – also freiwilliger, nicht beruflich motivierter Bindungen –, die von jungen Menschen häufig als besonders authentisch, verlässlich und persönlich erlebt werden. Diese Rückmeldungen verdeutlichten den Wunsch nach einer fachlichen Auseinandersetzung mit der Frage, wie Professionalität und zivilgesellschaftliches Engagement so zusammengedacht werden können, dass sie sich gegenseitig stärken statt ersetzen.

In diesem Spannungsfeld eröffnet das Konzept der ehrenamtlichen

Wegbegleitung eine bemerkenswerte Perspektive: Es rückt die Bedeutung kontinuierlicher, nicht-institutionell gebundener Beziehungsangebote in den Mittelpunkt und stellt damit eine Ergänzung und zugleich kritische Reflexionsfolie professioneller Hilfestrukturen dar. Ehrenamtliche Wegbegleitung verweist auf das Potenzial zivilgesellschaftlichen Engagements, soziale Teilhabe nicht nur zu organisieren, sondern relational zu gestalten; jenseits formaler Zuständigkeitslogiken und mit einem hohen Maß an individueller Responsivität.

Der von EWD e.V. im Rahmen der Tagung angebotene Workshop knüpfte genau an diesem Punkt an: Er verstand sich als Raum zur gemeinsamen Reflexion darüber, inwiefern ehrenamtliche Wegbegleitung nicht nur als additive Unterstützung, sondern als konzeptioneller Impuls für eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe gelesen werden kann.

Der Workshop setzte bewusst nicht mit theoretischen Modellen ein,

sondern mit einer Erfahrung: der gemeinsamen Annäherung an das, was Beziehung im Kontext von Jugendhilfe tatsächlich bedeuten kann. Ausgangspunkt bildete der sogenannte **EWD-Mutmacher-Song** „Und es wurde nice“, der in verdichteter Form das zentrale Wirkprinzip ehrenamtlicher Wegbegleitung zum Ausdruck bringt.

Die im Song artikulierten Erfahrungen – von Misstrauen, biografischer Verunsicherung und dem Gefühl, „alleine in diesem Life“ zu sein, bis hin zu wachsendem Vertrauen durch eine verlässliche Bezugsperson – eröffneten einen unmittelbaren, emotional wie fachlich relevanten Zugang: Beziehung erscheint hier nicht als methodisch steuerbare Intervention, sondern als kontingente, aber hochwirksame Erfahrung von Verlässlichkeit, Resonanz und Anerkennung. Entscheidend ist nicht die Intensität einzelner Begegnungen, sondern die schlichte, zugleich hoch anspruchsvolle Konstanz: **„Du kommst immer wieder – das reicht.“**

Ausgehend von dieser Perspektive wurden die Teilnehmenden eingeladen, zentrale Botschaften des Songs zu reflektieren und in fachliche Kategorien zu übersetzen. Dabei verdichteten sich zentrale Motive, die im weiteren Verlauf des Workshops leitend blieben: Vertrauen als Prozess, Beziehung als Erfahrungsraum von Selbstwirksamkeit sowie die Bedeutung von emotionaler Verlässlichkeit unter Bedingungen biografischer Diskontinuität.

Im Anschluss daran wurde das Modell der ehrenamtlichen Wegbegleitung systematisch eingeordnet. Dabei wurde deutlich: Es handelt sich nicht um ein ergänzendes „Add-on“, sondern um einen eigenständigen Beitrag im Gefüge der Hilfen zur Erziehung mit einer klaren fachlichen Positionierung. Zentral ist dabei die Unterscheidung von **Substitution und Synthese**: Ehrenamtliche Wegbegleitung ersetzt keine professionelle pädagogische Arbeit, sondern ergänzt diese bewusst und reflektiert. Gerade in hochkomplexen, häufig durch Bindungsabbrüche geprägten Lebenslagen junger Menschen in stationären Settings eröffnet sie einen Beziehungsraum, der sich strukturell von institutionellen Logiken unterscheidet.

Besonders pointiert wurde dies im Workshop über die Zielgruppenbeschreibung: Im Fokus stehen junge Menschen „ohne familiären Bezugsrahmen“, die sich primär in professionalisierten Kontexten bewegen und dort oftmals ein tiefes Gefühl von Einsamkeit erfahren. Vor diesem Hintergrund wurde die These entfaltet, dass stabile, freiwillige, nicht-institutionelle Beziehungen eine bislang unterschätzte Ressource im Hilfesystem darstellen. Insbesondere dann, wenn sie anschlussfähig an professionelle Konzepte gestaltet werden. In diesem Kontext wurde von einigen Teilnehmenden kritisch angemerkt, dass auch im Rahmen professioneller und vergüteter Beziehungsarbeit

EWD-Mutmacher-Song: „Und es wurde Nice“

Hab oft so ne Wut aber weiß nicht warum
Damals blieb ich meist einfach stumm
Hab oft den andern neidisch zugeschaut
hab mir bisschen zu oft nix zugetraut
Die andern waren immer Erster und so laut
Hab meine Träume in Luftschlösser gebaut
Doch dann warst da du
und hast an mich geglaubt
mir zugehört und nach mir geschaut
Hab mich getraut Spaß zu haben
Zu diesem Leben ja zu sagen
Du kommst immer wieder – das reicht
Und mit der Zeit wird vieles leicht

Refrain

Erwachsene in mein Leben lassen
fiel mir schwer
Mein Misstrauen ist in der Wohngruppe
legendär
Aber dann schrumpfte es ein
Weil du geblieben bist, vertrau ich viel mehr
Fiel mir schwer pünktlich zu sein
Vernünftig zu sein aber du siehst in mir Skills
um künftig zu scheinen
Die Zweifel erstickst du im Keim
Wenn du sagst ich bin nicht allein
Ich wachse immer ein kleines Stück

Von unserem Ausflug komm ich happy zurück
Heut kann ich sagen dich zu haben hatte ich Glück

Refrain

Erste eigene Bude erste große Liebe
Chaos bricht aus denn ich schiebe wieder
Krise
Bleib mal locker ist deine Devise
Sagst du zu mir im Sonnenschein auf der
Liege-Wiese
Dieses Leben ist krass
ich und dieses Leben, das passt
denn wir teilen die Last
Von dem Rucksack – der ist immer dabei
Doch heute ist in ihm im Picknick statt Blei

Refrain

**Ich war oft alleine in diesem Life
Wut im Bauch wie tausend Steine
was keiner weiß
Aber dann warst da du und es wurde Nice
Schuh des Manitu und n Wassereis**



ein Gefühl von freiwilliger Fürsorge und Verbundenheit entstehen kann. Auch eine Fachkraft könne dazu beitragen, einem möglichen Gefühl der Einsamkeit junger Menschen entgegenzuwirken und tragfähige Beziehungen aufzubauen. Zudem wurde die Befürchtung geäußert, dass die Einbindung ehrenamtlicher Kräfte im ungünstigsten Fall zu einer schleichenden De-Professionalisierung der Kinder- und Jugendhilfe beitragen könnte.

Diese Einwände sind berechtigt, stehen jedoch gleichsam nicht im Widerspruch zum Konzept der ehrenamtlichen Wegbegleitung. Die Besonderheit der ehrenamtlichen Wegbegleitung liegt vielmehr ausdrücklich nicht in der Übernahme professioneller Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. ***Ehrenamtliche Wegbegleiter*innen ersetzen weder Fachkräfte noch therapeutische, pädagogische oder sozialarbeiterische Hilfen. Vielmehr entfaltet die Wegbegleitung ihren spezifischen Wert gerade in der komplementären Ergänzung professioneller Unterstützungsarrangements. Während Fachkräfte innerhalb eines institutionellen und rechtlich definierten Auftrags handeln, basiert die Beziehung zwischen Wegbegleiter*in und jungem Menschen auf freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement.*** Für Kinder und Jugendliche kann die Erfahrung bedeutsam sein, dass ein erwachsener Mensch Zeit, Aufmerksamkeit und Verlässlichkeit investiert, ohne hierfür bezahlt zu werden und ohne hierzu beruflich verpflichtet zu sein. Die Botschaft „Ein Mensch interessiert sich für mich, weil ich als Person wichtig bin“ kann gerade für junge Menschen, die vielfach Beziehungsabbrüche, Fremdbestimmung oder institutionelle Kontexte erlebt haben, eine besondere Anerkennungs- und Bindungserfahrung darstellen. Die Stärke der ehrenamtlichen Wegbegleitung liegt deshalb nicht in der Konkurrenz zur Professionalität, sondern in einer anderen Beziehungsqualität, die professionelle Hilfen

ergänzen und bereichern kann. Voraussetzung hierfür ist eine klare Rollenklärung sowie die enge Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen, Fachkräften und den verantwortlichen Institutionen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Frage, wie solche Beziehungen konkret gestaltet werden können. Anhand der Folien zu den Phasen der Wegbegleitung wurde der Prozess als dynamische Abfolge von ***Kennenlernen, Begleiten und Gehen lassen*** beschrieben, eingebettet in das zentrale Prinzip der Authentizität. Authentizität wurde dabei nicht im Sinne einer naiven Unmittelbarkeit verstanden, sondern als pädagogische Haltung im Ehrenamt: als die Fähigkeit, in Beziehung ehrlich, transparent und zugleich verantwortungsvoll präsent zu sein.

In der Vertiefung wurde der Beziehungsaufbau als ein hochsensibler, von Ambivalenzen geprägter Prozess thematisiert. Aspekte wie Unsicherheit, Beziehungstests, Loyalitätskonflikte oder Fragen von Nähe und Distanz wurden nicht als Störungen, sondern als konstitutive Elemente eines gelingenden Beziehungsaufbaus verstanden. Damit wurde deutlich: Ehrenamtliche Wegbegleitung ist kein „niedrigschwelliges“ Engagement im trivialen Sinne, sondern ein anspruchsvolles relationales Setting, das sowohl persönliche als auch strukturelle Rahmung benötigt.

Dass diese Rahmung professionellen Standards folgt, wurde im Workshop ausführlich anhand des mehrstufigen Eignungs- und Qualifizierungsprozesses sowie der begleitenden Supervisions- und Schutzkonzepte dargestellt. Die Verbindung von ehrenamtlichem Engagement und fachlich abgesicherten Strukturen erwies sich dabei als konstitutives Merkmal des Ansatzes.

Schließlich wurde die Perspektive erneut geweitet: Ehrenamtliche

Wegbegleitung wurde nicht nur als konkrete Hilfeform diskutiert, sondern als Reflexionsfolie für die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt. Die Rückmeldungen von Careleaver*innen, die im Workshop aufgegriffen wurden, machten eindrucksvoll deutlich, dass professionelle Beziehungen häufig unter strukturellen Bedingungen stehen, die Nähe begrenzen und Vertrauen erschweren. Vor diesem Hintergrund kann ehrenamtliche Wegbegleitung als ein Korrektiv gelesen werden, das zentrale fachliche Prinzipien – insbesondere Beziehungskontinuität, Verlässlichkeit und Anerkennung – radikal ernst nimmt.

Abschließend wurde der Workshop bewusst als Einladung verstanden: als Einladung, die Perspektive ehrenamtlicher Wegbegleitung nicht vorschnell in bestehende Kategorien einzuordnen, sondern sie als möglichen Entwicklungsimpuls für die eigene Praxis und Organisation zu prüfen.

Die Implementierung eines solchen Ansatzes erfordert dabei keine schematische Übertragung, sondern eine kontextsensible Auseinandersetzung mit den jeweiligen strukturellen, fachlichen und kulturellen Rahmenbedingungen vor Ort. Vor diesem Hintergrund wurde angeboten, in einen vertieften Dialog einzutreten: Interessierte Einrichtungen und Träger sind eingeladen, das Modell näher kennenzulernen und gemeinsam zu reflektieren, unter welchen Voraussetzungen eine tragfähige Kooperation entstehen kann.

In diesem Zuge erläuterte Julius Daven die Möglichkeit, das Konzept der ehrenamtlichen Wegbegleitung im Rahmen eines persönlichen Austauschs in den Einrichtungen des VPK vorzustellen und gemeinsam Passungsfragen zu klären – mit dem Ziel, individuelle, anschlussfähige Implementationsperspektiven zu entwickeln und entsprechende Kooperationsprozesse anzubahnen.

Unterschiede Rechnungen im Unterschied zu anderen Rechnungen in der Buchführung	Herleitung von Buchungssätzen in Personal- und Lohnbuchhaltung, Ertragsvergleich
Kalkulation ist Teil des Kostenrechnung und Kalkulation Rechnungswesen	Interne Kostenrechnung: Begründung als Bestandteil nach Aufwand der Leistungsgruppe

- **Synthese vs. Substitution** der Sozialen Arbeit: Kein Ersatz von erzieherischen Hilfen, sondern Ergänzung
- Ehrenamtliche können und sollen **keine professionelle pädagogische Aufgabe** übernehmen
- Professionelle Beziehungsgestaltung braucht **Fachkompetenz** der Fachkräfte im Wohngruppen-Kontext (z.B. im Kontext Traumatisierung, Bindungstraumatisierung)
- Zielgruppe: „Junge Menschen **ohne familiären Bezugsrahmen**, die sich ausschließlich in professionalisierten Kontexten bewegen und sich unendlich alleine fühlen, wenn sie das realisieren“ (Manno Baumann)

Folie 1

Folie 2

Das Kind steht im Zentrum. Wir stellen unsere Bedürfnisse zurück!

Begleiten

- Terminale abhaken
- Flexibilität sein
- Entwicklungsbedürfnisse
- Elfersucht
- Beziehungstest
- Aushalten
- Flexibilität: Keine Erwartungshaltung an den Tag
- Sichere, unterstützende und vertrauensvolle Raum als Voraussetzung für positive Bindung
- Positive Selbstkompetenz, -fähigkeiten und -erhöhung von Resilienz
- Erfolgsformelvermögen: „Das braucht das Kind gerade!“

Folie 3

Gehen lassen

Entscheidung der Sorgeberechtigten

Pubertät

Loyalitätskonflikte zur Herkunftsfamilie

Eltern kümmern sich wieder um das Kind

Jugendlichkeit wird fragig und geht seine eigenen Wege

Interessen passen nicht mehr zueinander

Folie 4

Das Diagramm zeigt die 7 Stufen der Teambuilding- und Teamentwicklung:

- Stufe 1:**
 - Struktur des Webinars
 - Übungen
 - Interaktionskompetenz
 - Buchempfehlungen
- Stufe 2:**
 - Fragenbogen für Mitglieder sowie ein Foto
- Stufe 3:**
 - Persönliche Gespräche (Bürokonferenz)
- Stufe 4:**
 - Erweitertes professionelles Rollenspielen
- Stufe 5:**
 - Hauptberuflicher Unternehmenskontext (Kernkompetenz)
- Stufe 6:**
 - Einführungsgespräch Tag 1
- Stufe 7:**
 - Einführungsgespräch Tag 2

Ein Pfeil führt von Stufe 7 zu einer Box mit dem Text: "Einführungsgespräch am 1. Tag der Teambuilding-Workshop".

Folie 5

Leitfrage: Wie ist es geregelt, und wie kann ich damit gut umgehen?

Die Fragestellungs-Sprechstunde ist der Ort für alles, was die Ausgestaltung meiner Tätigkeit betrifft.

- ✓ Organisatorische Fragen und Abläufe
- ✓ Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen
- ✓ Dokumentation und formale Themen
- ✓ Allgemeine Fragen zur Rolle als Wegbegleiter:in
- ✓ Methodische Anregungen
- ✓ Ausgestaltung von Nähe & Distanz
- ✓ Praktische Herausforderungen im Engagement

» Wenn ich eine strukturelle oder organisatorische Klärung brauche...

Folie 6

Folie 7

Aussicht auf Langfristigkeit?

Ressourcen für kurze Übergabegespräche, Reflexionsgespräche verfügbar?

Glauben wir, dass der junge Mensch sich gut auf eine Wegbegleitung einlassen kann?

Schwere der Traumatisierung, Belastung, Bindungsproblematik und Verhaltensauffälligkeiten (z.B. sexualisiertes Verhalten, aggressives Verhalten)

...

Folie 8

» Konsequente kleine Schritte mit großer Wirkung

Dominik Lass, Lara Müller

Einleitung und Agenda

Der Workshop „Konsequente kleine Schritte, mit großer Wirkung“ stellte das mehrdimensionale Hilfskonzept der Fichtenhalde vor, einer privat geführten Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe aus Offenburg. Unser Ziel im Workshop war es, bewährte, wirkungs- und bedarfsorientierte Systeme vorzustellen, die über 50 Jahre Erfahrung in der teil- und vollstationären Kinder- und Jugendhilfe reflektieren. Damit geben wir ein Beispiel dafür, wie auch bei knapper werdenden Ressourcen, komplexeren Lebensverhältnissen der jungen Menschen und chronifizierten Problemlagen durch konsequente kleine Schritte innovative und hilfreiche Konzepte gestaltet werden können. Unser Fokus in der täglichen Arbeit liegt auf Partizipation, Verbindlichkeit und Zeit für Beziehung – stets mit klarer Orientierung am Individuum statt an Strukturen.

Die Agenda des Workshops umfasste eine Kurzvorstellung der Einrichtung, die Erläuterung des mehrdimensionalen Hilfskonzepts und bot viel Raum für den persönlichen Austausch.

Kurzvorstellung Fichtenhalde

Die Fichtenhalde ist eine privat geführte, familienergänzende und familienunterstützende pädagogisch-therapeutische Einrichtung mit



Dominik Lass und Lara Müller, Fichtenhalde

(Foto: Meike Discher)

angegliedertem SBBZ ESENT (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum). Was uns auszeichnet, ist der sehr individuelle pädagogisch-therapeutische Ansatz für die von uns betreuten jungen Menschen und deren Familien. Wir arbeiten fachübergreifend zusammen, verbinden Pädagogik, Therapie und Bildung und finden so innovative Lösungen.

Die Besonderheiten der Angebote der Fichtenhalde liegen in hohen psychotherapeutischen Kompetenzen, der Verknüpfung von Hilfeangeboten und Perspektiven sowie einer pädagogischen, therapeutischen, neuropsychologischen, schulischen und bei Bedarf medizinisch unterstützten Ausrichtung. Wir setzen auf

höchstmögliche Individualität der Hilfeangebote, hypothesengeleitetes Vorgehen, computergestützte Zielorientierung und Controlling sowie den Einbezug aller Systeme um den jungen Menschen. Ein positives Personalmanagement orientiert sich an den Mitarbeitenden und rückt auch auf dieser Ebene eine aufs Individuum fokussierte Haltung in den Vordergrund.

Das mehrdimensionale Konzept: Von welchen jungen Menschen sprechen wir?

Wir betreuen junge Menschen (3–21 Jahre) mit komplexen Problemkonstellationen. Diese zeichnen sich

häufig durch vielfältige Symptome, die Betroffenheit vieler Lebensbereiche und schwerwiegende Auswirkungen auf viele Personen im Umfeld der jungen Menschen aus. Oft liegen Auffälligkeiten bereits seit langer Dauer vor, was bei Angehörigen, Lehrkräften und teilweise auch professionellen Helfern zu Hilflosigkeit und Zermürbung führt. Häufig gab es mehrere wenig erfolgreiche Hilfeeinrichtungen („Drehtür-Effekt“), oft begleitet von kinder- und jugendpsychiatrischer Behandlung. Herkömmliche Konzepte greifen hier häufig nicht ausreichend; erreichte Erfolge sind oft nicht tragfähig.

Die Belastungen im Alltag sind für Familien und Helfende hoch. Die beteiligten Fachkräfte erleben oft eine irritierende Vielfalt und

Widersprüchlichkeit der Symptomatik, was klare Diagnosen erschwert. In vielen Fällen gibt es keine linearen Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge – sucht man zu lange danach, behindert dies aus unserer Erfahrung positive Veränderungsmöglichkeiten. Fast immer ist ein hoher Kräfteeinsatz nötig, um Einsicht und Bereitschaft zur Annahme der Hilfe und zu Veränderungen bei den betroffenen jungen Menschen und deren Familien herbeizuführen. Aus unserer Erfahrung sind hierfür sehr flexible Hilfenkonzepte mit mehreren Zugangsweisen notwendig, die fortlaufend angepasst und partizipativ mit den Betroffenen (weiter-)entwickelt werden müssen. Auch hochkompetente Fachkräfte erleben dabei immer wieder Hilflosigkeit, Versagensgefühle und Selbstzweifel. Diese gilt es

unbedingt anzuerkennen, zu begleiten und in der Hilfeplanung zu berücksichtigen. Häufig müssen wir die vielen kleinen Erfolge im Alltag „mit der Lupe“ suchen, um sie überhaupt erkennen zu können.

Diagnostik ist ein prozessuales Geschehen

Bei vielen von uns begleiteten jungen Menschen sind klare Diagnosen schwer zu finden. Wichtig ist uns, genau hinzuschauen und Details sowie Ausnahmen wahrzunehmen, die als wichtige Informationsquellen dienen und Aspekte für die Ausgestaltung des Hilfenkonzepts liefern können. Eine mehrperspektivische Diagnostik ist essenziell, da jede Perspektive nur einen Teilaspekt des Ganzen abbildet. Der Schwerpunkt in der



Workshop Fichtenhalde

(Foto: Meike Discher)

Fichtenhalde liegt auf individueller Diagnostik der jungen Menschen; Klassifikationen nach Störungsbildern bieten dabei wichtige Anhaltspunkte. Diagnostik sollte jedoch immer alltagsnah erfolgen (z. B. durch Clearing-Besuche vor Aufnahme, Video-Diagnostik oder Marte Meo). Diagnosen verstehen wir als Arbeits-hypothesen, die ständig überprüft und angepasst werden müssen – ein Prozess, der im Alltag in regelmäßigen stattfindenden Fallkonferenzen geschieht. Dabei ist uns besonders wichtig, dass sowohl Problemverhaltensweisen als auch Ressourcen erforscht werden und in den Fokus gelangen.

Orientierungsleitlinien und individuelles Vorgehen

Im Rahmen des Workshops wurden unsere Orientierungsleitlinien ausführlich dargestellt. Kurz zusammengefasst beinhalten diese:

- Individuelle und mehrperspektivische Problemsicht aller Beteiligten als wichtige Haltung und Arbeitsgrundlage.
- Vielfältige, flexibel einsetzbare und modifizierbare Handlungsbausteine.
- Verschiedene Zugangswege auf mehreren Ebenen (einschließlich Umfeld und Familie).
- Kontinuierliche Evaluation und Risiko-Nutzen-Überlegungen, wobei pädagogisch-therapeutische „Nebenwirkungen“ manchmal vorübergehend in Kauf genommen werden müssen.
- Pädagogische und therapeutische Zugangsweisen.
- Ressourcenorientierung und Verminderung von Problemverhaltensweisen.
- Erhalt und Förderung einer vertrauensvollen Kooperation und gelingender Kommunikation aller Beteiligten.

- Fachübergreifendes Zusammenwirken aller Bereiche.
- Möglichkeiten für persönliche und gegenseitige Entlastung sowie angeleitete Reflexion für Mitarbeitende.

Die Ziele sollen zu jeder Zeit im Blick behalten werden – wir arbeiten seit vielen Jahren mit computergestützten Möglichkeiten, um Zielplanungen sowie Handlungs- und Methodenplanung im Alltag steuern und auswerten zu können. Eigene Einschätzungen sollten jedoch regelmäßig überprüft und das pädagogische sowie therapeutische Handeln daran angepasst werden.

Das individuelle Vorgehen basiert auf Prinzipien der Lebensweltorientierung, der Prävention von Fehlverhalten, Krisen und Eskalationsspiralen sowie der Stabilisierung durch Beruhigung und Stressreduktion (Reizverminderung, Stressabbaustrategien wie körperliche Aktivität). Wir stärken Bereiche, die bisher gut funktioniert haben, und bauen Ressourcen auch bei der Familie entsprechend aus. Problemverhalten soll im geschützten Rahmen angegangen und bearbeitet werden. Ein engmaschiges Betreuungsnetz (enge Zusammenarbeit zwischen allen Fachkräften aus Schule, Wohngruppe/Tagesgruppe und Therapiebereich) sowie eine entwicklungs-offene Perspektive sind dabei zentral.

Unsere Flexibilität und Kreativität zeigen sich in vielseitig einsetzbaren, modifizierbaren Hilfebausteinen, flexiblen Betreuungsstrategien und dem Weglassen von Ansatzpunkten, die sich als nicht unterstützend erweisen. Hierfür ist es wichtig, helfende Menschen zu haben, die sich mit eigenen Stärken und Ressourcen positiv in die Arbeit einbringen und Angebote entsprechend ausgestalten und entwickeln können. Wir

gewähren hier viele Freiheiten und Räume, in denen sich auch unsere Fachkräfte weiterentwickeln können.

Ressourcen und Netzwerke

Aufgrund der vielfältigen Herausforderungen und insgesamt oft knappen Ressourcen ist es zentral, dass wir in der Planung der Hilfen und der Begleitung der jungen Menschen den Fokus auf die Ressourcen zentral im Blick behalten. Wir berücksichtigen dabei stets die Ressourcen des gesamten Hilfesystems: Dies betrifft fallspezifische Ressourcen (Kind, Familie, Umfeld, Kooperationspartner), Toleranz und Belastbarkeit anderer Kinder und deren Familien in den Gruppen oder der Hausgemeinschaft, persönliche Ressourcen der Mitarbeitenden, Personalkapazitäten, Möglichkeiten in der Dienstplanung und vorhandene Räumlichkeiten. Das Ziel ist dabei, gegenseitige Entlastung zu schaffen. Im Alltag realisieren wir dies durch individuell angepasste Entlastungs- und Erholungsmöglichkeiten, Supervision sowie haltgebende Rahmenbedingungen und Strategien für Kinder und Jugendliche selbst.

Wir investieren viel in Kooperationen und Netzwerke, die beispielsweise Patenfamilien umfassen, um kurzfristige Entlastungsmöglichkeiten in vertrautem Rahmen gestalten zu können. Zudem setzen wir Angebote wie therapeutisches Klettern um, organisieren Selbstbehauptungskurse, alltagspraktische Projekte, Reittherapie, Neurofeedback, Kooperationen mit Bauernhöfen, 1:1-Begleitung im Gruppenkontext und tiergestützte Bausteine.

Die Schule ist im Konzept der Fichtenhalde von großer Bedeutung für die Förderung der Ich-Funktionen und die Entwicklung eines stabilen Selbstwertgefühls. Wissen, Arbeitshaltung und kognitive Orientierung sind Voraussetzungen für die Teilnahme am

gesellschaftlichen Leben. Wir fördern die Neumotivierung, aktivieren Stützfunktionen der Intelligenz, bieten differenzierte Lernangebote, Hilfen bei Leistungsstörungen und gezielte Bildungsimpulse. Computerunterstütztes Lernen und die Vorbereitung auf Schul- und Berufswahl sind integraler Bestandteil.

Elternarbeit und Fallbeispiele

Eine zentrale Frage, die wir zu Beginn einer Hilfe oft stellen, lautet: Wie fühlen sich die Eltern zu Beginn der Hilfe eigentlich? Oft machen wir die Erfahrung, dass Eltern häufig zermüht und am Ende ihrer Kräfte sind. Häufig haben sie bereits unterschiedliche Hilfeangebote ohne nachhaltigen Erfolg wahrgenommen, wurden vorschnell verantwortlich gemacht und leiden unter schweren Versagens- und Schuldgefühlen. Ihre Haltung ist oft: „Wieso haben bisherige Bemühungen nicht helfen können?“

Die Beteiligung von Familien in der Fichtenhalde folgt keinem „Einheitskonzept“, sondern orientiert sich an der individuellen Problemlage. Die Bandbreite reicht von sehr regelmäßigen Telefonkontakten bis hin zu gemeinsamen pädagogischen Konzepten. Wir arbeiten mit Eltern-, Mutter- und Vätergruppen und kooperieren intensiv mit örtlichen Fachdiensten. Leistungen umfassen Elterngespräche, Müttergruppen, Mutter-Kind-Gruppen, Vater-Kind-Gruppen, Elternseminare, Familiengruppen, Familienberatung, intensive Netzwerkarbeit sowie die gemeinsame Durchführung von Festen und Ehemaligentreffen in der Fichtenhalde.

Zwei Fallbeispiele verdeutlichen die gelebte Praxis:

An (bei Aufnahme 7 Jahre): Vertrauen der Kindesmutter (KM) musste erst

gewonnen werden – eine teilstationäre Hilfe ging voraus, die KM hatte starke Bedenken und Ängste bezüglich der stationären Hilfe. Zu Beginn fanden täglich bis zu fünf Anrufe statt, teilweise per Video, um die KM einzubeziehen. Es erfolgte ein enger Einbezug bei jeder Veränderung, die Durchführung von Sonderheimfahrten (zusätzliche Übernachtungen unter der Woche, um das Kind nicht zu überfordern), die Begleitung und gemeinsame Durchführung von Arztterminen sowie die Teilnahme an Mutter-Kind-Gruppen usw. Mit der Zeit gelang es, ein vertrauensvolles Arbeitsbündnis aufzubauen, was für die Entwicklung des Jungen zentral war.

Lu (7 Jahre): Kooperationspartner waren in seinem Fall die Großeltern – es konnten nur verkürzte Wochenendheimfahrten umgesetzt werden, die von einer festen Patenbetreuerin begleitet wurden. Die Betreuung aufgrund des Gesundheitszustands der Großeltern gestaltete sich immer wieder schwierig; eine enge Familienarbeit zur Entschärfung der Dynamik zwischen Vater und Großeltern war erforderlich. Zudem wurden begleitete Vater-Sohn-Kontakte mit Fachkräften umgesetzt, um die Beziehung aufzubauen und zu stabilisieren.

Flexible Betreuungsstrategien

In der Fichtenhalde setzen wir flexible Betreuungsmodelle um, die nicht in „eine Schublade“ passen, sondern an den Bedarfen der jungen Menschen orientiert sind. Diese umfassen zum Beispiel ein teilstationäres Betreuungsmodell mit Anbindung an stationäre Gruppen, um eine Krisenintervention zu ermöglichen. Immer wieder bieten wir an, stationär-ambulante Interventionen für Geschwisterkinder durchzuführen

oder begleiten insbesondere junge Kinder in reduzierten stationären Betreuungsmodellen mit enger Arbeit im Familiensystem (2 x 2 Tage stationär).

Erfolgsbewertung und Erfolgsbausteine

Die Bewertung von Erfolg in der Kinder- und Jugendhilfe kann nur individuell erfolgen und muss stets die ursprüngliche Ausgangslage berücksichtigen. Da der Weg zum Erfolg auf einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren beruht, stellen Grenzen einer Hilfemaßnahme oder hohe Belastungen nicht automatisch ein Zeichen für Misserfolg dar. Eine wesentliche Grundlage für eine gelingende Kooperation ist vielmehr die Transparenz: Es gilt, die Gründe für sowohl erreichte Erfolge als auch für Misserfolge offen zu benennen und zu reflektieren. Damit solche Erfolge innerhalb einer Einrichtung nachhaltig erzielt werden können, sind bestimmte Voraussetzungen aus unserer Erfahrung unabdingbar: Dazu gehören eine mehrdimensionale Problem- und Therapiesicht, flexible Hilfeansätze sowie ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Zudem ist es entscheidend, auch kleine Erfolge trotz widriger Umstände anzuerkennen, Ressourcen für die Zukunft aufzubauen, konkrete Vorschläge für die Nachbetreuung zu entwickeln, den jungen Menschen und ihre Familien auf mögliche nächste Krisen vorzubereiten und selbst in schwierigen Zeiten eine gelingende Kooperation mit allen Beteiligten sicherzustellen.

Abschluss

Der Workshop endete mit einer Sammelrunde zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu anderen Konzepten sowie Impulsen.

Ihre Fachkräfte wollten mit jungen Menschen arbeiten. Nicht mit Formularen.

Die Doku frisst den Abend, das Postfach läuft über, das Diensthandy kennt keinen Feierabend.

TeamHUB übernimmt intelligent und KI gestützt die Verwaltung — und lässt die Sozialdaten dort, wo sie hingehören, bei Ihnen!

Nach dem Hilfeplangespräch

Die Fachkraft diktiert auf dem Rückweg ins Handy. TeamHUB schreibt mit und baut den Vermerk nach Ihrer Vorlage — abgelegt beim richtigen Vorgang. Prüfen und ergänzen statt bei null anfangen: Dokumentation wird vom Zeitfresser zur überschaubaren Aufgabe.

Fall Analyse & Besprechung

Wer gehört eigentlich zu dieser Familie? Nehmen wir den Fall auf? Statt einer Skizze entsteht das Genogramm automatisiert — mit Pflegeverhältnis, Abbruch, Sucht und Bindung in korrekter Notation. Es liegt danach in der Akte, nicht auf einem Zettel im Büro.

Hochleistungs KI - Sozialdatenschutz

Unsere KI Sprachmodelle laufen auf eigener Infrastruktur in unseren Rechenzentren in Reutlingen und Altenriet — Höchste Datenschutzstandards mit Servern ausschließlich in Deutschland. DSGVO-konform.

30 Minuten, Ihr echter Ablauf — live nachgebaut.

Bringen Sie Ihren Use Case mit: Im Erstgespräch zeigen wir Ihnen die Möglichkeiten der Umsetzung.

Social-Flex-Nachlass für Träger im Sozialwesen



Alexandra Mollenkopf
Ihre Praxispartnerin
+49 151 11459298



» Sind freie Träger Träger zweiter Klasse?

Wenn die Anerkennung nach § 75 SGB VIII zur Eintrittskarte wird — und einer ganzen Trägergruppe verwehrt bleibt

Sven Gebauer, Janko Sprenger

1. Der Anlass: Anerkennung als Ausschreibungsbedingung

Öffentliche Träger schreiben zunehmend neue Leistungen der Jugendhilfe aus — insbesondere Infrastrukturangebote, die Familien offen und ohne individuelle Hilfeplanung zur Verfügung stehen sollen. In den Ausschreibungen und Interessenbekundungsverfahren findet sich dabei regelmäßig eine Bedingung: Bewerben dürfen sich nur nach § 75 SGB VIII anerkannte Träger der freien Jugendhilfe.

Was auf den ersten Blick wie eine Förmlichkeit wirkt, entfaltet für privatwirtschaftlich organisierte Träger eine Ausschlusswirkung, die sich selbst verriegelt: Die Ausschreibung verlangt die Anerkennung. Der Träger beantragt die Anerkennung. Die Anerkennung wird in Zweifel gezogen oder versagt — nicht wegen fachlicher Mängel, sondern weil der Träger nicht steuerlich gemeinnützig organisiert ist. So geschehen aktuell in Schleswig-Holstein, wo einem überregional tätigen Jugendhilfeträger im Anhörungsverfahren entgegengehalten wird, mangels Gemeinnützigkeit müsse geprüft werden, ob überhaupt gemeinnützige Ziele verfolgt würden. Und selbst der gesetzliche Anerkennungsanspruch des § 75 Abs. 2 SGB VIII hilft nicht weiter: Er setzt eine mindestens dreijährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe voraus — eine Tätigkeit, die im ausgeschriebenen

Segment ohne Anerkennung gar nicht erst aufgenommen werden kann.

Der Zirkel ist perfekt: Der Marktzugang hängt an einem Status, den die Rechtsform verwehrt, und der Statuserwerb hängt an einer Tätigkeit, die der fehlende Status verhindert. Hinzu kommt eine uneinheitliche Anerkennungspraxis der Länder: In etlichen Bundesländern sind privatwirtschaftlich organisierte Träger nach § 75 SGB VIII anerkannt, in anderen wird die Anerkennung unter Verweis auf die fehlende steuerliche Gemeinnützigkeit versagt. Ob ein bundesweit nach identischen Standards arbeitender Träger sich um dieselbe Leistung bewerben darf, hängt damit faktisch vom Bundesland ab.

2. Warum die Frage jetzt entschieden werden muss

Die Verknüpfung von Anerkennung und Marktzugang wäre schon heute problematisch. Sie wird zur Weichenstellung durch die anstehende Strukturreform: Der Referentenentwurf zum Ersten Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (1. KJHSRG) will Infrastruktur- und Regelangebote gegenüber individuellen Hilfen stärken. Verlagert sich das Leistungsgeschehen in dieses Segment und bleibt dessen Zugang an die Anerkennung geknüpft, dann entscheidet § 75 SGB VIII künftig nicht mehr über einen Ehrentitel, sondern über die Teilhabe am Kern der

Jugendhilfe. Eine Vorschrift von 1990, deren zentrale Tatbestandsvoraussetzung bis heute ungeklärt ist, würde zum Marktordnungsrecht — ohne dass der Gesetzgeber dies je entscheiden hätte.

Dabei hat das Leistungsrecht des SGB VIII die Trägerneutralität längst vollzogen: Die Betriebserlaubnis nach § 45, die Vereinbarungen über ambulante Leistungen nach § 77 und die Entgeltvereinbarungen nach §§ 78a ff. knüpfen sämtlich nicht an die Gemeinnützigkeit an. Privatwirtschaftlich organisierte Träger erbringen heute einen erheblichen Teil der ambulanten Hilfen, der Familienhilfe, der Schulbegleitung, der Intensivpädagogik, der Wohnangebote und der Inobhutnahmen; viele Jugendämter wären ohne sie nicht handlungsfähig. Wie kann ein Träger gut genug sein, um täglich Kinder zu schützen, aber nicht gut genug, um sich um eine ausgeschriebene Leistung auch nur zu bewerben?

3. Die Rechtslage – ohne Illusionen, aber mit einer wichtigen Differenzierung

Wir machen es uns nicht leicht. Die Rechtslage ist gefestigter, als es die politische Debatte oft nahelegt, und wer sie ignoriert, schwächt das eigene Anliegen.

Nach § 75 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII setzt die Anerkennung voraus, dass der Träger „gemeinnützige Ziele“ verfolgt. Die

Gesetzesbegründung stellt ausdrücklich klar, dass damit nicht die Gemeinnützigkeit im Sinne des Steuerrechts gemeint ist (BT-Drs. 11/6748, S. 82). Dennoch hat das Hamburgische Obergerverwaltungsgericht mit Urteil vom 22. April 2008 (4 Bf 104/06) entschieden, dass gemeinnützige Ziele nur verfolgt, wer selbstlos im Sinne des Steuerrechts handelt, und dass privat-gewerbliche Träger deshalb keinen Anspruch auf Anerkennung haben; Verfassungs- und Europarecht hielt das Gericht für nicht entgegenstehend. Demgegenüber hat das VG Köln (Urteil vom 27. Juni 2013, 26 K 34/12) den eigenständigen sozialrechtlichen Begriff betont. Die Kommentarliteratur räumt offen ein, dass unklar bleibt, wodurch sich dieser Begriff dann bestimmt — ein bemerkenswerter Befund für eine Norm, die über Statusrechte entscheidet. Die Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden (Fassung vom 7. September 2016) stützen den Rückgriff auf die Prüfmaßstäbe der Abgabenordnung ausdrücklich auf „verfahrensökonomische Gründe“. Was als Beweiserleichterung gedacht war, ist in der Praxis zum materiellen Ausschlusskriterium geworden. Dieser Schritt ist dogmatisch nie begründet worden.

Zwei Dinge hat die Entscheidung von 2008 allerdings nicht entschieden, weil sie sie nicht entscheiden konnte. Erstens die heutige Gleichheitsfrage: Es geht nicht mehr allein darum, ob der Ausschluss privatwirtschaftlicher Träger als solcher mit Art. 3 GG vereinbar ist, sondern darum, dass identisch verfasste Träger je nach Bundesland unterschiedlich behandelt werden. Zweitens die neue Eingriffsqualität: 2008 konnte das Gericht darauf verweisen, dass die Berufsausübung nicht berührt sei, weil der Träger seine Leistungen nach §§ 77, 78a ff. SGB VIII weiterhin erbringen könne. Wird die Anerkennung nun zur

Zugangsbedingung für ausgeschriebene Leistungen, entfaltet sie erstmals unmittelbare Ausschlusswirkung am Markt. Eine Anerkennungsvoraussetzung, die den Zugang zu einem ganzen Leistungssegment versperrt und die eine Trägergruppe strukturell nicht erfüllen kann, ist an Art. 12 Abs. 1 GG in einer Schärfe zu messen, die sich 2008 nicht stellte.

Zugleich ist rechtlich sauber zu unterscheiden, wo die Ausschreibungsbedingung überhaupt eine gesetzliche Grundlage hat. Bei entgeltfinanzierten Leistungen nach §§ 77, 78a ff. SGB VIII sieht das Gesetz die Anerkennung als Voraussetzung der Leistungserbringung nicht vor; wird sie dort in Ausschreibungen oder Interessenbekundungsverfahren gleichwohl verlangt, ist diese Bedingung bereits nach geltendem Recht angreifbar — vergaberechtlich über die Grundsätze der Gleichbehandlung und des Wettbewerbs, sozialrechtlich über die Trägerneutralität des Leistungserbringungsrechts. Bei förderfinanzierten Infrastrukturangeboten hingegen findet die Bedingung in § 74 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII einen Anker, wonach die auf Dauer angelegte Förderung in der Regel die Anerkennung voraussetzt. Hier hilft keine Rüge im Einzelfall — hier muss der Gesetzgeber handeln.

4. Der Konstruktionsfehler: ein Status, fünf Rechtsfolgen

Die Debatte verengt sich regelmäßig auf die Frage, was „gemeinnützig“ bedeutet. Wir halten eine andere Frage für vorrangig: Wofür wird der Status eigentlich gebraucht? § 75 SGB VIII bündelt Rechtsfolgen, die *sachlich nichts miteinander zu tun haben*.

Erstens den Zugang zur dauerhaften Förderung (§ 74 Abs. 1 Satz 2). Zweitens die jugendhilfepolitische Mitwirkung über das Vorschlagsrecht für den

Jugendhilfeausschuss (§ 71 Abs. 1 Nr. 2). Drittens den Subsidiaritätsvorrang des § 4 Abs. 2. Viertens die Beteiligung an der Wahrnehmung anderer Aufgaben nach § 76 Abs. 1, etwa im Kontext der Inobhutnahme. Und fünftens — als jüngste, gesetzlich nie angeordnete Rechtsfolge — den faktischen Marktzugang, wenn Ausschreibungen die Anerkennung zur Teilnahmebedingung machen.

Für die Förderung ist ein Kriterium der Mittelbindung sachlich vertretbar: Steuerfinanzierte Zuschüsse sollen nicht als Gewinn entnommen werden können. Diesen Grundsatz greifen wir nicht an. Für die Mitwirkungsrechte und erst recht für den Marktzugang ist die steuerliche Selbstlosigkeit als Kriterium jedoch sachfremd: Ob ein Träger an der Jugendhilfeplanung mitwirken, im Jugendhilfeausschuss vertreten sein und sich um ausgeschriebene Leistungen bewerben darf, muss davon abhängen, ob er fachlich geeignet ist und einen relevanten Beitrag zur Versorgung leistet — nicht davon, wem seine Überschüsse gehören. Träger, die faktisch Inobhutnahmen und Schutzaufträge mittragen, sitzen heute nicht an dem Tisch, an dem über die Planung eben dieser Infrastruktur entschieden wird — und dürfen sich künftig nicht einmal um deren Ausbau bewerben.

Die Widersprüchlichkeit des geltenden Statusrechts zeigt sich schließlich an § 75 Abs. 3 SGB VIII: Die Kirchen und die auf Bundesebene zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind kraft Gesetzes anerkannt — ohne jede Prüfung von Fachlichkeit, personeller Eignung, Kinderschutz oder Leistungsfähigkeit. Ein privatwirtschaftlicher Träger muss all dies nachweisen und wird gleichwohl abgelehnt; ein Verband muss nichts nachweisen und ist automatisch anerkannt. Überträgt man diese Asymmetrie auf Ausschreibungen, heißt das:

Die Teilnahmeberechtigung wird bei den einen ungeprüft vermutet und den anderen trotz nachgewiesener Eignung verwehrt. Wer die Anerkennung ernsthaft als Qualitätsaussage versteht, kann das nicht rechtfertigen.

5. Das SGB VIII ist der letzte Ort im Sozialrecht, an dem die Rechtsform über den Status entscheidet

Die tragenden Präjudizien für das Gemeinnützigkeitsprivileg stammen aus dem Recht des Bundessozialhilfegesetzes. Das nachfolgende Sozialrecht hat diese Unterscheidung aufgegeben: § 11 Abs. 2 SGB XI verpflichtet die Pflegekassen ausdrücklich zur Gleichbehandlung freigemeinnütziger und privater Träger; SGB IX und SGB XII knüpfen im Leistungserbringungsrecht nicht an die Gemeinnützigkeit an. Das SGB VIII ist damit der letzte Bereich des deutschen Sozialrechts, in dem die Frage der Gewinnverwendung über die statusrechtliche Stellung eines Leistungserbringers entscheidet.

Auch jenseits des Sozialrechts ist der Befund eindeutig. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat bereits 2006 in seinem Gutachten zur abgabenrechtlichen Privilegierung gemeinnütziger Zwecke festgehalten, dass eine bestimmte Organisationsform als solche keine Begünstigung rechtfertigen kann, sondern allein die Art der ausgeübten Tätigkeit; er hat empfohlen, die Anerkennung eines Non-Profit-Status strikt von der Gewährung von Privilegien zu trennen, und er hat die Privilegierung der organisierten Wohlfahrtspflege als wettbewerbsverzerrend bezeichnet. Der Europäische Gerichtshof hat zudem klargestellt, dass der gewerbliche Charakter einer Tätigkeit nicht ausschließt, dass sie dem Gemeinwohl dient, und dass auch private Einrichtungen mit

Gewinnerzielungsabsicht Einrichtungen mit sozialem Charakter sein können. Die Gleichsetzung von Gemeinwohl dienlichkeit und Gewinnverzicht, auf der die restriktive Auslegung des § 75 beruht, ist ökonomisch wie europarechtlich überholt.

6. Unser Vorschlag: klarstellen, entkoppeln, öffnen

Das Gesetzgebungsverfahren zum 1. KJH SRG bietet die Gelegenheit, den seit 1990 unveränderten § 75 SGB VIII an die Versorgungsrealität anzupassen — bevor die Vorschrift durch die Stärkung der Infrastrukturangebote endgültig zum Marktordnungsrecht wird. Wir schlagen vier Schritte vor.

Erstens: Klarstellung des sozialrechtlichen Begriffs durch Zweckbindung.

Der Gesetzgeber sollte klarstellen, was er 1990 bereits gemeint hat: „Gemeinnützige Ziele“ verfolgt, wer die Jugendhilfe nicht als Mittel für sachfremde Zwecke betreibt und die Zweckbindung des Jugendhilfebereichs sichert. Prüfbarer Maßstab ist nicht die Selbstlosigkeit der Gesamtorganisation nach der Abgabenordnung, sondern die satzungsmäßig verankerte und nachprüfbare Bindung: Der Jugendhilfezweck muss prägend sein, und die im Jugendhilfebereich erwirtschafteten Mittel müssen diesem Bereich in einem geordneten Umfang erhalten bleiben. Anders als der pauschale Verweis auf die AO unterscheidet dieser Maßstab genau dort, wo es darauf ankommt: Er verhindert die Aushöhlung der Jugendhilfe, ohne die Rechtsform zu diskriminieren.

Zweitens: Entkopplung der Rechtsfolgen.

Die Mitwirkungsrechte — Vorschlagsrecht für den Jugendhilfeausschuss (§ 71), Subsidiaritätsvorrang (§ 4 Abs. 2), Aufgabenbeteiligung (§ 76) — sollten an die fachliche Eignung und

den tatsächlichen Versorgungsbeitrag des Trägers geknüpft werden, nicht an die Frage der Gewinnverwendung. Der Zugang zur dauerhaften Förderung nach § 74 kann demgegenüber an strengere Voraussetzungen der Mittelbindung geknüpft bleiben. Diese Differenzierung entspricht exakt der Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF, den Non-Profit-Status von der Privilegierung zu trennen.

Drittens: Offener Zugang zu ausgeschriebenen Leistungen.

Für Ausschreibungen und Interessenbekundungsverfahren muss gelten: Teilnahmeberechtigt ist jeder Träger, der die fachlichen, personellen und wirtschaftlichen Eignungsanforderungen erfüllt und — wo öffentliche Fördermittel fließen — die Zweckbindung dieser Mittel verbindlich zusichert. Bei entgeltfinanzierten Leistungen nach §§ 77, 78a ff. SGB VIII ist die Anerkennung als Teilnahmebedingung bereits nach geltendem Recht unzulässig; entsprechende Bedingungen werden wir künftig konsequent rügen und erforderlichenfalls überprüfen lassen. Für förderfinanzierte Infrastrukturangebote fordern wir eine gesetzliche Regelung im 1. KJH SRG, die den Zugang für alle geeigneten Träger mit Mittelbindung öffnet.

Viertens: Kurzfristig eine einheitliche Anerkennungspraxis.

Unabhängig von einer Gesetzesänderung fordern wir die Obersten Landesjugendbehörden auf, ihre Grundsätze von 2016 zu überarbeiten und die dort angelegte Beweiserleichterung nicht länger als Ausschlusskriterium anzuwenden. Fehlt ein Gemeinnützigkeitsbescheid, ist eine echte Einzelfallprüfung der verfolgten Ziele durchzuführen — so, wie es die Gesetzesbegründung verlangt. Die derzeitige Divergenz zwischen den Ländern ist rechtsstaatlich nicht hinnehmbar.

7. Was wir nicht fordern

Wir fordern nicht die Abschaffung der Gemeinnützigkeit und nicht den Zugriff privatwirtschaftlicher Träger auf steuerfinanzierte Fördermittel ohne Mittelbindung. Wir stellen die Leistungen der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und der gemeinnützigen Träger nicht in Frage; sie sind und bleiben tragende Säulen der Jugendhilfe. Wir fordern, dass der Zugang zur Jugendhilfe — zur Mitwirkung wie zu ausgeschriebenen Leistungen — von dem abhängt, worauf es für Kinder, Jugendliche und Familien ankommt: fachliche Leistungsfähigkeit, nachweisbare Qualität, Kinderschutz und Schutzkonzepte, personelle Eignung, Kooperationsbereitschaft und Wirksamkeit der Hilfen. Qualität entsteht

aus Haltung, Fachlichkeit, Reflexion und guter Personalführung — nicht aus der steuerrechtlichen Einordnung einer Gesellschaft.

8. Schluss

Es geht nicht um einen einzelnen Träger und nicht um eine einzelne Ausschreibung. Es geht darum, ob die Jugendhilfe den Zugang zu ihren neuen Leistungsformen an einen Status knüpft, den sie einer ganzen Trägergruppe strukturell verwehrt — und damit den Ausschluss genau der Träger organisiert, ohne deren tägliche Arbeit das System in der Vergangenheit nicht funktioniert hat und in der Zukunft nicht funktionieren wird! Wie kann ein Träger gut genug sein, um täglich Kinder zu schützen, aber

nicht gut genug, um sich um eine ausgeschriebene Leistung auch nur zu bewerben? Auf diese Frage gibt das geltende Recht keine überzeugende Antwort. Das laufende Gesetzgebungsverfahren zum 1. KJH SRG ist der richtige Ort, sie zu geben.

Nachweise

BT-Drs. 11/6748, S. 82; Hamb. OVG, Urt. v. 22.04.2008 – 4 Bf 104/06; VG Köln, Urt. v. 27.06.2013 – 26 K 34/12; Grundsätze für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII der AG der Obersten Landesjugendbehörden v. 07.09.2016; Wissenschaftlicher Beirat beim BMF, Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand, Gutachten, August 2006; § 11 Abs. 2 SGB XI; Referentenentwurf 1. KJH SRG v. 23.03.2026.



(Foto: unsplash)

OMBUDDY

NEU!



Die OMBUDDY-App hilft jungen Menschen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Konflikte zu lösen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Melde Dich jetzt an unter ombuddy.de/onboarding



Ombuddy ist ein
kostenfreies Angebot
für VPK-Mitglieder

Bei Fragen: ombuddy@vpk.de



Mitgliedsverbände

VPK-Bundesverband e. V.

Präsident: Martin Adam
Vizepräsidentin: Kathrin Schuten
Vizepräsident: Oliver Odenthal
Geschäftsstellenleitung: Sophia Reichardt reichardt@vpk.de
Fachreferentinnen: Hannah Adam hannah.adam@vpk.de
Michaelkirchstr. 17 / 18, 10179 Berlin
Telefon: 0 30 / 58 58 17 16 01
E-Mail: info@vpk.de
Internet: www.vpk.de

VPK-Landesverband Baden-Württemberg e. V.

Vorstand: Alexandra Mollenkopf, Joshua Voegeding, Susanne Swoboda
Schutterstr. 10, 77746 Schutterwald
Telefon: 07 81 / 9 48 21 63
E-Mail: kontakt@vpk-bw.de
Internet: www.vpk-bw.de

VPK-Landesverband Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.

Vorstand: Pierre Steffen,
Janko Sprenger, Sven Gebauer
Otto-Flath-Str. 7, 24109 Kiel-Melsdorf
Telefon: 04 31 / 54 50 03 30
E-Mail: info@vpk-nord.de
Internet: www.vpk-nord.de

VPK-Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Vorstand: Oliver Odenthal,
Heike Zehme, Philipp Spiekermann
Brockhauser Weg 12a,
58840 Plettenberg
Telefon: 0 23 91 / 58 197-60
E-Mail: info@vpk-nw.de
Internet: www.vpk-nw.de

VPK-Landesverband Bayern e. V.

Vorstand: Kerstin Kranz, David Stark,
Melanie Wagner
Wagnerbreite 3, 83607 Holzkirchen
Telefon: 0 80 24 / 30 38 77
E-Mail: geschaeftsstelle@vpk-bayern.de
Internet: www.vpk-bayern.de

VPK-Landesverband Hessen e. V.

Vorstand: Sarah Goldbach,
Johannes Steigleder
Ziegelhütte 2, 36381 Schlüchtern
Telefon: 0 66 61 / 96 16 30
E-Mail: post@vpk-hessen.de
Internet: www.vpk-hessen.de

VPK-Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland e. V.

Vorstand: Sabrina Pflaum,
Rosanna Coco, Svenja Simon
Professor-Rippel-Str. 38,
55765 Birkenfeld
Telefon: 0 67 82 / 4 00 96 80
E-Mail: info@vpk-rlp.de
Internet: www.vpk-rlp.de

VPK-Landesverband Berlin e. V.

Vorstand: Franz Schiedel,
Christian Kocher, Benjamin Zwick
Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin
Telefon: 030 / 62 93 82 35
E-Mail: info@vpk-berlin.de
Internet: www.vpk-berlin.de

VPK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Vorstand: René Karow, Thomas
Schwertfeger, Tabea Fisahn
Am Campus 1-11, 18182 Bentwisch
Telefon: 03 81 / 25 54 88 26
E-Mail: info@vpk-mvp.de
Internet: www.vpk-mvp.de

VPK-Landesverband Sachsen e. V.

Vorstand: Ulrich Kuschnik, Tobias Engel,
Johannes Witzke
Käthe-Kollwitz-Str. 7, 01477 Arnsdorf
Telefon: 0176 / 859 70 698
E-Mail: info@vpk-sachsen.de
Internet: www.vpk-sachsen.de

VPK-Landesverband Brandenburg e. V.

Geschäftsführender Vorstand:
Anna Kroupa
Am Kanal 16-18, 14467 Potsdam
Telefon: 03 31 / 58 11 53 77
E-Mail: office@vpk-brb.de
Internet: www.vpk-brb.de

VPK-Landesverband Niedersachsen e. V.

Vorstand: Georg Berenzen,
Peter Falkenberg
Nikolaiwall 3, 27283 Verden
Telefon: 0 42 31 / 9 85 86 45
E-Mail: info@vpk-nds.de
Internet: www.vpk-nds.de

Ilka Lindner

Vorstandsvorsitzende

29. Juni 2026
10. November 1971



„Das Schönste, was ein Mensch hinterlassen kann,
ist ein Lächeln im Gesicht derjenigen, die an ihn denken.“

Theodor Fontane

Ilka Lindner

* 10. November 1971

† 29. Juni 2026

Ilka Lindner hat unsere Arbeit im VPK über viele Jahre mit ihrem Engagement, ihrer hohen Fachlichkeit und ihrem großen Herzen bereichert. Ihre Hilfsbereitschaft und Zugewandtheit werden uns immer in Erinnerung bleiben.

Wir vermissen Ilka und werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie und ihren Freunden.

Das Präsidium

Martin Adam, Kathrin Schuten und Oliver Odenthal

Die Geschäftsstelle

Sophia Reichardt, Hannah Adam und Martine Liedtke

Die VPK-Landesverbände

Nachruf

„Es geht um die Konstellation von Menschen“

Am 29. Juni 2026 wurde Ilka Lindner infolge einer schweren Gewalttat in Stade aus dem Leben gerissen. Mit ihr verlieren wir einen Menschen, der die Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen über viele Jahre mit großer Fachlichkeit, Klarheit und persönlicher Kraft geprägt hat.

Ilka Lindner gehörte seit 14 Jahren dem Vorstand des VPK Niedersachsen an, sieben Jahre davon als Vorsitzende. Doch Ämter und Funktionen beschreiben nur einen Teil dessen, was sie für unseren Verband und für viele Menschen bedeutete.

Wenn wir an Ilka denken, denken wir nicht zuerst an Sitzungen, Beschlüsse oder Tagesordnungen. Wir sehen ihre Locken, hören ihr herzliches Lachen und erinnern uns an ihre besondere Art, Menschen unmittelbar zu erreichen. Sie brachte Energie in einen Raum, ohne sich in den Mittelpunkt zu stellen. Ihre Zugewandtheit schuf Nähe, ihre Klarheit gab Orientierung.

Ilka war früh da. Oft ganz wörtlich: Wenn andere ankamen, hatte sie bereits die Tür aufgeschlossen, Kaffee gekocht, Tische zusammengeschoben und an das gedacht, was

gebraucht wurde. Darin zeigte sich etwas Grundsätzliches. Ilka wartete nicht darauf, dass jemand Verantwortung übernahm. Sie sah, was zu tun war, und tat es. Sie konnte sehr klar sein. Manchmal kam erst ein knappes „...tschuldigung, aber ...“, und dann sprach sie aus, was aus ihrer Sicht gesagt werden musste. Nicht, um zu verletzen, sondern weil sie überzeugt war, dass Ehrlichkeit die Grundlage guter Zusammenarbeit ist. Sie redete nicht um Dinge herum. Zugleich war ihr nie gleichgültig, wie ihre Worte bei anderen ankamen. Für Ilka zählten die Sache und der Mensch.

Sie sprach die schwierigen Themen an, ohne Umwege, aber immer mit dem ehrlichen Wunsch, gemeinsam eine Lösung zu finden. Genau diese Verbindung aus Klarheit und Menschlichkeit zeichnete sie aus.

„Es geht um die Konstellation von Menschen“, sagte Ilka. Dieser Satz beschreibt ihr fachliches und verbandliches Wirken besonders treffend. Sie dachte Kinder- und Jugendhilfe nicht zuerst in Zuständigkeiten, Strukturen oder Akten, sondern in Beziehungen. Junge Menschen waren für sie keine Fälle, Familien keine Vorgänge und Mitarbeitende keine Funktionen. Sie sah Menschen mit ihren Geschichten, Verletzungen, Fähigkeiten und Hoffnungen.

Auch den VPK Niedersachsen verstand sie nicht als bloße Organisation. Für sie war der Verband eine Gemeinschaft von Menschen, die Verantwortung tragen: für junge Menschen, für Familien, für Mitarbeitende und für gute Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Sie brachte unterschiedliche Positionen zusammen, stellte die richtigen Fragen und traf Entscheidungen, wenn Entscheidungen notwendig waren.

Ihre Art zu führen bestand nicht darin, selbst im Mittelpunkt zu stehen. Ilka machte andere stark. Sie teilte ihre Erfahrung, ermutigte Kolleginnen und Kollegen und ließ Menschen wachsen. Sie war Ansprechpartnerin, Ratgeberin, Ideengeberin und oft auch Mutmacherin.

Dabei blieb sie bei aller Verantwortung humorvoll und lebensnah. Auf langen Autofahrten wurde über fachliche Entwicklungen, Krisen und Lösungen gesprochen – aber ebenso über Lakritze, Weihnachtsgeschenke und den nächsten Ausflug mit den Müttern und Kindern auf die Pferderennbahn. Ilka plante, organisierte und

dachte an alle. Und sie konnte über sich selbst lachen. „Wer schön sein will, muss lachen“, sagte sie gern. Dieses Lachen konnte Spannungen lösen und Menschen zusammenbringen. Es erinnerte daran, dass Fachlichkeit und Menschlichkeit keine Gegensätze sind.

Wenn es jungen Menschen nicht gut ging, konnte Ilka sich in Rage reden. Sie hielt Kontakt, fragte nach und blieb verantwortlich, auch wenn ein Hilfeverlauf formal beendet war. Bei schwierigen Gesprächen war sie da. Sie stellte sich vor andere, wenn Schutz und Rückhalt gebraucht wurden.

Es ist kein Zufall, dass sie auch am 29. Juni in Stade anwesend war. Umso unfassbarer bleibt, dass ein Mensch, der so oft Halt, Orientierung und Schutz gegeben hat, selbst Opfer einer solchen Gewalttat wurde.

Mit Ilka Lindner verliert die Kinder- und Jugendhilfe eine herausragende Persönlichkeit. Der VPK Niedersachsen verliert seine Vorsitzende. Viele Menschen verlieren eine Kollegin, Mentorin, Wegbegleiterin und Freundin. Ihre Familie verliert einen geliebten Menschen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie und allen, die Ilka liebten und ihr verbunden waren.

Ilka fehlt in der Konstellation von Menschen, die sie über viele Jahre mitgestaltet und zusammengehalten hat. Doch ihr Wirken bleibt. Es bleibt in den Haltungen, die sie geprägt hat, in den Menschen, die sie ermutigte, und in der Verantwortung, die sie uns hinterlässt: hinzusehen, klar zu sprechen, menschlich zu handeln und sich schützend vor andere zu stellen.

Wenn wir heute an Ilka denken, hören viele von uns zuerst ihr Lachen. Wir

sehen ihre Locken, hören ein „...tschuldigung, aber ...“ und erinnern uns an einen Menschen, der Klarheit und Herzlichkeit auf eine ganz besondere Weise miteinander verbunden hat.

Genau so wird sie uns in Erinnerung bleiben.

In stiller Trauer
und großer Verbundenheit

Dein





Keine Reform auf Kosten junger Menschen:

Ein Appell an die Verantwortung der Politik

Der am 12. August 2026 beschlossene Kabinettsentwurf zum 1. KJHSRG lässt die von Praxis, Wissenschaft und Verbänden seit Monaten aufgezeigten Schwachstellen weitgehend unberücksichtigt und setzt sich damit über die deutlichen Warnsignale der Fachwelt hinweg. Aus Gründen vermeintlicher Effizienz werden die Subjektstellung junger Menschen und damit zentrale Grundprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe geschwächt.

Trotz massiver Kritik am Referentenentwurf des 1. KJHSRG wurden keine

substanziellen Korrekturen an den benannten Kernpunkten vorgenommen. Vielmehr wurde der verbindliche Weg zu einer inklusiven Gesamtzuständigkeit durch eine unsichere Experimentierklausel ersetzt. Auch die Kritik, dass infrastrukturelle Angebote individuelle Hilfen nicht bedarfsgerecht ersetzen können, wurde nicht berücksichtigt. Stattdessen wird der Vorrang von Infrastrukturangeboten nur noch deutlicher hervorgehoben. So wird in Kauf genommen, dass die Regelung zu einer Einschränkung des Wunsch- und Wahlrechts führt, erhöhte Hürden für Leistungsberechtigte darstellt und große Risiken von Fehlsteuerungen und Versorgungslücken mit sich bringt. Gleichzeitig bleiben zentrale Fragen der Finanzierung und Systemverantwortung ungeklärt.

„Die Reform stellt die Kinder- und Jugendhilfe als System dar, welches nach ökonomischen Kriterien umgebaut werden kann. Eine Hilfe, die primär unter Kostengesichtspunkten ausgewählt wird, aber am individuellen Bedarf vorbeigeht, ist jedoch nicht effizient und stellt somit keine effektive, bedarfsgerechte Hilfe dar“, so Martin Adam, Präsident des Bundesverbandes privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V. (VPK). „Der Versuch der Politik, durch den Vorrang von Regelangeboten Kosten zu senken, riskiert, dass junge Menschen nicht die Hilfe erhalten, die sie tatsächlich brauchen, was nicht

nur zu massiven Folgekosten in Form verschärfter sozialer Problemlagen führen wird, sondern insbesondere auch dem Wohl der jungen Menschen zuwiderläuft“, so Adam weiter.

Der Entwurf vollzieht einen gefährlichen Paradigmenwechsel, welcher das Fundament des SGB VIII untergräbt: An die Stelle individuell durchsetzbarer Rechtsansprüche tritt zunehmend ein Anspruch auf vorhandene Strukturen. Wenn der Zugang zu bedarfsgerechter Unterstützung davon abhängt, ob ein Angebot „vor Ort“ existiert, wird das Wunsch- und Wahlrecht faktisch ausgehebelt. Hinzu kommt, dass eine Großzahl der Kommunen bereits heute keine ausreichenden infrastrukturellen Angebote vorzuweisen hat und somit nicht in der Lage ist, die hochkomplexen Fälle aufzufangen. Junge Menschen werden auf diese Weise zu Objekten der Planungslogik degradiert.

Zudem führt die Aufhebung des verbindlichen Weges einer bundesweiten Gesamtzuständigkeit zu einem politischen Signal, das Inklusion als „Option“ behandelt statt als verbindliche Verpflichtung, die zusätzlich auch für die Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen des KJSG beschlossen wurde. „Statt einer einheitlichen Lösung entsteht ein Flickwerk unterschiedlicher Zuständigkeiten, das jungen Menschen mit Behinderungen je nach Wohnort



SAVE-THE-DATE

VPK PODIUM 2027

am 27. April 2027

IN BERLIN



ungleiche Chancen bietet. Dies ist ein direkter Verstoß gegen den Auftrag des § 1 SGB VIII und die UN-Behinderntenrechtskonvention“ so Martin Adam.

„Der Kabinettsentwurf stellt in der vorliegenden Form somit kein Reformprojekt dar, sondern ignoriert vielmehr die Lebensrealitäten der Leistungsberechtigten sowie der aktuellen Jugendhilfelandchaft“, so Martin Adam. „Der VPK fordert daher, die Vielzahl an Kritik und Hinweisen aus der Fachwelt ernst zu nehmen und den Entwurf entsprechend anzupassen. Der Entwurf stellt unter dem Aspekt der Effizienz und Einsparungen ein hohes Risiko in Bezug auf Folgekosten, insbesondere aber in Bezug auf das Leben und Wohl junger Menschen und ihrer Familien, dar. Eine Reform sollte sich vielmehr an deren Bedürfnissen orientieren und

sicherstellen, dass Effizienz- und Einsparungsziele nicht zulasten einer bedarfsgerechten Unterstützung gehen“, so Adam weiter.

Martin Adam

Präsident des VPK-Bundesverband e.V.

Hinweis: Die ausführliche Stellungnahme zum Referentenentwurf des 1. KJH SRG ist auf der Webseite des VPK-Bundesverbandes einsehbar.

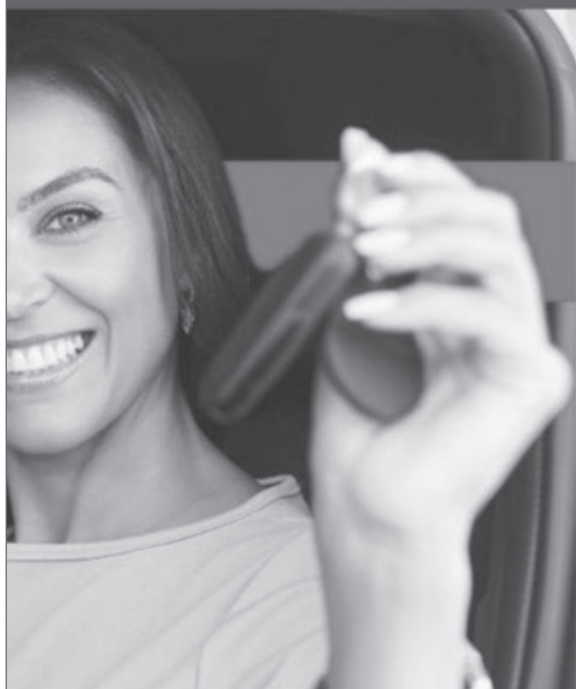
Kontakt / Ansprechpartner:

Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V. (VPK)
Bundesgeschäftsstelle:
Michaelkirchstraße 17/18,
10179 Berlin, Tel.: 030 / 58 58 17 16 01
E-Mail: info@vpk.de
Internet: www.vpk.de
Instagram: [@vpk_de](https://www.instagram.com/vpk_de)

Hintergrund

Der VPK-Bundesverband ist der einzige bundesweite Dachverband für private Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe. Er ist politisch und finanziell unabhängig und wird durch die Beiträge der Mitglieder der Landes- und Fachverbände finanziert, die auf Grundlage des Sozialgesetzbuches verschiedene Dienstleistungen in der Kinder- und Jugendhilfe erbringen. Der VPK wird zur Interessenvertretung seiner Mitglieder gegenüber Politik und Gesellschaft aktiv. Er ist nach seinem Selbstverständnis qualitäts- und leistungsorientiert und in verschiedenen übergreifenden Gremien bundesweit vertreten. Der Verband wird in allgemeinen und grundsätzlichen Fragestellungen der Kinder- und Jugendhilfe initiativ, verfasst Stellungnahmen, unterhält eine Internetseite und gibt die Fachzeitschrift „Blickpunkt Jugendhilfe“ heraus.

CarFleet24



ATTRAKTIVE KONDITIONEN FÜR VPK-MITGLIEDER

Neufahrzeuge zu attraktiven Sonderkonditionen – markenunabhängig, transparent und direkt über deutsche Vertragshändler.

Ihre Vorteile: PKW & Nutzfahrzeuge bis 3,5t, Leasing, Finanzierung oder Barkauf, persönliche Beratung und keine Vermittlungskosten.

Die Angebote gelten auch für Angehörige und Mitarbeitende.

Mehr Infos im internen Bereich.

Filmempfehlung

Leonie Rieth, Geschäftsführerin beim Bundesverband Jugend und Film (BJF)



Die Fantasie von Kindern und Jugendlichen anregen, ein Fenster in fremde Welten öffnen, in Gedanken nachwirken und zum Dialog einladen – gute Filme können das! Der Bundesverband Jugend und Film (BJF) bietet daher in seinem Filmverleih – der BJF-Clubfilmothek – ein sorgfältig ausgewähltes Programm für Filmveranstaltungen in Schulen, Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit. Die Filme bieten den Kindern bzw. Jugendlichen Identifikationsmöglichkeiten, haben einen Bezug zu ihrer Lebenswelt oder zeigen ganz neue Perspektiven auf. Ideal, um sich danach über das Gesehene auszutauschen. Der BJF Filmverleih bietet dazu neben dem Film – und passender nichtgewerblicher Lizenz zum Zeigen – auch zielgruppenspezifische Arbeitsmaterialien. Jetzt den Film in der BJF-Clubfilmothek ausleihen oder kaufen und eine eigene Filmvorführung organisieren.
<https://bjf.clubfilmothek.de/>

Kurzfilm „Was I Easier to Love?“

Eine starke Dokumentation über eine junge Frau und ihren Kampf, ihr Leben selbstbestimmt zu führen: „Was I Easier to Love?“ für alle ab 14 Jahren.

Inhalt: Eine junge Frau kämpft darum, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Sie hat sich in eine Frau verliebt. Das verurteilt ihre Mutter und viele Vorurteile brechen hoch. „War ich einfacher

zu lieben, als ich noch keinen eigenen Willen hatte?“, fragt sie sich - und hofft, dass ihre Mutter sie eines Tages so annehmen kann, wie sie ist. Einfühlsam erzählt der Sechsinüter über die Herausforderungen innerhalb Familien und die Stärke junger Heranwachsenden, für sich einzustehen.

Jetzt den Kurzfilm in der BJF-Clubfilmothek in der Originalfassung mit deutschen Untertiteln ausleihen:

<https://bjf.clubfilmothek.de/filme.php?id=2988082>



(Foto: Kaya Hansen)

Bildmaterial inkl. Credits zum Download:

<https://hidrive.ionos.com/share/5lfj.77v26>



„Ab morgen bin ich mutig“

Eine einfühlsame Geschichte vom ersten Verliebtsein verpackt als Hommage an das Filmemachen und die Fotografie.

Inhalt: Karls großes Hobby ist Fotografie und Film. Außerdem schlägt das Herz des Zwölfjährigen für seine Mitschülerin Lea, in die er sich verliebt hat. Doch Lea ist größer als er und oft mit Tanzen oder Lernen beschäftigt. Zudem wechselt sie am Ende des Schuljahrs die Schule, weshalb nicht mehr viel Zeit bleibt, sie besser kennenzulernen.

Karls älterer Bruder Tom rät ihm, mal mutig zu sein. Also lädt Karl Lea zu sich nach Hause ein. Zum Glück ist Lea begeistert von seinem improvisierten Badezimmer-Labor, in dem der Junge seine Fotografien entwickelt. Aber die Zeit wird knapp für weitere Treffen. Es bleibt nur noch die Projektfahrt, bei der sich Karls 6. Klasse für einen Werkstattfilm mit dem Arbeitstitel „Verliebt“ entschieden hat. Karl übernimmt die Kamera, Lea und ihre Freundin

befragen Menschen auf der Straße, im Pflegeheim und in der ganzen Klasse. Karl erfährt dadurch viel über Gefühle aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln - und auch aus Leas Sicht. Plötzlich zeigt sich: Karl ist nicht allein mit seinem Problem. Doch wird Karl sich trauen, Lea seine Gefühle zu gestehen?

Die Klasse von Karl wird bei ihrem Filmprojekt in allen Produktionsschritten begleitet. So gibt der Film ganz nebenbei eine Art Anleitung für Filmprojekte, die junge Menschen dann direkt selbst umsetzen können. Und dabei wie Karl beweisen: Kreativ sein macht mutig!

Die BJT-Jugend Filmjury – also junge Menschen, die den Film sichten und bewerten - fasst zusammen: „Liebe hat ein großes Spektrum und jede Person, egal welchen Alters, kann dies nachempfinden. Für 8-jährige und ältere Kinder sowie für Schulklassen eignet sich der Film thematisch gut und bringt einen Denkanstoß sowie einen Perspektivwechsel zum Thema Liebe.“

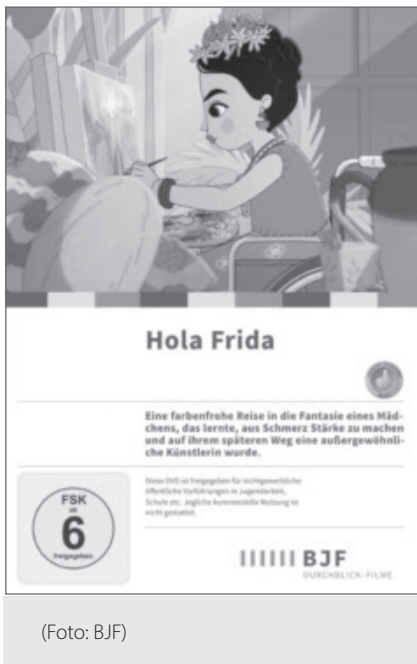
Der BJT empfiehlt den Film ab 8 Jahren. Gesprächsanlässe bietet der Film viele, denn Freundschaft, Geschwistersein, Verliebtsein und Schulalltag sind Themen, zu denen alle Kinder und Jugendliche täglich Erfahrungen sammeln. „Ab morgen bin ich mutig“ erzählt einfühlsam von einem ersten Verliebtsein. Dabei wird der zurückhaltende Karl nicht auf seine Schüchternheit reduziert: Er findet kreative Wege, um über sich hinaus zu wachsen. Bei der Suche nach der eigenen Identität zeigt der Film, wie wichtig ein wertschätzendes Miteinander ist. Karl erlebt Rückschläge, wird enttäuscht und ist auch mal traurig. Aber in all diesen Situationen sind Menschen wie sein großer Bruder oder sein bester Freund für Karl da und schenken ihm Aufmerksamkeit, zeigen Empathie und liefern durchweg Unterstützung.

Jetzt den Film inkl. Lizenz und pädagogische Begleitmaterial und Arbeitsblätter beim BJT ausleihen und im JUZ oder Verein zeigen:

<https://bjt.clubfilmtheke.de/filme.php?id=2931119>



(Foto: Realfiction)



(Foto: BJB)

„Hola Frida“

Eine farbenfrohe Reise in die Fantasie eines Mädchens, das lernte, aus Schmerz Stärke zu machen und auf ihrem späteren Weg eine außergewöhnliche Künstlerin wurde.

Mexiko, 1954. Beim Malen findet die 47-jährige Frida Kahlo das alte Skizzen-Tagebuch aus ihrer Kindheit wieder und blickt zurück auf diese prägende Zeit:

1907 wächst die sechsjährige Frida mit ihren Eltern und der jüngeren Schwester Cristina in Coyocan auf, dem südlichen Teil von Mexiko Stadt. Frida ist ein neugieriges, mutiges Mädchen, das die Welt aufmerksam beobachtet und mit Fantasie und Lebensfreude entdeckt. Sie genießt ihr unbeschwertes Familienleben, streift über den Markt und lässt sich von Musik, Farben und Geschichten inspirieren.

Fridas Unbeschwertheit endet schlagartig, als sie an Kinderlähmung erkrankt und sie isoliert und unter Schmerzen eine sehr lange Zeit im Bett verbringen muss. Straßenhund

Chiquita aus der Nachbarschaft leistet ihr tröstliche Gesellschaft. Trost findet Frida auch in einer Fantasiewelt voller Farben und Blumen, die sie mit ihrer schier grenzenlosen Vorstellungskraft erschafft. Dort findet sie Zuflucht bei ihrem imaginären Ich, das ihr Stärke gibt und Mut zuspricht und sie vor der unheimlichen, elegant gekleideten Skelettfigur beschützt.

Mit viel Willensstärke, Lebensfreude und einem großen Herzen meistert Frida die vielen Herausforderungen in ihrem jungen Leben – auch ihren Unfall als Achtzehnjährige, der sie wieder ans Bett fesselt und in ein Korsett zwingt. Nichts hält sie jedoch davon ab, mit viel Talent, Ehrgeiz und Kreativität zu einer der bedeutendsten Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts zu werden.

Die Illustratorin Cara Carmina hat für die visuelle Ästhetik des Films den farbenfrohen Stil der Künstlerin nachempfunden und schafft damit einen lebendigen Animationsfilm über die

Kindheit einer der bekanntesten Malerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit viel guter Laune und einer großen Portion Feminismus ist der Film ein Plädoyer für das Leben – auch wenn es oft große Hürden zu meistern gilt. Ein visuelles Erlebnis, das zum Staunen, Mitfühlen und Nachdenken einlädt.

Die BJB-Jugend Filmjury – also junge Menschen, die den Film sichten und bewerten - resümiert: Der Film vermittelt „gute Aussagen zu den Themen Tod, Stärke und Zusammenhalt und gibt einen hoffnungsvollen Ausblick“

„Hola Frida“ bietet vielfältige Impulse zur altersgerechten Auseinandersetzung mit herausfordernden Themen wie Krankheit und Tod, kombiniert mit umso positiveren Elementen wie Fantasie und Selbstvertrauen. Jetzt den Animationsfilm für alle ab 8 Jahren in der BJB-Clubfilmtheek ausleihen oder kaufen:

<https://bjf.clubfilmtheek.de/filme.php?id=2931118>



(Foto: Eksystemt)

Damit es einfach läuft.

Digitalisierung gemeinsam gestalten.

Als langjähriger Partner des VPK kennen wir die Herausforderungen der Jugendhilfe und helfen Einrichtungen dabei, passende Lösungen für Digitalisierung und IT zu finden.

Wir hören zu, erklären verständlich und finden *gemeinsam* mit Ihnen die passende Lösung. Von der Webseite bis zur Vereinfachung Ihrer internen Prozesse in der Jugendhilfe.

Sie kennen Ihre Einrichtung. Wir kennen die Technik.

Auch wenn Sie selbst nicht genau wissen, was technisch möglich ist:

Fragen Sie uns einfach.

.expositio



www.expositio.de
Tel.: 0234 43 87 314

Buchempfehlung



(Foto: Vandenhoeck & Ruprecht Verlage)

Läuft bei uns!

Ein pädagogisch-psychologischer Wegweiser für ein neues Miteinander in der Schule

Das Buch „Läuft bei uns! Ein pädagogisch-psychologischer Wegweiser für ein neues Miteinander in der Schule“ von Sven Donner und Lars Bednorz nimmt das Verhältnis zwischen Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften in den Blick. Ausgehend von der gemeinsamen Vorstellung, jeweils „das Beste“ für Kinder und Jugendliche zu wollen, hinterfragen die Autoren, warum die Beteiligten dennoch häufig übereinander statt miteinander sprechen. Dabei verbinden der Diplom-Psychologe Sven

Donner und der Gymnasialzweigleiter Dr. Lars Bednorz ihre unterschiedlichen Perspektiven aus Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie Schule und machen deutlich, dass ein gelingendes Miteinander nicht allein von den beteiligten Personen, sondern auch von den schulischen Strukturen abhängt.

Mit einer klaren Haltung plädieren die Autoren dafür, die vermeintlich feststehenden Strukturen von Schule stärker als „Gestaltungsräume“ zu begreifen und allen Beteiligten mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung einzuräumen. Im Mittelpunkt steht dabei der Perspektivwechsel vom Übereinander- zum Miteinandersprechen: Gegenseitige Vorurteile sollen abgebaut, unterschiedliche Perspektiven ernst genommen und tragfähige Netzwerke zwischen Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften geschaffen werden. Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, Kindern und Jugendlichen sämtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen, sondern darum, Schule stärker als Lebensraum zu verstehen und ihr Wohlbefinden ebenso ernst zu nehmen wie ihr Funktionieren im schulischen Alltag.

In elf Kapiteln widmen sich die Autoren unterschiedlichen Aspekten schulischer Zusammenarbeit und Kommunikation, darunter Elternsprechtage, Konflikte, Mobbing, Unterstützungsangebote und Digitalisierung. Die Verbindung einer psychologischen Einordnung mit praktischen Anregungen stellt dabei einen besonderen Mehrwert dar. Die am Ende der Kapitel formulierten Kommunikations- und Interaktionsimpulse bieten konkrete

Anlässe, um die eigene Kommunikation und Zusammenarbeit zu reflektieren und neue Formen des Miteinanders auszuprobieren. Besonders für die Arbeit mit Schüler*innen ab der Sekundarstufe finden sich dabei unmittelbar einsetzbare Übungen und Aktivitäten.

Der Anspruch, einen umfassenden „Wegweiser“ für eine systematische Veränderung schulischer Strukturen zu bieten, wird allerdings nicht vollständig eingelöst. Anstelle konkreter Konzepte für eine grundlegende Schulentwicklung oder systematische Veränderungsprozesse im Sinne eines umfassenden Handlungsplans sind eher Anregungen zur Haltung und Kommunikation zu finden. Gerade diese Perspektive macht das Buch jedoch zu einer interessanten Lektüre für alle, die sich mit der Frage beschäftigen, wie Schule als gemeinsamer Lebens- und Gestaltungsraum weiterentwickelt werden kann.

Insgesamt bietet „Läuft bei uns!“ eine praxisnahe und psychologisch fundierte Auseinandersetzung mit der Zusammenarbeit zwischen Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften. Das Buch regt dazu an, gewohnte Rollen und Kommunikationsmuster zu hinterfragen und eignet sich insbesondere für Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und alle, die sich mit Schulentwicklung und einem wertschätzenden Miteinander im schulischen Kontext beschäftigen.

Das Buch ist im Vandenhoeck und Ruprecht Verlag erschienen.

ISBN: 978-3-525-46303-1

Ladenpreis: 28,00 Euro (223 Seiten)

Klassen- buch – Wer gewinnt im Spiel des Lebens?

Das Sachbilderbuch „Klassenbuch – Wer gewinnt im Spiel des Lebens?“ von Gerda Raidt beschäftigt sich mit sozialer Ungleichheit und Klassismus und richtet sich an Kinder ab acht Jahren. Ausgangspunkt des Buches sind die soziologischen Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu und insbesondere sein Konzept der „feinen Unterschiede“. Bourdieu beschreibt damit, wie soziale Herkunft nicht nur über finanzielle Möglichkeiten, sondern auch über Sprache, Geschmack, Bildung, Kleidung, Ernährung und kulturelle Interessen vermittelt wird und dadurch gesellschaftliche Zugehörigkeit und Lebenschancen prägt. Gerda Raidt greift diese komplexen Zusammenhänge auf und übersetzt sie in eine für Kinder verständliche und anschauliche Form.

Am Beispiel einer Grundschulklasse zeigt die Autorin und Illustratorin, wie sich diese „feinen Unterschiede“ bereits im Alltag von Kindern bemerkbar machen. Ob beim Wohnen, Essen, Sprechen, bei Kleidung und Tischmanieren, im Sport oder bei kulturellen Aktivitäten: Was für ein Kind selbstverständlich ist, kann für ein anderes unerreichbar oder ungewohnt sein. Dabei wird deutlich, dass solche Unterschiede keineswegs nur persönliche Vorlieben darstellen. Sie sind häufig eng mit der sozialen Herkunft verbunden und können sich darauf auswirken, welche Möglichkeiten Kindern offenstehen und welchen Weg sie im weiteren Leben einschlagen.



(Foto: Klett Kinderbuch)

Bourdieu's theoretische Überlegungen werden im Rahmen des Buches nicht abstrakt erklärt, sondern anhand konkreter Situationen aus der Lebenswelt von Kindern sichtbar gemacht. Die einzelnen Beispiele zeigen, wie sich soziale Ungleichheiten zunächst scheinbar unauffällig entwickeln und später etwa bei der Wahl der Schule, der Ausbildung oder des Berufs bemerkbar machen können. Die klaren und detailreichen Illustrationen unterstützen diesen Zugang und laden dazu ein, die dargestellten Situationen gemeinsam zu betrachten und zu hinterfragen. Dadurch eignet sich das Buch sowohl zum selbstständigen Lesen als auch als Gesprächsgrundlage für Erwachsene und Kinder.

Das „Klassenbuch“ bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für die pädagogische Arbeit und hilft dabei, vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und mit Kindern über soziale Herkunft, unterschiedliche Lebensbedingungen, Klassismus und Chancengleichheit ins Gespräch zu

kommen. Besonders hilfreich sind die Anregungen am Ende des Buches, die den Blick darauf lenken, dass Ungerechtigkeiten nicht nur erkannt, sondern auch hinterfragt und verändert werden können.

Insgesamt überzeugt „Klassenbuch – Wer gewinnt im Spiel des Lebens?“ durch die gelungene Verbindung von sozialwissenschaftlichem Hintergrund und kindgerechter Vermittlung. Gerda Raidt macht sichtbar, wie stark soziale Herkunft den Alltag und die späteren Lebenschancen von Kindern beeinflussen kann, ohne dabei bei einer rein theoretischen Betrachtung stehen zu bleiben. Das Buch sensibilisiert für die Mechanismen sozialer Ungleichheit und regt dazu an, über die eigenen Selbstverständlichkeiten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nachzudenken.

**Das Buch ist im Klett
Kinderbuch Verlag erschienen.
ISBN: 978-3-95470-325-8
Ladenpreis: 22,00 Euro (76 Seiten)**

IDA – Keine Katzen- geschichte

Noah Eggert

Der Comic „Ida – Keine Katzensgeschichte“ erzählt die Geschichte der jungen Katze Ida, die in ihrem familiären Umfeld psychischer Gewalt ausgesetzt ist. Nach der Trennung ihrer Eltern lebt sie mit ihrer unberechenbaren Katzen-Mutter zusammen, während sie zugleich in der Schule gemobbt wird. Der Comic macht die unterschiedlichen Formen häuslicher Gewalt aus der Perspektive eines Kindes eindrücklich erfahrbar und schafft damit einen sensiblen und zugleich niedrigschwelligen Zugang zu einem schwierigen Thema.

Im Zentrum der Geschichte steht Idas Alltag zwischen Angst, Schuldgefühlen und dem Gefühl, niemals gut genug zu sein. Die wechselhafte Stimmung ihrer Mutter, implizite Drohungen und verletzende Worte prägen Idas Erleben und wirken sich zunehmend auch auf ihren Schulalltag aus. Besonders eindrücklich wird dabei vermittelt, dass häusliche Gewalt nicht ausschließlich körperlich stattfindet, sondern auch durch psychische Gewalt und Sprache großen Schaden anrichten kann. Die ausdrucksstarken Illustrationen greifen Idas Gefühlswelt auf und machen ihre belastenden, aber auch ihre positiven Erfahrungen sichtbar. So werden die wenigen Momente, in denen Ida sich sicher und wohl fühlt, durch einen warmen gelben Schleier hervorgehoben. Insgesamt tragen die Zeichnungen dazu bei, dass das schwerwiegende Thema für junge Leserinnen und Leser verständlich wird, ohne sie dabei zu überfordern.



(Foto: Edition Helden)

Trotz der inhaltlichen Schwere erzählt der Comic auch von Idas Mut und ihrer Fähigkeit, sich Hilfe zu suchen. In Moritz und seiner Mutter sowie in ihrer Lehrerin findet Ida Menschen, denen sie sich anvertrauen kann. Dadurch wird Kindern nicht nur vermittelt, dass ihre Erfahrungen nicht normal oder ihre Schuld sind, sondern auch, dass es Möglichkeiten gibt, Unterstützung zu erhalten. Hinweise auf entsprechende Hilfsangebote am Ende des Comics ergänzen die Geschichte sinnvoll und bieten konkrete Orientierung.

Das Buch ist damit nicht nur für betroffene Kinder von Bedeutung, sondern kann auch im pädagogischen Kontext eingesetzt werden, um mit Kindern über häusliche und psychische Gewalt, Ängste und das Suchen nach

Hilfe ins Gespräch zu kommen. Die einfühlsame Darstellung ermöglicht es, ein schwer zugängliches Thema kindgerecht anzusprechen, ohne die Erfahrungen von Betroffenen zu verharmlosen.

Insgesamt überzeugt „Ida – Keine Katzensgeschichte“ durch seine sensible und eindrückliche Verbindung von erzählerischer Darstellung und visueller Vermittlung. Der Comic macht sichtbar, wie sehr Kinder unter psychischer Gewalt leiden können, vermittelt zugleich aber Hoffnung und ermutigt dazu, sich Unterstützung zu suchen.

Das Buch ist im Verlag Edition Helden erschienen.

ISBN: 9783949866234

Ladenpreis: 22,00 Euro (148 Seiten)

Weniger Verwaltungsaufwand. Mehr Zeit für Kinder, Jugendliche und Familien.

Alltag ohne MD Jugendhilfe



Alltag mit MD Jugendhilfe



MD Jugendhilfe entlastet Fachkräfte – damit Zeit dort ankommt, wo sie gebraucht wird: bei Kindern, Jugendlichen und Familien.

Jetzt mehr erfahren unter
www.medifoxdan.de/software-jugendhilfe



**MEHR HILFE
FÜR HELFER.**

///
MEDIFOX DAN
by ResMed



Berlin

Pressemitteilung vom 13. August 2026

Jugend- und Jugendmedienschutz verständlich erklärt: BAJ veröffentlicht aktualisierte Dossiers in Leichter Sprache und barrierearmer Fassung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. (BAJ) hat die zwei Themendossiers »Jugendschutz in Leichter Sprache« und »Jugendmedienschutz in Leichter Sprache« als aktualisierte Neuauflagen veröffentlicht. Die Publikationen sollen einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Informationen über den Jugend- und Jugendmedienschutz ermöglichen und richten sich insbesondere an Menschen mit Beeinträchtigung sowie an Fachkräfte, Lehrkräfte und weitere Interessierte.

Neu ist, dass beide Dossiers neben der Fassung in Leichter Sprache nun auch als barrierearme Versionen zur Verfügung stehen. Durch eine übersichtliche Gestaltung und klare Struktur, Bildbeschreibungen sowie eine Vorlesefunktion wird der Zugang zu Informationen erleichtert. Ergänzende Plakate und anschauliche Darstellungen unterstützen zusätzlich die Nutzung

in pädagogischen Kontexten und Bildungsangeboten.

Das Dossier »Jugendschutz in Leichter Sprache«

Das Dossier vermittelt zentrale Grundlagen des Jugendschutzes und informiert verständlich über Regelungen zu jugendgefährdenden Angeboten wie Alkohol, Tabak oder Medien. Es unterstützt Fachkräfte, Lehrkräfte und Eltern dabei, mit Kindern und Jugendlichen über Jugendschutz und mögliche Risiken ins Gespräch zu kommen.

Das Dossier »Jugendmedienschutz in Leichter Sprache«

Das Dossier erläutert die Grundlagen des Jugendmedienschutzes in

Deutschland. Behandelt werden unter anderem Altersfreigaben, soziale Netzwerke, digitale Risiken und Jugendgefährdungen.

Die Dossiers sind in Zusammenarbeit zwischen der Bundesarbeitsgemein-

schaft Kinder- und Jugendschutz und der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V. erarbeitet und geprüft worden.

Quelle: Dossiers der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz:
<https://www.bag-jugend-schutz.de/de/dossiers>



**Pressemitteilung
vom 9. September 2026**

FASD ist vermeidbar – Aufklärung ist entscheidend

Zum weltweiten FASD-Aktionstag macht die FASD Hilfe Baden-Württemberg auf die Folgen von Alkohol in der Schwangerschaft aufmerksam. Mit der landesweiten Kampagne „Null Alkohol. Null Risiko.“ will die Beratungsstelle Wissen schaffen, sensibilisieren und dazu beitragen, Fetale Alkoholspektrumstörungen zu verhindern.

Pforzheim, 9. September 2026. Rund 10.000 Kinder kommen Schätzungen zufolge jedes Jahr in Deutschland mit Fetalen Alkoholspektrumstörungen (FASD) zur Welt. Ursache ist Alkohol während der Schwangerschaft. Die Folgen begleiten die Menschen mit FASD ein Leben lang – etwa durch Schwierigkeiten beim Lernen und Konzentrieren, bei der Impulskontrolle, im Umgang mit Emotionen oder bei der Bewältigung des Alltags.

Anlässlich des weltweiten FASD-Aktionstags am 9. September macht die FASD Hilfe Baden-Württemberg deshalb auf eine ebenso einfache wie wichtige Botschaft aufmerksam: FASD ist **vollständig vermeidbar**.

Null Alkohol. Null Risiko.

Mit ihrer aktuellen Präventionskampagne „Null Alkohol. Null Risiko.“ möchte die FASD Hilfe Baden-Württemberg das Wissen über die Risiken von Alkohol in der Schwangerschaft stärker in die Öffentlichkeit bringen. Denn noch immer halten sich Irrtümer wie „Ein Glas wird schon nicht schaden“ oder die Annahme, Alkohol sei nur in bestimmten Phasen der Schwangerschaft problematisch. Tatsächlich gibt es keine bekannte sichere Menge Alkohol in der Schwangerschaft. Alkohol gelangt ungehindert über die Plazenta zum ungeborenen Kind und kann dessen Entwicklung beeinträchtigen. Auch die Zeit rund um einen Kinderwunsch ist wichtig, da eine Schwangerschaft in den ersten Wochen häufig noch unbemerkt bleibt. Gleichzeitig richtet sich die Kampagne bewusst nicht allein an Frauen: Partner, Familie und Freundeskreis können unterstützen und dazu beitragen, alkoholfreie Entscheidungen selbstverständlich zu machen.

Aufklärung und Unterstützung gehören zusammen

Der Aktionstag soll jedoch nicht nur Prävention in den Mittelpunkt stellen. Menschen mit FASD und ihre Familien benötigen häufig ein Leben lang Verständnis und passende Unterstützung. FASD ist oftmals nicht auf den ersten Blick erkennbar – die Auswirkungen auf den Alltag können dennoch erheblich sein. Die FASD Hilfe Baden-Württemberg mit Sitz in Pforzheim berät Menschen mit FASD, Angehörige, Pflege- und Adoptivfamilien sowie Fachkräfte. Darüber hinaus bietet sie unter anderem Fortbildungen, Elternkurse und Präventionsangebote an.



(Foto: FASD-Hilfe gGmbH)

Die aktuelle Aufklärungsarbeit wird durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg gefördert.

Die Botschaft zum 9. September lautet deshalb: hinschauen, informieren und Wissen weitergeben. Denn je mehr Menschen FASD kennen, desto besser kann Prävention gelingen – und desto größer wird das Verständnis für Menschen, die bereits mit FASD leben.

Null Alkohol. Null Risiko.

Weitere Informationen zur Kampagne und zu FASD:
<https://www.fasd-hilfe.de/null-alkohol>

Pressekontakt

FASD Hilfe Baden-Württemberg
Bleichstraße 81
75173 Pforzheim

Susanne Sommer
sommer@fasd-hilfe.de
Tel: +49 151 67247031

Autor*innen

Hannah Adam

B.A. Erziehungswissenschaft
Fachreferentin
VPK-Bundesverband e.V., Berlin

Martin Adam

Dipl.-Psychologe
Präsident
VPK-Bundesverband e.V., Berlin

Prof. Dr. phil. habil. Menno Baumann

Professor für Intensivpädagogik
und Soziale Arbeit (Schwerpunkt
Kinder- und Jugendhilfe)
Fliedner Fachhochschule, Düsseldorf

Julius Daven

Vorsitzender des Vorstands EWD e.V.,
Autor, Experte im Prozess- und
Qualitätsmanagement,
hauptberuflich Spezialist in einem
Großkonzern in Köln

Sven Gebauer

geschäftsführender Gesellschafter,
WieGe Sozialräumliche Hilfen,
Trappenkamp
Vorstand, VPK-Landesverband
Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.

Kerstin Kubisch-Piesk

Regionalleiterin in einem Berliner
Jugendamt, Dozentin, Vorsitzende
der Bundesarbeitsgemeinschaft ASD
Allgemeiner Sozialer Dienst e.V., Berlin

Dominik Lass

Erziehungswissenschaftler B.A.
Gesamtleitung, Erziehungsleitung
Wohngruppen, Fichtenhalde GmbH,
Offenburg

Rainer Orban

Leiter Institut für systemische
Fort- und Weiterbildung (n. i. l.),
Experte für systemisches Handeln in
Praxis und Führung, Autor,
Vortragsredner, Osnabrück

Karin Prien

Bundesministerin für Bildung, Familie,
Senioren, Frauen und Jugend[S2.1]

Sophia Reichardt

Dipl.-Kulturwirtin,
Geschäftsstellenleitung und
Fachreferentin
VPK-Bundesverband e.V., Berlin

Leonie Rieth

M.A. Filmkultur
Referentin Öffentlichkeitsarbeit,
Bundesverband Jugend und Film e.V.,
Frankfurt am Main

Janko Sprenger

Geschäftsleitung, Kinder- und
Jugendhilfe-Einrichtungen Jochen
Sprenger GmbH
Vorstand, VPK-Landesverband
Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.

Nils Thiede

Abteilungsleiter für Jugend, Familie
und Sport, Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Der VPK ist
auch auf
Instagram
zu finden!

Folgt uns gerne: @VPK_de



Impressum

Blickpunkt Jugendhilfe

Herausgeber

VPK-Bundesverband privater Träger
der freien Kinder-, Jugend- und
Sozialhilfe e. V.

Michaelkirchstraße 17/18
10179 Berlin

Fon: (030) 58 58 17 16 01

E-Mail: info@vpk.de

<http://www.vpk.de>

Redaktion

Martin Adam

Präsident des VPK-Bundesverbandes e. V.

Fon: (030) 58 58 17 16 01

E-Mail: info@vpk.de

Redaktionsanschrift

siehe Herausgeber

Verlagsanschrift

Fromm + Rasch
GmbH & Co. KG, Osnabrück

In der Zeitschrift veröffentlichte und
namentlich gekennzeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Jeglicher Nachdruck

bedarf der Genehmigung durch den
Herausgeber.

Abonnentenverwaltung

Siehe Herausgeber

Anzeigen

siehe Herausgeber

Anzeigenschluss:

5 Wochen vor Erscheinungstermin

Erscheinungsweise

4-mal jährlich (März, Juni, September,
November);

Bezugspreis 2027:

Einzelheft 6,75 €

Jahresabonnement 25,00 €

(jeweils zzgl. Versandkosten).

Kündigungen bis 3 Monate vor Ablauf
des Kalenderjahres.

Auflage: 1.950

Druck

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG,
Osnabrück

Printed in Germany, 2026

ISSN 1613-4230

MEHR ZEIT FÜR PÄDAGOGIK

JUGENDHILFE SOFTWARE

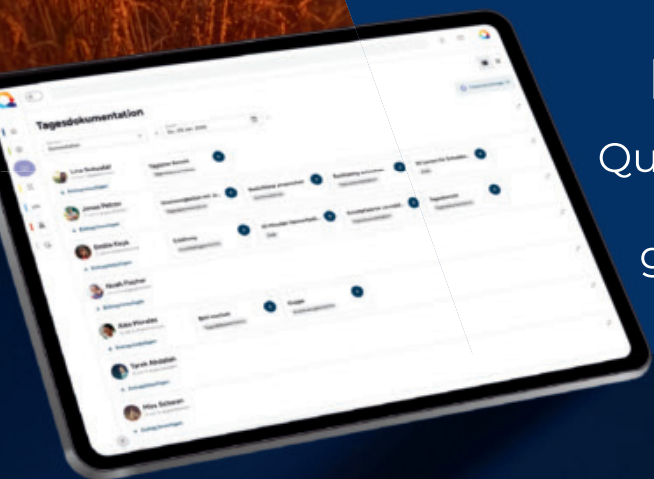


QUALICURA



AUS DER PRAXIS FÜR DIE PRAXIS

Unsere Software wird in direkter Zusammenarbeit mit Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe entwickelt und optimiert.



ENTLASTUNG UND STRUKTUR

Qualicura One steht für anwenderfreundliche IT, die deinen Alltag entlastet. Wir denken ganzheitlich und mit pädagogischem Blick.



Qualicura
Institut für Digitalisierung in sozialen
Einrichtungen GmbH & Co. KG

www.qualicura.app

+49 431 55606250
anfrage@qualicura.app



**START
2027**

Die Präsenzlektionen finden auf dem „Sprengercampus“ in 24214 Lindhöft/Noer statt. Übernachtungsmöglichkeiten vor Ort auf Anfrage.

Kontakt:

Hofbrook 21 b
24119 Kronshagen
Tel. 0431 80010-300
mail@be-teil.de



 Eine Weiterbildungseinrichtung der GSP mbH



Gruppenorientierte Lerntherapie (gL^T)
Ausbildung zum gruppenorientierten
Lerntherapeuten (m/w/d)
in 6 Lektionen (Online und Präsenz)

Aus
der Praxis
für die
Praxis!

Diese Weiterbildung richtet sich an pädagogische Fachkräfte mit einem gruppenorientierten Arbeitsschwerpunkt (z. B. Lehrkräfte, Sozialpädagogen, Erzieher), deren zu betreuende Kinder und Jugendliche eine zielgerichtete und individuelle Förderung im Rahmen von gemeinsamen Schulklassen bzw. Lerngruppen benötigen.

Themen der Weiterbildung › Grundlagen der Didaktik und Methodik › Fachspezifische Didaktik und Methodik › Grundlagen der Lerntherapie › Lerntherapeutische Methodik › Legasthenie und Dyskalkulie und -therapie › Therapeutisches und pädagogisches Handeln › Kommunikationsstrukturen › Klientenzentrierte Gruppenarbeit

Die Dozenten arbeiten seit vielen Jahren in der gruppenorientierten Lerntherapie in lerntherapeutischen Einrichtungen oder Ersatzschulen und verfügen über eine hohe Fachkompetenz. Im Vordergrund steht, die Lerntherapie gezielt in Gruppen anzuwenden (nicht nur Face-to-Face). In der Gemeinschaft der Lerngruppen erlangen die Schüler Motivation zum Lernen beim gleichzeitigen Erwerb sozialer Kompetenz. Sie hier aufgeweckt begleiten zu können, das ist das Ziel dieser Therapie.



Infos und Anmeldung unter: www.be-teil.de

Die Präsenzveranstaltungen finden auf dem „Sprengercampus“, unserem eigenen Fortbildungszentrum an der Ostsee, statt.

